Münster 1935 No 73
Phil DiSS

Geschichte

England – Deutschland

und die zweite Haager Friedenskonferenz 1907

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von

Hermann Wilhelm Erdbrügger
aus Oetinghausen (Herford)

Großbetrieb für Dissertationsdruck von Robert Noske in Borna-Leipzig
1935

Dekan: Herr Professor Dr. Jost Trier
Referent: Herr Professor Dr. Hermann Wätjen

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Februar 1935

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Vorwort.

Im letzten Jahre erlebten wir das wohl endgültige Scheitern der im Verlaufe des ersten Drittels unseres 20. Jahrhunderts so oft und großartig in Szene gesetzten Abrüstungsbestrebungen, die sich nun in ihr vollkommenes Gegenteil verkehrt haben. Wir stehen am Beginn eines neuen und in solchen Ausmaßen nie dagewesenen Rüstungswettlaufes der Völker.

Der in den Gehirnen liberalistischer und ideologischer Kosmopoliten entstandene weltpolitische Erlösungsgedanke, die Staaten von dem Drucke gegenseitiger Bedrohung durch Waffengewalt durch Verringerung dieses Machtmittels selbst zu befreien, wurde bald von den Staatsmännern aufgegriffen und in den Dienst ihrer machtpolitischen Ziele gestellt. Wie am Ende der ersten Phase dieser Bestrebungen der blutigste aller Kriege und der ungerechteste Gewalt- und Diktatfrieden stehen, so ist das Ende der zweiten Phase gekennzeichnet durch neue, in ihren Folgen noch unübersehbare weltpolitische Verwicklungen, deren Zentrum diesmal scheinbar ins Mittelmeer verlagert ist.

Da jedes Staatswesen als organisches Gebilde seine volle Kraft nur so lange zu erhalten vermag, wie es in seinem inneren oder äußeren Wachstum nicht gehemmt wird, so muß jede auf das Wohl des Staates bedachte Politik aus Notwendigkeit Machtpolitik sein, die natürlich niemals willkürlich sein darf und deren Grenzen der wahre Staatsmann immer zu erkennen und zu setzen vermag. Ein Grundgesetz und wohl das wichtigste der Machtpolitik ist es, „daß jedes schwache, zur Selbstbehauptung durch eigene Kraft nicht fähige Staatswesen, mag nun seine Schwäche auf Unfertigkeit der Entwicklung, ungenügender physischer Basis oder innerer Zerrüttung beruhen, in Gefahr steht, zum leidenden Objekte, zum Jagdgrunde, zum Depressionsgebiete der großen Politik zu werden, in das die Winde der Macht von den benachbarten Gebieten hineinströmen und Sturm erregen können."

Um dem Weltfrieden die nötige Sicherheit zu geben, die er selbst leider nicht in sich birgt, müßte der umgekehrte Weg als der von den Pazifisten aller Schattierungen bisher regelmäßig beschrittene eingeschlagen werden, denn „wenn überall in der Welt Starke neben Starken wohnten und kein schwacher fauler Fleck dazwischen übrigbliebe, so wäre das in der Tat eine hohe Bürgschaft für den Weltfrieden", was allerdings noch gute Weile haben und viel Geduld erfordern wird, da der Standard einer gleichmäßigen Machtentwicklung der Nationen wohl niemals erreicht wird. Aber nicht Kanonen und Flugzeuge allein können die Basis des Friedens sein, wenn nicht der Politik ein den Erfordernissen friedlichen Nebeneinanderlebens entsprechender Geist innewohnt: Selbstzucht, Achtung vor fremden Nationen und den ihnen eigentümlichen Bedürfnissen.

Nach diesen grundsätzlichen Erwägungen habe ich nun nicht die Absicht, das Ergebnis meiner Arbeit durch eine lange und ausführliche Einleitung vorwegzunehmen. Sie soll für sich selbst sprechen. Tut sie es, dann ist erreicht, was erstrebt wurde. — Bedürfnis aber ist es mir, an dieser Stelle meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Wätjen, von Herzen Dank zu sagen für alle Hilfe, die er mir in stets liebenswürdiger und entgegenkommender Weise zuteil werden ließ. Dank vor allem für die Unterstützung, welche mir während meines Aufenthaltes in Berlin die heute so schwierigen äußeren Bedingungen erleichtern half.

Münster, im Januar 1935.

H. W. Erdbrügger.

Inhalt.

Seite

Vorwort III

England und die Notwendigkeit des deutschen Flottenbaues 1

England verlangt „Beschränkung der Rüstungsausgaben“ 28

Deutschland—England und das Seebeuterecht 75

Literaturverzeichnis 93

Abkürzungen.

A.D. = Actes et documents de la deuxième conférence de la paix. La Haye 1907.

Belg.Dok. = Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der europäischen Politik, 1885—1914. — Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Belg.Dok.Erg.B. = Belgische Dokumente, Ergänzungsbände.

B.D. = Britische Amtliche Dokumente.

G.P. = Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes.

P.D. = Tirpitz' Politische Dokumente.

Stat.Jahrb. = Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches.

(Ich verweise auf die genauen und ausführlichen Angaben im Literaturverzeichnis im Anhang.)

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547203_0132

England und die Notwendigkeit des deutschen Flottenbaues.

„Wollen wir unserer Lage gewachsen sein, so müssen wir uns immer tiefer durchdringen lassen von der Überzeugung, daß an unserer Weltgeltung unser Bestand hängt, daß wir uns nicht herabdrücken lassen können unter den Willen anderer Mächte, ohne unsere Daseinsberechtigung selbst in Frage zu stellen."

(Dietrich Schäfer, Weltgeschichte der Neuzeit II S. 404.)

Durch die bismarckische Reichsgründung wurde das machtpolitische Vakuum Mitteleuropas plötzlich und für die es umgebenden Mächte überraschend ausgefüllt mit einem machtpolitischen Faktor von überragender Bedeutung. Es ist das bleibende Verdienst Bismarcks, die ihm eigene Machtpolitik nach erreichtem Ziel in feste Bahnen gelenkt und in wohlerwogenen Schranken gehalten zu haben, die über die Erhaltung und Sicherung der einmal gewonnenen Machtstellung zunächst nicht hinausging. Wir dürfen aber nicht glauben, daß die Saturiertheit Deutschlands, die Bismarck aus politischer Notwendigkeit zum Grundsatz seiner Außenpolitik gemacht hatte, für ihn unabänderliches Gesetz seines Handelns geblieben wäre, daß er sich die Freiheit des Handelns, den einzigen Bürgen staatlicher Macht, hätte nehmen lassen. War die politische Notwendigkeit die einzige Herrin, die er über sich anerkannte und der er folgte, so dürfen wir ohne Zweifel annehmen, daß er sich den neuen politischen Aufgaben nicht versagt hätte, als die politische Basis des europäischen Staatensystems sich ausweitete zur Weltbasis [1]). Denn „nur wer genügend vor-

[1]) Wir verweisen auf Lenz, Deutschland im Kreise der Großmächte und auf Meinecke, Idee der Staatsräson.

wärts geht, bleibt nicht zurück". — Wieweit aber durfte und mußte Deutschland, das als Land der europäischen Mitte an bestimmte Lebensbedingungen infolge seiner Mittellage gebunden ist, seine Gebundenheit verlassen, um sich an dem angespanntesten und hitzigsten Imperialismus aller Zeiten zu beteiligen? „Fest steht jedenfalls, daß die Regierung die Nation niemals einmütiger hinter sich hatte, als wenn sie das Steuer in die Richtung ihrer Weltpolitik stellte." [2])

Immer war Deutschland, bis in die Mitte der 70er Jahre hinein, vorwiegend ein ackerbautreibender Staat gewesen, der den eigenen Nahrungsmittelbedarf seiner allerdings weniger zahlreichen Bevölkerung decken und noch Erzeugnisse des Ackerbaues ausführen konnte [3]).

Die Industrie war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch wenig entwickelt und vollkommen auf den inländischen Markt beschränkt, für dessen Versorgung sie aber nicht einmal genügte, so daß ausländische Fabrikate bis zu dieser Zeit in Deutschland ein gutes und weites Absatzgebiet fanden [4]).

Eine vollkommene wirtschaftliche und soziale Strukturveränderung hatte die „wirtschaftliche Einigung" durch den Zollverein und die „staatliche Zusammenfassung" der deutschen Staaten durch die Reichsgründung im Gefolge. Dank der rapiden Entwicklung von Technik und Verkehr sollten Deutschlands reicher Bergbau und seine Industrie, welche sich beide „gegenseitig ergänzen und fördern" [5]), zu Beginn der 90er Jahre die alles beherrschende Stellung in seinem Wirtschaftsleben einnehmen. Der gewaltige Aufschwung der deutschen Fertigwarenindustrie machte den deutschen und europäischen Markt zu eng und verwies auf den Weltmarkt als Absatzgebiet. Immer enger gestaltete sich Deutschlands weltwirtschaftliche Verflechtung; schon wegen unserer schmalen Rohstoffbasis geriet unsere Industrie bald in die Abhängigkeit des Auslandes [6]).

---

[2]) Lenz, a. a. O. 73.
[3]) Hassert, Das Wirtschaftsleben Deutschlands, 28.
[4]) Hassert, a. a. O. 63.
[5]) Hassert, a. a. O. 63.
[6]) Hassert, a. a. O. 71.

Zu dem Import von Rohstoffen kam der von Lebensmitteln hinzu, infolge des ungeheuren Anschwellens der Bevölkerungsziffern von Jahr zu Jahr [7]), verbunden mit einer verhältnismäßig viel stärkeren Abnahme der Auswanderung. Noch 1887 wanderten 104 787 Deutsche = 2,2‰ der Gesamtbevölkerung aus, welche fast ausnahmslos von dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten aufgenommen wurden [8]), während 1901 nur 22 073 = 0,39‰ der Gesamtbevölkerung auswanderten [9]). Es ergibt sich also um die Jahrhundertwende für das Deutsche Reich die Tatsache rasch zunehmender Bevölkerungszahlen und rapid abnehmender Auswanderung. Da die deutschen Kolonien nur bedingt aufnahmefähig waren, konnten sie bei der Lösung dieses Problemes, der Unterbringung der überschüssigen Bevölkerung, nicht in Betracht gezogen werden. Auch die Landwirtschaft fiel vollkommen aus, weil hier nicht nur eine prozentuale, sondern sogar eine absolute Verminderung stattfand, wie folgende Zahlen zeigen:

Während 1842 noch 19 225 455 = 42% der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft ihren Unterhalt fanden, waren es 1895 nur noch 32% und 1905 bloß noch 17 575 508 = 29% [10]).

Die Industrie aber wurde zum Auffangbecken der deutschen Menschen, die unter anderen Umständen als „Kulturdünger" in fremde Länder hätten gehen müssen, uns aber unwiederbringlich verloren gewesen wären. Von 35% der Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 schnellte die Beschäftigungsziffer in der Industrie auf 58% im Jahre 1905 empor [11]).

Import von Rohstoffen und Lebensmitteln, sowie Export seiner Industrieproduktion, das waren harte wirtschaftliche Notwendigkeiten, die sich für Deutschland im Laufe der 90er Jahre klar ergaben. Immer enger gestaltete sich die Verflechtung Deutschlands

---

[7]) Ansteigende Bevölkerungsziffer: 1871: 41 058 792; 1895: 52 279 901; 1907: 60 605 773. Die Zahlen wurden ermittelt auf Grund der Angaben im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches.

[8]) Oncken, Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, II, 421.

[9]) Stat.Jahrb.

[10]) Stat.Jahrb.

[11]) Stat.Jahrb.

in den weltmarktwirtschaftlichen [12]) Verkehr. „Deutschlands Schicksal begann vom Gesamtschicksal abhängig zu werden." [13])

Die deutsche Wirtschaftspolitik dieser Jahre konnte sich aufbauen auf eine leistungsfähige Industrie, welche allerdings mangels heimischer und kontinentaler Märkte weltmarktwirtschaftlich sich orientieren mußte. Wir kamen zu großem nationalen Wohlstand, denn „durch die stoffveredelnde Tätigkeit der Industrie wird der Wert des verarbeiteten Rohmaterials ums Vielfache erhöht, und dieser Mehrwert bleibt im Besitz der eigenen Volkswirtschaft, wenn die Fabrikate an das Ausland verkauft werden" [14]).

Die Erzeugnisse Deutschlands [15]) begannen auf Märkten einzudringen, auf denen bisher England unbestrittener und unumschränkter Herrscher gewesen war. Eine Umfrage des englischen Auswärtigen Amtes in den Jahren 1885/86 bei den verschiedensten Konsulaten und Generalkonsulaten zeigt, wie auf manchen Märkten England sich leicht behauptete, auf anderen aber hart um seine Position kämpfen und auf manchen dem Rivalen weichen mußte [16]).

Im Jahre 1886 wurde der englische Botschafter, Sir Edward Mallet, bei der deutschen Regierung vorstellig: "The hardship caused to British trade and manufacture by the production in Germany of goods falsely, bearing indications of British origin, and that it was the desire of Her Majesty's Government to come to

---

[12]) „Die Weltmarkt-Wirtschaft, wie man mit wirtschaftsorganisatorischem Ausdruck besser als mit dem üblichen, aber geographisch gebildeten Wort ‚Weltwirtschaft' die Wirtschaftsweise der neuen Zeit benennen kann." — Wiedenfeld, Die Weltmarktwirtschaft. Propyläen-Weltgeschichte, X, 45.

[13]) Rachfahl, Kaiser und Reich, 137. — Wir verweisen auch auf Rachfahl, Deutschland und die Weltpolitik.

[14]) Hassert, a. a. O. 72.

[15]) Ebenso auch die Frankreichs, Belgiens und Amerikas.

[16]) Hoffmann, Great Britain and the German trade rivalry. Appendix I, 305 ff. — Im Anhang sind die Berichte der englischen Konsule nach Ländern geordnet zusammengestellt, denen Quellenwert zukommt.

an arrangement with that of Germany for the purpose of putting a stop to such proceedings." [17])

Die praktische Wirkung dieses Einspruches war seit 1887 der Aufdruck "Made in Germany" auf den deutschen Waren. Diese erzwungene Maßnahme, welche deutsche Waren diskreditieren sollte, schlug bald in das Gegenteil ihrer beabsichtigten Wirkung um.

Noch kam Deutschland als ernsthafter Rivale Englands auf dem Weltmarkt nicht in Frage. Wohl aber können wir diese Tatsache und die englische Maßnahme als Symptom der Erkenntnis einer heraufdämmernden Gefahr werten. Doch der vollen Tragweite der organischen Aufwärtsentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens konnte man sich natürlich nicht voll bewußt sein.

Fast ausschließlich gingen unsere Ein- und Ausfuhren über See, weshalb unser Außenhandel überwiegend Seehandel war. Nur mit unseren unmittelbaren Nachbarstaaten trieben wir bei der ausgedehnten Berührung durch Landgrenzen überwiegend Landhandel [18]).

Mit dem wachsenden Überseehandel wuchs auch die deutsche Handelsflotte stetig [19]), als Schöpfung des Privatunternehmertums. Wir betonen ausdrücklich „Schöpfung des Privatunternehmertums", weil in der neuesten Untersuchung des Amerikaners Hoffmann "the German mercantile fleet had been able to make its remarkable progress simply because of Government subsidies" (The Board of Trade statistician, Sir Robert Giffen [20])), im Gegen-

---

[17]) Hoffmann, 48 f.

[18]) Hassert, a. a. O. 97 f.

[19]) Hoffmann, a. a. O. 78. — "The (German) merchant marine increases in size proportionately with the swelling of exports."

[20]) Hoffmann, a. a. O. 215.

ds. S. 212: "... the ship — subsidy policy of the German Government was being extended" —

ds. S. 213: "The Imperial German Government ... had considerably increased its subsidy payments."

ds. S. 214: "... a writer in the Fortnightly Review ... even in the case of German shipping British owners cannot stand against the power of the subsidy".

ds. S. 215: "The frequent charges made in England to the effect that the German merchant marine was largely the creature of state subsidies drew fire from German shipping circles."

satz zu Hugo Hassinger [21]), welcher sagt, daß die deutschen Schiffahrtsgesellschaften „aus eigener Kraft ... durch hohe Qualitätsleistungen ihren Weltruhm und den der deutschen Flotte begründet“ haben. Zu demselben Ergebnis kommt auch Kurt Hassert [22]): „Und diese stolze Flotte war, was als bestes Zeichen einer gesunden Entwicklung gelten konnte — fast ganz das Werk privaten Unternehmergeistes.“

Im Zuge der Entwicklung des deutschen Handels in Richtung auf die See fand auch eine „Umwertung der Verkehrslage der Ostsee- und Nordseehäfen“ [23]) statt. Denn vor der staatlichen Zusammenfassung der deutschen Kleinstaaten durch die Reichsgründung übertraf die deutsche Ostseeschiffahrt weit die Nordseeschiffahrt, weil die deutsche Ostseereederei „in Preußen einen wirksameren politischen Schutz genoß, als die deutschen Kleinstaaten der Nordsee gewährten“ [24]).

Doch kann in der Entwicklung des Seehandels und der Schiffahrt Deutschlands eine Gefährdung der alle und alles überragenden Vormachtstellung Englands zunächst noch nicht erblickt werden, denn während die Kauffahrteiflotte Englands von 1870 bis 1890 um 4 Millionen Tonnen wuchs, nahm die deutsche nur um 1 Million Tonnen zu. “Nevertheless, evidences of a developing duel with Germany in the shipping world were by this time numerous enough. The Germans made strenous efforts in the nineties to free their shipping from dependence on British builders and British materials.” [25])

In Deutschland, „dem späten Nachzügler auf den Hochstraßen des Weltverkehrs“, entwickelten sich zwei im Vergleich zur englischen Schiffahrt unbedeutende Schiffahrsgesellschaften aus bescheidenen Anfängen in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu den

---

[21]) Hassinger, in Andrees wirtschaftl. Länderkunde, I, 133.

[22]) Hassert, a.a.O. 91. Siehe auch die Jahresberichte der Hapag und des Norddeutschen Lloyd.

[23]) Hassinger, a. a. O 132.

[24]) Schumacher, Stellung der deutschen Seeschiffahrt im Weltverkehr, 493. — Ich verweise auch auf Hassinger, a. a. O. S. 20: „Von der Nettotonnage der deutschen Handelsflotte entfielen in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts 42%, 1871: 54%, 1886: 67%, 1901: 89%, 1914: 90% auf die Nordsee.“

[25]) Hoffmann, a. a. O. 211.

größten Schiffahrtsgesellschaften der Welt im Jahre 1913. 1847 eröffnete die Hapag einen monatlichen Segelschiffsdienst zwischen Hamburg und New York, und wenige Jahre später folgte der Norddeutsche Lloyd in Bremen mit 4 Dampfern und einem 14 tägigen Dienst nach New York [26]).

1897 wurde der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große" vom Stapel gelassen, damals das größte Schiff der Welt; 1900 wurde die „Deutschland" in den Nordatlantikverkehr eingestellt, welche noch größer und das schnellste Schiff war. Erst die "Mauretania" und die "Lusitania" holten 1907 das „Blaue Band" nach England zurück [27]).

Mußten bisher die großen deutschen Schiffe nach England ins Dock gehen, so wurde dem jetzt abgeholfen, indem neben Bremen, Stettin und Danzig Hamburg 1896 ein Schwimmdock von 17 000 t Hubgewicht (lifting power) baute, während Bremen sogar eins von 20 000 t Hubgewicht in Auftrag gab [28]).

Die Entwicklung in Deutschland erregte bereits solche Aufmerksamkeit, daß "Daily Mail" 1898 warnte: "For Germany's merchant marine is increasing at a rate that would be alarming if English people could ever be alarmed." [29])

Es ist eine inzwischen durch Erfahrung bestätigte Tatsache, daß das Mißtrauen Englands gegen Deutschland ausgelöst wurde in dem Augenblick, als hier der Wille zur organischen Fortführung eigenen Werdens sich offenbarte. Aber ohne Übertreibung darf man wohl sagen: Wenn schon ein Imperialismus von innen heraus berechtigt war, dann der deutsche.

England war wirtschafts- und machtpolitisch ein saturierter Staatskörper geworden. Aus seiner Ruhe aufgescheucht wurde es, als in den 80er Jahren mit dem Beginn des Imperialismus ein

---

[26]) Hassert, a. a. O. 90.
[27]) Hoffmann, a. a. O. 213.
[28]) Hoffmann, a. a. O. 213.
[29]) zit. bei Hoffmann, a. a. O. 213.

Zugreifen aller nach den letzten noch vakanten Territorien der Welt und ein Zudrängen aller zu den Weltmärkten begann, um sich Absatzgebiete für die überschüssige Industrieproduktion zu sichern. Wir möchten nun wohl annehmen, daß England ernstlich an eine Gefährdung seiner Hegemoniestellung in der Welt zu glauben begann, als es in seiner allernächsten Nachbarschaft einen Rivalen heranwachsen sehen mußte, der mit verblüffender Intensität neben seiner politischen eine ebenso starke wirtschaftliche Macht entwickelte. — Die wirtschaftliche Spannung nun wurde bedingt durch die größeren Austauschnotwendigkeiten, die sich aus Deutschlands geographischer Lage, der Dichte und der nicht zu unterschätzenden Kulturhöhe seiner Bevölkerung ergaben [30]).

Die Intensität der deutschen wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, sowie die seines Handels, mögen folgende Zahlen veranschaulichen:

Roheisengewinnung (in 1000 metr. Tonnen) [31]):

	1895	1905
Deutsches Reich	3687	10 875
Großbritannien und Irland	7534	9 746

Bemerkenswerte Tatsache ist, daß die deutsche Roheisengewinnung die englische in 10 Jahren nicht nur erreichte, sondern sogar um 1 129 000 t überflügelte.

Kohlenförderung (in 1000 mtr. Tonnen) [32]):
(Steinkohle und Braunkohle)

	1885	1905
Deutsches Reich	73 675	173 797
Großbritannien und Irland	161 909	239 918

Wurde die englische Förderung auch nicht erreicht, so war die deutsche Zunahme prozentual doch ungleich viel höher, 235% : 150%.

Während der deutsche Anteil am Welthandel prozentual und zahlenmäßig stetig stieg, nahm der englische stetig ab. War Eng-

[30]) Hassert, a. a. O. 95.
[31]) Stat.Jahrb.
[32]) Stat.Jahrb.

land 1870 noch mit 24% des Gesamtwelthandels weitaus an der Spitze vor Deutschland mit 9,7%, so wurde Englands erste Stelle von Deutschland bis 1900 zwar nicht erreicht, aber bedenklich gefährdet. Englands Anteil sank auf 17,4% und der deutsche stieg auf 11,8% [33]).

Bei der Betrachtung der absoluten Aus- und Einfuhrwerte Deutschlands sowie Englands (s. Stat.Jahrb.) ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß die Einfuhrwerte sowohl in Deutschland als auch in England die Ausfuhrwerte weit überstiegen. Das ist aber bei hochentwickelten Staaten nicht bedenklich. Denn trotz passiver Handelsbilanz war sowohl die deutsche als auch die englische Zahlungsbilanz aktiv. Der Fehlbetrag wurde reichlich gedeckt durch die Einnahmen aus der Seeschiffahrt, durch Frachteinnahmen der Eisenbahn aus Beförderung von Exportgütern, Zinsen aus den im Ausland angelegten Kapitalien usw. [34]).

„Mit dem Eintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft wurde das Verhältnis zu England für uns eine Frage ersten Ranges, ein Verhältnis sowohl der Interessengemeinschaft wie des Interessengegensatzes." [35]) Das ergibt sich aus den Ziffern des Handels Deutschlands mit England und umgekehrt:

1906:

Ausfuhr Deutschlands nach England (in Mill. M.): 1067,0 M.
Ausfuhr Englands nach Deutschland: 824,0 M.

Die Gesamtausfuhr Deutschlands bezifferte sich 1906 auf 6479,0 M. und die Englands auf 9401,0 M. [36]), somit wurden 16,7% der deutschen Ausfuhr von England und 12,5% der englischen Ausfuhr von Deutschland aufgenommen. — Die Interessengemeinschaft ergab sich also aus der Abhängigkeit der beiden Wirtschaften

---

[33]) Nauticus 1901.

[34]) Stat.Jahrb.; Hassert, a. a. O. 97; Heinrich Wiegand, Ein Lebensbild, 316.

[35]) v. Schulze-Gävernitz, England und Deutschland. — Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1906, 183: Bülow, Interview vom 15. Nov. 1906: „Wirtschaftlich sind wir aufeinander angewiesen, der internationale Verkehr besteht nun einmal aus Geben und Nehmen. ... Deutschland und England sind sich gegenseitig gute Kunden, sogar so gute Kunden, daß jeder von beiden Anlaß hat, sich den anderen als Kunden zu erhalten."

[36]) Nauticus 1907.

voneinander, während der Interessengegensatz sich aus dem „Gefühl der Inferiorität" ergab, „das den Engländer infolge des enormen Aufschwungs ergriffen hat, den Deutschland ... auf allen Gebieten genommen hat" [37]). — Noch 1907 schrieb der österreichisch-ungarische Botschafter in London, Graf Mensdorf, an seinen Chef, Freiherrn von Aehrenthal: „Zwar sind die Beziehungen zwischen den beiden Höfen (Berlin und London. Anmerkung des Verfassers.) besser geworden. Aber die Erinnerung an die früheren Differenzen lebt noch und steht mit dem Handelsantagonismus einer näheren Verständigung der zwei Mächte im Wege." [38])

Ob die Auffassung und überspitzte Formulierung Hermann Onckens, daß die Wirtschaftsrivalität und der Handelsneid nur als „sekundäres Motiv von den Führern des politischen Gegensatzes aufgegriffen und zur Bearbeitung der Massen verwendet worden" [39]) und entsprechend zu bewerten sind, ist eine Frage, die so eindeutig wohl kaum beantwortet werden kann. Unsere Aktenpublikationen geben fast gar kein Material zur Beurteilung dieses Problems, denn "ministers and diplomats do not discuss general conditions of economic competition, but the specific issues arising out of these general conditions." [40]).

Das darf den Historiker aber nicht davon abhalten, den Boden gründlich zu untersuchen, auf dem der deutsch-englische Gegensatz mit allen seinen unheilvollen Folgen wachsen konnte. — Ein englischer Autor gab 1908 folgendes Bild:

"Germany wishes to possess that which Great Britain wishes to keep, and it is difficult to see how under the circumstances a collision between the two countries can be avoided. Germany has entered upon the same line of business as Great Britain, and the consequence is that almost every profit to Germany means a loss to Great Britain, and almost every profit to Great Britain means a loss to Germany." [41])

---

[37]) G.P. XXI, 7214.

[38]) G.P. XXI, 7213.

[39]) Oncken, a. a. O. II, 447.

[40]) Hoffmann, a. a. O. 277.

[41]) Nineteenth Century, vol. 63; mitgeteilt bei Hoffmann, a. a. O. 282. — Belg.Dok.Erg.B. I, 31: Bericht des Berliner Gesandten Greindl an den belgischen Minister des Auswärtigen Davignon, vom 30. Mai 1907:

„Die Eifersucht auf die deutsche Kolonisation hatte noch kaum Platz gegriffen. Hingegen entwickelte sich die Eifersucht auf den deutschen Handel mit rasender Schnelligkeit." So deutet der englische Historiker Farrer die Lage im Jahre 1902.

„Deutschland hat das Pech gehabt, hundert Jahre zu spät in der Weltgeschichte zu einer Nation zu erwachsen." [43]) Daß es ihm aber gelang, diese Verspätung in kürzester Zeit einzuholen, und es auf dem Wege war, nicht nur ein Faktor zu werden, den man in Rechnung stellen mußte, sondern sogar ältere Mächte aus ihren scheinbar auf ewig gesicherten Positionen zu verdrängen, das mußte es verhaßt machen.

Unbegreifbar wurde der deutsche Mensch, den man nur als „Dichter und Denker" gekannt hatte, und welcher nun als Kaufmann und Angestellter im Ausland und besonders in England eine hervorragende Stellung sich zu verschaffen verstand. — Graf Mensdorf berichtete einmal: „Die Abneigung gegen den Deutschen ist hier recht tief in die Bevölkerung gedrungen. Indes von der amerikanischen Konkurrenz nicht gesprochen wird [44]), klagt man

---

„England sieht mit scheelen Blicken auf die wunderbaren Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und der Handelsmarine. Gewohnheit, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheint ihm jedwede Konkurrenz als Eingriff in seine Rechte." — Belg.Dok.Erg.B. I, 1. Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, an Favereau, am 7. Febr. 1905: „Die Feindseligkeit des englischen Publikums gegenüber dem deutschen Volk ... gründet sich ... auf Eifersucht angesichts der wirtschaftlichen und handelspolitischen Pläne Deutschlands" ... Belg.Dok.Erg.B. I, 2: Greindl an Favereau, am 18. Febr. 1905: „Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Dieser Haß wird so lange fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukommt."

[42]) Farrer, Die europäische Politik unter Eduard VII., 71.

[43]) Haldane, Deutschland und Großbritannien. Rede.

[44]) Tirpitz, P.D. I, 172. Aus dem Bericht eines Generalstabsoffiziers nach seiner Rückkehr aus England: „England muß der deutschen und

über die Erfolge der deutschen billigen Produkte, welche die Märkte eroberten, die früher als Monopole der englischen Industrien betrachtet wurden. Auch der erfolgreiche, aber wenig sympathische deutsche Handelsmann, Kaufmann, Bankbeamte usw., der mehr und rascher arbeitet, mehr Sprachen spricht und weniger ausgibt als sein englischer Rivale, erregt begreiflicherweise den Ärger des traditionellen britischen businessman." — Fleiß ist nun einmal eine menschliche Eigenschaft, welche bei anderen keine Begeisterung hervorruft.

Es war nicht allein Konkurrenzneid, es wurde allmählich Haß, weil der englische businessman sich verdrängt sah durch die geschmeidige Anpassung des deutschen Kaufmanns an den Bedarf der Käufer. Gerade diese Anpassung rechnete man dem Deutschen als Servilität und parvenuhaftes Verhalten an. Man ging so weit, zu sagen, der deutsche Kaufmann krieche den Käufern nach, während der englische in seinem traditionsbewußten Herrentum die Preise diktiere [46]).

Den deutschen Angestellten, wie ihn der Engländer sah, charakterisiert Walter Besant in einer seiner Novellen:

"We are cheap, we German clerks! — You say so. Mein Gott! — You will find us dear. We are learning your trade, we will find out all your customers and your correspondents, we learn your profits and we undersell you." [47])

---

amerikanischen Konkurrenz erliegen. Ist dagegen die deutsche Konkurrenz lahmgelegt, kann England wohl gegen die amerikanische aufkommen." — Ich verweise auch auf Obst, England, Europa und die Welt.

[45]) G.P. 21, 7213. — G.P. 21, 7214. Wilhelm von Stumm an Bülow, London den 9. April 1907: „Die auf den ersten Blick paradox erscheinende Tatsache, daß England mit seiner Riesenflotte ernste Besorgnisse ... hegt, findet ihre Erklärung ... in dem Gefühl der Inferiorität, das den Engländer infolge des enormen Aufschwungs ergriffen hat, den Deutschland in den letzten 30 Jahren auf allen Gebieten genommen hat."

[46]) Siehe Max Scheler, Ursachen des Deutschenhasses und Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus.

[47]) mitgeteilt bei Hoffmann a. a. O. 75. — G.P. XXI, 7212: „Hier in London sind 85 000 Deutsche, davon beziehen 20 000 in großen Firmen Gehälter von mindestens 5000—10 000 M., und vielleicht 4000 solche von 10 000—15 000 M."

Der berüchtigte "Germaniam esse delendam"-Artikel (1897) scheint doch wohl mehr aus all diesen Motiven entstanden zu sein und verstanden zu werden, als aus den zufällig mitwirkenden politischen [48]) Motiven [49]), welche Anschauung neuerdings an Boden gewinnt. Doch scheint uns diese Verschiedenheit der Auffassung nur eine Frage des Grades, denn ohne genügende Berücksichtigung der psychologischen Imponderabilien wird die Ursache und die Tatsache des deutsch-englischen politischen Gegensatzes wohl niemals verstanden werden. — In einer Aufzeichnung des deutschen Militärattachés in London, Major Graf von der Schulenburg, vom 14. Dezember 1904, lesen wir: „Der wahre Grund des englischen Hasses ist zu suchen: u. a. in der wirtschaftlichen Konkurrenz, in der ernsten Befürchtung, daß das junge tatkräftige, tüchtige Deutschland, dessen Handel und Industrie in kurzer Zeit einen ungeheuren und noch immer zunehmenden Aufschwung zu verzeichnen gehabt hat, ein gefährlicher Rivale Englands ist und es mit kurzer Zeit einmal überflügeln wird." [50])

Immer, wenn ein unbedeutendes Staatswesen auf dem Wege zu achtunggebietender Größe ist, trifft es unterwegs auf ältere und saturierte Mächte, welche sein Wachstum zu hemmen oder sogar es unter Gewaltanwendung auf die Stufe der Unbedeutendheit zurückzuwerfen suchen. In der Lage des aufsteigenden Staatsgebildes befand sich das Deutsche Reich während des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts. — Es hatte einen „Welthandel", aber keine „Weltmacht", „Weltgeltungsbedürfnis und keine Befriedigung". Daß volkswirtschaftlich-geistige Leistung einander entsprechen müßten, war ein Glaubenssatz des internationalen Imperialismus [51]).

Inwieweit nun durfte das an seine Mittellage gebundene Deutschland es wagen, aus dieser Gebundenheit herauszugehen, in-

[48]) Oncken, a. a. O. II, 447 f.
[49]) Transvaal, Krügerdepesche usw.
[50]) G.P. XIX, 6154.
[51]) Näf, Kriegsursachen und Kriegsschuldfrage, 81.

dem es seiner bereits sichtbaren und zu beachtlicher Höhe emporgestiegenen Handelsmacht auch politisch Ausdruck verlieh, indem es zum Schutz der Handelsflotte und um Forderungen und Interessen draußen in der Welt besser und nachdrücklicher vertreten zu können, eine Kriegsflotte schuf? — Schon waren in England Stimmen laut geworden, "if Germany were extinguished tomorrow, the day after tomorrow there is not an Englishman in the world who would not be the richer. Nations have fought for years over a city or a right of succession; must they not fight for two hundred and fifty million pounds of yearly commerce?" (Saturday Review 1897) [52]).

Eindrucksvoller aber tritt uns die zwar sehr überspitzte englische Auffassung in der preisgekrönten Arbeit eines englischen Seeoffiziers entgegen: „Wir ziehen nicht aus sentimentalen Gründen in den Krieg. Ich zweifle, daß wir das jemals taten. Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten. Sein Ziel ist, unserem Gegner mit dem Schwerte diejenigen wirtschaftlichen Bedingungen aufzuzwingen, die wir für nötig erachten, um uns Handelsvorteile zu verschaffen, und wir bedienen uns aller denkbaren Vorwände für den Krieg, aber allem zugrunde liegt der Handel." [53])

Daß selbst der Erste Seelord, Fisher, Vorkehrungen traf zur Vernichtung des deutschen Handels, darüber geben seine Briefe and Lord Esher Aufschluß. Am bemerkenswertesten ist der Passus in dem Brief vom 28. November 1907: "Can you manage to be at my room at Admiralty at 11,30 sharp to day (Saturday) to see arangements for swallowing the German Mercantile Marine, and other War Apparatus?" [54])

Konnten die deutschen Staatsmänner es verantworten, von den Grundlagen der bismarckischen Politik (Saturiertheit Deutschlands) abzugehen, welche in der Wahrung der deutschen Vormachtstellung in Europa und seiner Sicherung vor dem Zweifrontendruck bestanden hatte? [55]). Ja, sie mußten, um das Lebenswerk

---

[52]) Hoffmann, a. a. O. 281.

[53]) Trotha, Tirpitz, 97.

[54]) Fisher, Memories 182.

[55]) Tirpitz, Erinnerungen, 55; Brief an Stosch vom 13. Febr. 1896: „Wie will nun die geschickteste Politik, nach dem das Prestige von 1870 verraucht ist, etwas erreichen, ohne eine reale, der Vielseitigkeit

Bismarcks nicht zu einer Episode herabsinken zu lassen, dieses den veränderten Weltverhältnissen anpassen [56]). „Ohne Seemacht blieb die deutsche Weltgeltung wie ein Weichtier ohne Schale." [57]) — Den ewigen Skeptikern rief Max Weber 1895 in seiner Freiburger Antrittsrede zu: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit wegen besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte." [58])

„Die Gefahr, der wir durch England entgegengehen, konnte aber nicht beseitigt, sondern nur aufgewogen werden, und zwar durch Macht, zu welcher eine entsprechende Politik natürlich hinzutreten mußte." [59]) Solange Deutschland nicht eine genügend starke Kriegsflotte besaß, boten seine anwachsenden weltwirtschaftlichen Interessen eine stets gefährdete freie Angriffsfläche [60]). Bülow

---

der Interessen entsprechende Macht? Weltpolitisch vielseitig ist aber nur die Seemacht."

[56]) Tirpitz, P.D. I, 43.

[57]) Tirpitz, Erinnerungen 50.

[58]) Preuß. Jahrbücher 1895, Monatsbericht August: „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik."

[59]) Tirpitz, P.D. I, 4. — Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße 44: „Der Seehandel führt den Staat aufs Meer und zwingt ihn Seemacht zu werden."

[60]) Bülow, Deutsche Politik, 46. — G.P. XXIII, 7779. — Ratzel, a. a. O. 47: „Die Seemacht schützt die wirtschaftliche Tätigkeit der Bürger, besonders ihren Handel, erweitert ihre Gebiete, stärkt ihren Unternehmungsgeist und ihre Sicherheit. Gerade hier sind nur die Reichtumsquellen dauernd, die auch zugleich Machtquellen sind. Und darum ist das weltgeschichtliche Verhängnis der Seemächte von Sidons Zeiten an, daß sie die Machtquelle vernachlässigen, um allein die Reichtumsquellen zu pflegen." — Groos, Die Bedeutung der Marine im Weltkriege. Hansische Geschichtsblätter 1930, S. 32: „Verfügen wir über eine Flotte ..., so wird allein die Tatsache gewissen Mächten die Lust nehmen, sich allzuweitgehender Angriffe gegen uns zu erlauben. Sie wird auch andere Mächte davon abhalten, den uns feindlich gesinnten Nationen Vor-

drückte das in einem Briefe an Tirpitz so aus, daß „die Seestreitkräfte eines jeden Landes ... dem Umfange seiner See- und Handelsinteressen entsprechen“ [61]) müssen. — Schon 1895 wurde der Nord-Ostseekanal (Kaiser-Wilhelm-Kanal), Deutschlands seestrategisch wichtigstes Bauwerk, vollendet. — 1897 trat der Konteradmiral Alfred Tirpitz an die Spitze des Reichsmarineamtes, „eine in jedem Betracht außergewöhnliche Erscheinung“ [62]). „Ein glänzender Organisator, ein hervorragender und geschickter Politiker, der seine Ziele weit zu stecken und mit ebensoviel Gewandtheit wie mit verbissener Zähigkeit zu verfolgen verstand, war er nächst Bismarck wohl der bedeutendste Minister und Staatsmann.“ [63]) Tirpitz „besaß vor allem eine im Deutschland des Ausgangs der Kaiserzeit selten angetroffene Willenskraft, die sich verband mit einer nicht wegzuleugnenden Schlauheit und Anpassungsfähigkeit“ [64]). Das muß selbst Graf Monts trotz seiner sonst sehr abfälligen Kritik des Großadmirals zugeben, indem er am 21. April 1899 an Tschirschky schrieb: „Tirpitz ist zweifellos ein klarer Kopf, ein großer Organisator.“ [65])

---

schub zu leisten. Durch den Besitz leistungsfähiger Kriegsschiffe gewinnen wir aber auch an Bündniswert ... (Es spielt) die Frage eine große Rolle, was der einzelne Staat in die Interessengemeinschaft einzubringen hat.“

[61]) Bülow an Tirpitz, am 16. Januar 1907 (Tirpitz P.D. 1, 55). — Mahan, Der Einfluß der Seemacht in der Geschichte, S. 255: „Englands Seemacht beruhte ... nicht nur auf seiner großen Kriegsmarine, mit der man sich zu häufig und zu ausschließlich gleichachtet; ... Auch ein blühender Handel allein tat es nicht; ... Sorgfältig gepflegte Vereinigung beider war es, die England diese Übermacht zur See weit über alle anderen Staaten gewinnen ließ, und dieser Gewinn ist untrennbar mit den Ereignissen des spanischen Erbfolgekrieges verbunden. Die britischen Handelsschiffe erwarben sich, da sie sich eines besseren Schutzes als die holländischen erfreuten, den Ruf, weit sicherer zu sein und naturgemäß ging der Frachthandel mehr und mehr in ihre Hände über.“

[62]) v. Einem, Erinnerungen eines Soldaten, 151.

[63]) v. Einem a. a. O. 152.

[64]) Monts, Erinnerungen und Gedanken, 195.

[65]) Monts, a. a. O. 407. — Über die Persönlichkeit des Großadmirals von Tirpitz: u. a. Ulrich von Hassell, Tirpitz, sein Leben und Wirken mit Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Albrecht von Stosch, Stuttgart 1920; Albert Scheibe, Tirpitz, Lübeck 1934; Trotha, Tirpitz. Flottenbau und Reichsgedanke, Breslau 1933.

Mit der Berufung Alfred Tirpitz' wurde die Grundlage für einen geregelten und gesetzmäßigen Ausbau der deutschen Flotte geschaffen. Das Werk, welches der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes mit den Flottengesetzen von 1897 und 1900 schuf, beschränkte sich nicht auf eine Reorganisation der Flotte, sondern wurde eine vollkommene Neuschaffung.

Merkwürdigerweise reagierten die Engländer auf die Gesetze von 1897 und 1900 überhaupt nicht. Jedenfalls läßt sich in den Dokumenten kein Passus finden, der darauf Bezug nähme. — Sir Ernest Cassel äußerte im Juni 1907 zu Ballin, daß es der größte Fehler der englischen Staatsmänner und anderer Berater des Königs gewesen sei, zu glauben, das deutsche Flottengesetz würde aus finanziellen Gründen nicht im vollen Maße durchgeführt werden [66]). Dieselbe Anschauung vermittelt ein Passus in den marinepolitischen Aufzeichnungen des deutschen Marineattachés Coerper in London: „Man hielt es nicht für möglich, daß Deutschland neben einer Riesenarmee auch noch eine starke Flotte erhalten könne." [67]) — Zur Entschuldigung der Engländer muß aber gesagt werden, daß sie wohl alte Erfahrungen, die ihnen recht gaben, aber nicht die Persönlichkeit des damals unbekannten Geschwaderkommandeurs Tirpitz in Rechnung stellen konnten, welche dem Ausland gegenüber noch als vollkommen unbeschriebenes Blatt erscheinen mußte. — Zu dessen persönlichen, überragenden Qualitäten kam hinzu, daß er stärksten Rückhalt in der Person des Kaisers fand [68]).

---

[66]) Huldermann, Ballin, 221.

[67]) G.P. XXIII, 7785.

[68]) Michalik, Probleme des deutschen Flottenbaues, 3.: „Wilhelms II. Anteil am Ausbau der deutschen Flotte wird allerdings leicht überschätzt, weil man die beiden Begriffe Verdienst und Interesse gleichsetzt. Der deutsche Flottenbau, wie er 1897 in Angriff genommen wurde, ist ein spezifisch Tirpitz'sches Werk." — Tirpitz, Erinnerungen, 134: „Jedoch ohne den Kaiser wäre die Entfremdung Deutschlands von der See und den mit ihr verbundenen Interessen und Kulturaufgaben nicht überwunden worden; das bleibt sein geschichtliches Verdienst. Auch sonst haben seine Anstrengungen vielfach Nutzen gestiftet." — Wiegand, Ein Lebensbild, 216: Aus einem Briefe Wiegands: „Tirpitz ist, soweit meine Kenntnisse reichen, bei weitem der bedeutendste Seeoffizier, welchen wir besitzen ... Sie können aber sicher sein, daß der Kaiser ihn nicht genommen hat, uferloser Pläne halber, sondern weil er weiß, daß Tirpitz bei weitem der Tüchtigste ist. Gerade diese Wahl rechne ich daher dem Kaiser hoch an."

Wenn es in der Folgezeit oft zu schärfsten Differenzen zwischen beiden gekommen ist, so war es stets über die Methode, im Hinblick auf das Ziel waren sie immer einig. „Dem Kaiser tritt ein Mann entgegen, von dessen fachlicher Tüchtigkeit er einen starken Eindruck hat, dessen innere Überlegenheit er spürt und dem er sich, wenn er mit ihm unter vier Augen spricht, schweigend unterordnet.“ [69])

Das Jahr 1904 brachte Europa und damit auch der Welt die fundamentalste Machtverschiebung seit 1871, durch die englisch-französische Entente von 1904. „Die Entente war das erste Abkommen einer Reihe von schlecht begrenzten Vereinbarungen, welche, obwohl sie nicht die volle Bedeutung von Bündnissen hatten, dennoch alle Nachteile derselben in sich schlossen.“ [70])

Mit dem Abschluß dieser Entente gab England die bisher stärkste Aktivseite seiner Politik, die nicht sein Verdienst war, auf, das wechselseitige Verhältnis zu Zwei- und Dreibund. Äußerlich eine Versicherung, nicht in den Russisch-Japanischen Krieg hineingezogen zu werden, ging es eine Bindung ein, die bis zum Weltkrieg für seine Politik bestimmend sein sollte.

Seit 1904 wurde die deutsch-englische Spannung als das Verhältnis der Mächte bestimmend erkannt. — In demselben Jahre „entzündete sich das deutsch-englische Problem an der Flottenfrage“ [71]). Bei der Kieler Woche führte man gegen den Willen Tirpitz' König Eduard VII. die gesamte deutsche Flotte vor. „Es wurde den Engländern unheimlich, daß wir mit geringen Mitteln soviel schufen und eine organische Entwicklung innehielten, deren Planmäßigkeit ihre eigene übertraf.“ [72]) Der Anblick der kleinen, aber erstklassigen Flotte in Kiel und vier Wochen später bei dem Gegenbesuch in Plymouth belehrte die englischen Marineoffiziere

---

[69]) Hallmann, Weg zum Schlachtflottenbau, 187.
[70]) Farrer, a. a. O. 111.
[71]) Oncken, a. a. O. II 561.
[72]) Tirpitz, Erinnerungen, 172.

und die Eduard VII. begleitenden Staatsmänner, daß die deutsche Flotte bereits keine quantité négligeable mehr war.

Sehr kühl war der Empfang, welcher der deutschen Flotte bei ihrem Gegenbesuch in Plymouth bereitet wurde. Zugleich wurden Stimmen laut, welche offen aussprachen, „daß den auffallend häufigen Besuchen deutscher Schiffe in britischen Gewässern keine andere Absicht zugrunde liegen könne als die, über die Einrichtungen der britischen Marine und die englischen Küstenbefestigungen die für die deutsche Admiralität wünschenswerten Aufschlüsse zu gewinnen“ [73]).

Immer überzeugter wurden die Engländer davon, daß die deutsche Flotte nur gebaut wurde, um England in einem geeigneten Augenblick zu bekriegen. Zum erstenmal tauchte das Verlangen auf, das Prävenire zu spielen und Deutschlands Seemacht zu vernichten, solange es noch Zeit sei [74]). “Vanity Fair” vom 17. November 1904 verstieg sich sogar zu einem Artikel “A Navy without excuse”. “The German fleet can only be needed against Great Britain.” „Wenn die deutsche Flotte zerstört wäre, würde der Frieden Europas zwei Generationen lang dauern.“ [75]) — Der Marineschriftsteller Arnold White verlangte einen Handstreich gegen die deutsche Flotte nach dem Muster von Kopenhagen im Jahre 1807 [76]). — Ein konservatives Parlamentsmitglied sagte im Herbst 1904 zu einem Bekannten des deutschen Botschafters in London [77]), daß die Überzeugung, Deutschland wäre Englands gefährlichster Feind, immer mehr an Boden gewänne und daß zu erwägen wäre, „ob es nicht vorteilhafter für England sei, die Initiative zu ergreifen, anstatt zu warten, bis die deutsche Flotte ausge-

---

[73]) G.O. XIX, 6042, Fußnote. — Kennedy, Old diplomacy and new, 115: “The minds of Englishmen were being gradually directed, by many suspicious circumstances, to the large number of German tourists, German writers, and German hairdressers, who frequented with peculiar affection our south-eastern coasts and our military and naval centres.”

[74]) G.P. XIX, 6111.

[75]) G.P. XIX, 6149, Anlage.

[76]) G.P. XIX, 6140. — A. White scheint der Erfinder des terminus technicus “to copenhague” zu sein, und nicht Lord Fisher. Jedenfalls taucht der Ausdruck in den Quellen zuerst bei White auf.

[77]) Graf Wolff-Metternich.

baut sei“ [78]). — Zu all diesen Äußerungen ist aber einschränkend zu bemerken, daß sie rein privater Natur waren.

Die erste Maßnahme des amtlichen Englands muß in der „Konzentrierung britischer Geschwader“ [79]) in den heimischen Gewässern [80]) gesehen werden, — von der Ministerpräsident Balfour sagte, daß dadurch die Kampfkraft der englischen Flotte während der ersten vierundzwanzig Stunden eines Konfliktes mit einer fremden Macht verdreifacht werde [81]).

Sehr bald folgte, am 3. Februar 1905, die berüchtigte Rede des Zivillords der englischen Admiralität, Lee, „eines beifallslüsternen Bramarbas“ [82]), in Eastleigh Houts: Erheblich sei das Schwergewicht und das Zentrum der Seemacht in Europa verschoben worden. Sie (die Zuhörer) sollten ihr Augenmerk nicht so sehr auf Frankreich richten, als vielmehr mit Sorge, wenn auch nicht mit Angst, auf die Nordsee. Er glaube an das alte Wort: „Dreimal gesegnet sei derjenige, der den ersten Schlag führt.“ Wenn der Krieg unglücklicherweise erklärt würde, könnte bei den bestehenden Verhältnissen die britische Flotte den ersten Schlag führen, bevor die andere Partei überhaupt Zeit finden könne, in den Zeitungen zu lesen, daß der Krieg erklärt sei [83]). “Daily Chronicle” schrieb

---

[78]) G.P. XIX, 6140.

[79]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1904, S. 238: Aus der Denkschrift des ersten Lords der Admiralität, Earl Selborne, vom 10. Dezember 1904: Darin wird als Ziel der Admiralität bezeichnet, daß die ganze Flotte kriegsbereit in dem Sinne gehalten werden solle, daß sie gerüstet ist, einen sofortigen Schlag führen zu können. Die Heimatflotte soll künftig Kanalflotte genannt werden; sie wird das Seniorkommando in der Flotte darstellen und soll aus 12 Schlachtschiffen und einer entsprechenden Anzahl Kreuzer bestehen. Die jetzige Flotte wird künftig Atlantische Flotte genannt werden und ihre Basis in Gibraltar haben. Sie wird aus 8 Schlachtschiffen mit einer Anzahl Kreuzer gebildet sein. Die übrigen Geschwader werden in drei Gruppen geteilt, bestehend aus dem China-, Australien-, Nordamerika-, Westindien- und Kap-Geschwader. Ferner werden drei Kreuzergeschwader, nämlich ein Kanal-, Atlantisches und Mittelmeer-Geschwader formiert werden, für besondere Kreuzerfahrten.

[80]) Tirpitz, Erinnerungen, 173.

[81]) Rede Balfours in Glasgow, am 12. Januar 1905 (Schulthess' Europäischer Geschichtskal. 1905, 184).

[82]) Oncken, a. a. O. II, 563.

[83]) Schiemann, Deutschland und die große Politik, V, 50.

im Anschluß an die Lee'sche Brandrede: „Wenn die deutsche Flotte im Oktober (nach dem Huller Zwischenfall) zerstört worden wäre, so würde in Europa für 60 Jahre Ruhe geherrscht haben." [84])

Als sogar am Weihnachtstage 1904 der sonst so besonnene, kluge und deutschfreundliche englische Botschafter [85]) den Reichskanzler [86]) darauf hinwies, welche Gefahr die deutsche Flotte für England bedeute, schrieb der Kaiser die Schlußbemerkung unter den Bericht Bülows: „Auf den Lascellschen Einwurf — der allgemeinen Ansicht der Briten —, daß unsere Flotte zum Überfall bestimmt sei auf britische Küsten, so ist nur zu beantworten, nach der neuen englischen Dislocation sind 43 Linienschiffe und 140 Kreuzer zur Verfügung gegen unsere 14 Linienschiffe und gegen 20 Kreuzer. Wer wird da den Überfall machen!!" [87]) — „Vordem hätten wir (England) eine Flotte, von der wir Grund hatten, anzunehmen, daß sie als Waffe zu unserem Schaden gebraucht werden könnte, einfach vernichtet" [88]). So schrieb die "Army and Navy Gazette".

Voll Hohn und Ironie führte Lord Fisher in seinen Memoiren aus, in Erinnerung an seine Vorschläge, die er einst Eduard VII. und anderen Gesinnungsgenossen gemacht hatte: "It is admitted that it was not quite a gentlemanly sort of thing for Nelson to go and destroy the Danish Fleet at Copenhagen without notice, but «la raison du plus fort est toujours la meilleure» ... it seemed to me simply a sagatiorus act on England's part to seize the German Fleet when it was so very easy of accomplishment in the manner J sketched out to His Majesty, and probably without bloodshed. But, alas! ... We had no Pitt, no Bismarck, no Gambetta!" "At that time Germany was peculiarly open to this 'peaceful penetration'." [89])

Ohne Erfolg blieben leider die beruhigenden Äußerungen deutscher Staatsmänner, von denen das "Nineteenth-Century"-Interview Bülows der englischen Öffentlichkeit unmittelbar mitgeteilt wurde. „Ein Krieg ... zwischen England und Deutschland

---

[84]) Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik, 253.
[85]) Sir Franc Lascelles.
[86]) Damals noch Graf Bülow.
[87]) G.P. XIX, 6157.
[88]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1904, 235 f.
[89]) Fisher, Memories, 18 ff.

wäre politisch nur gerechtfertigt bei der Annahme, daß England und Deutschland die einzigen Konkurrenten auf der Erdoberfläche wären, daß die Niederlage des einen die vollkommene Herrschaft des anderen bedeutet." „Denn da ein solcher Krieg den deutschen Handel zerstören und den englischen Handel ernstlich schädigen würde, würden andere die Gelegenheit benutzen, sich Märkte in der Welt zu sichern ohne einen Schuß abzufeuern, ... würde also ein ganzer Haufe tertiorum gaudentium vorhanden sein. Unsere Flotte ist nur für Verteidigungszwecke bestimmt ... Die fremden Länder müssen sich mit der Tatsache aussöhnen, daß der deutsche Kaufmann jenseits vom Meere kein armseliges Geschöpf mehr ist, das sich damit begnügen muß, vom Tisch gefallene Brosamen aufzulesen. Er nimmt jetzt seinen Platz neben seinen Kollegen ein." [90])

Sehr wohl paßte auf Deutschlands Lage der Spruch, wie ihn Bülow im Reichstag interpretierte: «Cet animal est très méchant, quand on l'attaque, il se défend.» [91])

Es kann nicht angezweifelt werden, daß das bloße Vorhandensein der deutschen Flotte eine Beschränkung der britischen militärischen Machtstellung bedeutete, — weil die englischen Staatsmänner jetzt bei ihren politischen Maßnahmen mit ihr rechnen mußten. Der englisch-deutsche Gegensatz aber wurde erst akut, als mit dem Abschluß der Entente vom April 1904 die durch Abneigung und Wirtschaftsgegensatz erzeugte Rivalität zu offenem und politischem Gegensatz wurde.

Das Jahr 1906 ist wohl das bedeutsamste in der Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen, gemessen an drei Ereignissen, von denen die beiden ersten einander bedingten, während das dritte am besten als eine "Machiavellian interference of Providence" [92]) bezeichnet wird: Algeciras (März 1906), Vollendung des groß-

[90]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1904, 236 f.
[91]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1905, 138 f.
[92]) Fisher, Memories, 14.

zügigen englischen Flottenfrontwechsels und „Dreadnought-sprung".

Mit dem englischen Freibrief: „Sagen Sie uns, was Sie in jedem einzelnen Punkte wünschen und wir werden Ihnen unsere rückhaltlose und uneingeschränkte Unterstützung zuteil werden lassen" [93]) waren die Franzosen nach Algeciras gegangen. Und hier ging die Entente „von einem statischen in einen dynamischen Zustand" [94]) über.

Das wichtigste, tatsächlichste Ergebnis der Konferenz von Algeciras neben der Tatsache, daß die Entente die Feuerprobe [95]) bestanden hatte, waren vielleicht die Abmachungen, welche zwischen den englischen und französischen General- und Admiralstäben getroffen wurden für den Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich [96]).

Gedeckt durch seine Bündnispolitik von 1902 und 1904 konnte England es 1906 wagen, den 1904 begonnenen Flottenfrontwechsel zu vollenden, indem es 1906 mit einem Schlage sämtliche Linienschiffe aus Ostasien zurückzog. Hier bekam Deutschland zum erstenmal die unmittelbare Wirkung seines unnötigen und diplomatisch unklugen Vorgehens gegen Japan nach Shimonoseki (1895) zu spüren, denn England konnte, gestützt auf das japanische Bündnis, seine Machtposition in Ostasien verringern [97]) zur Stärkung der heimischen. Die Home Fleet erhielt ihr Hauptquartier in Sherness, an der südlichen Ostküste Englands, und gleichzeitig wurde der Hafen Rosyth, im Norden Englands, zum Flottenstützpunkt ausgebaut [98]).

Nach englischer Ansicht war die Neugruppierung der englischen Flotte "caused by the advent of Germany as a rival in the

---

[93]) Eduard VII. zu Cambon., mitgeteilt bei Lee, Eduard VII. II, 364.

[94]) André Tardieu, La Conférence d'Algeciras, S. 276, mitgeteilt bei Nicolson, Verschwörung der Diplomaten, 220.

[95]) G.P. XXI, 7181.

[96]) Diese Verabredungen hatten schon vor der Konferenz begonnen, siehe E. Grey, 25 Jahre, I, 73 ff.

[97]) Kennedy, a. a. O. 101: "... the Admirality naturally considered that Japon as a definite ally in the Far East could most materially contribute to its maintenance in the Pacific."

[98]) Becker, Fürst Bülow und England, 325.

naval arena" [99]). Demgemäß wurde die Home Fleet umbenannt in Channal Fleet und vermehrt auf 14 Schlachtschiffe, 6 Kreuzer und einige kleine Kreuzer und Zerstörer. Außerdem wurde eine „Flotte zur besonderen Verwendung" geschaffen: ein Kreuzergeschwader von 6 Schiffen, welches im Kriegsfalle zur Verstärkung der einzelnen Geschwader herangezogen werden sollte. — In einem Briefe an den Prince of Wales vom 23. Oktober 1906 schrieb Fisher: „Unser einziger, wahrscheinlicher Gegner ist Deutschland, dieses hält seine ganze Flotte, stets nur wenige Fahrstunden von England entfernt, konzentriert. Wir müssen daher eine doppelt so starke Flotte, von nur wenigen Fahrstunden von Deutschland entfernt, bereithalten." [100]).

Die unerreichbare Überlegenheit Englands, wie sie sich noch im Jahre 1906 nach der Umgruppierung der englischen Flotte darstellte, möge folgende Tabelle zeigen:

	England	Deutschland	Frankreich	England u. Frankreich
Schlachtschiffe	60	24	33	93
Große Kreuzer	32	6	20	52 [101])

Aber nicht allein im Verhältnis Englands zu Deutschland drückte sich diese Überlegenheit aus, sondern England behielt über jede in diesem Jahre noch mögliche Kombination, sei es eine französisch-russische oder eine russisch-deutsche, eine 10prozentige Überlegenheit:

	England	Frankreich	Deutschland	Rußland	Deutschland u. Rußland	Rußland u. Frankreich
Schlachtschiffe:	60	33	24	11	35	49
Große Kreuzer:	32	20	6	5	11	25 [102])

---

[99]) Bacon, Fisher I, 297.

[100]) Lee, Eduard VII. II, 327 f.

[101]) Die Grundzahlen werden gefunden im Taschenbuch der Kriegsflotten, 8. Jahrg. 1907, hrsg. von B. Weyer, S. 299. — Etwas abweichende Zahlen gibt Bacon, Fisher I, 297 an:

	England	Deutschland	Frankreich
Schlachtschiffe	56	22	25
Große Kreuzer	45	7	19

[102]) Siehe Weyer, a. a. O. S. 299, — auch die abweichenden Angaben bei Bacon, a. a. O. 297 ff.

"It was indeed a Machiavellian interference of Providence on our behalf that brought about the evolution of the Dreadnought" [103]), ereiferte sich Lord Fisher, erster Seelord der englischen Admiralität.

Um sich über die Bedeutung des ersten Dreadnought [104]), welcher am 10. Februar 1906 in Gegenwart König Eduards VII.[105]) in Portsmouth von Stapel lief, klarzumachen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Bau eines solchen rein äußerlich „rund gerechnet eine Verdoppelung der Größe der Schiffe" [106]) bedeutete. Betrug die Wasserverdrängung der größten Schiffe bis dahin etwa 12 000 t, so stieg sie plötzlich auf fast 18 000 t, bei einer Geschwindigkeit von 21 Knoten und 10 × 30,5 cm Geschützen, sowie 26 Schnellfeuergeschützen verschiedener Kaliber zur Torpedobootabwehr in der Batterie und auf Deck. Die Panzerung hatte eine Stärke von 27,9 cm [107]).

War die englische Überlegenheit über die deutsche Flotte bisher eine dreifache gewesen, so wurde sie durch den Dreadnoughtsprung vollkommen illusorisch gemacht. Und erst sehr spät erkannte man in England, daß die Einführung des Dreadnoughttyps wegen der damit verbundenen Entwertung aller anderen Schiffe Englands Vorsprung weder verewigte noch vergrößerte, sondern es den anderen Mächten erst ermöglichte, mit Englands Flottenmacht in Wettbewerb zu treten.

Tatsächlich hatte man geglaubt, daß der Übergang zum Dreadnought in Deutschland an den finanziellen und technischen Möglichkeiten scheitern würde, „daß die hohen Kosten, die Abmessungen des Kaiser-Wilhelm-Kanals und unserer Docks uns davon abhalten würden, England im Bau von Schiffen der Dreadnoughtklasse nachzufolgen, daß somit die Überlegenheit der englischen Flotte auch ohne weitere finanzielle Belastung gesichert sei" [108]).

---

[103]) Fisher, Memories, 14.

[104]) "Dread Nought is over 80 times in the Bible ('Fear Not'). So I took as my motto: 'Fear God and Dread Nought'." — Fisher, Memories, 276.

[105]) Schulthess, Europ. Geschichtskal. 1906, 290.

[106]) Tirpitz, P.D. I, 11.

[107]) Lee, a. a. O. II, 326.

[108]) G.P. XXIII, 7777. — Siehe auch Fisher, Memories, 14.

Doch schon bald gab es eine große Enttäuschung [109]), als es zur Gewißheit wurde, daß Deutschland allen Schwierigkeiten zum Trotz „Schiffe gleicher Größe" zu bauen begann. Die Grundlage wurde durch die neue Flottennovelle von 1906 geschaffen, die den Weg freimachte für die Umstellung auf Dreadnoughts — und auch den Aus- und Umbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals [110]) vorsah.

Lord Fishers Spekulation hatte sich als falsch erwiesen und — „die alte Überlegenheit Englands verminderte sich von Jahr zu Jahr" [111]). Die Erkenntnis, daß der Dreadnoughtbau ein schwerer Fehler war, dämmerte auch sehr bald den englischen Staatsmännern und drückte sich aus in den Reden Balfours und Sir Campbell-Bannermans vom 28. Juli 1906. — Der Premier sagte u. a.: "The Right Honourable Gentleman — Balfour — said a thing which is very true. He said that possibly we made a mistake in laying down this one great Dreadnought, because it has undoubtedly set the pace for other nations. By that action we deliberately encouraged other nations to go on in this uncreasing rivalry. I dare say, that the Right Honourable Gentleman was right in saying that we night have been better off in relative strenght to day if we had not build this vessel." [112])

Was Lord Fisher "a Machiavellian interference of Providence" zu Englands Gunsten nannte, erwies sich in der Folge als eine machiavellistische Einmischung der Vorsehung zu Deutschlands Gunsten im besonderen und der anderen Seemächte im allgemeinen.

War der tiefere Sinn von Lord Fishers Dreadnought-Spekulation der gewesen, der britischen maritimen Überlegenheit eine unerreichbare Höhe zu geben, so mußte bei Erkenntnis des Irrtums von den englischen Staatsmännern eine Möglichkeit gefunden

---

[109]) G.P. XXIII, 7777.

[110]) Der Umbau wurde 1909 vollendet.

[111]) Tirpitz, P.D. 1, 40.

[112]) "Times" vom 28. Juli 1906 (G.P. XXIII, 7777). — B.D. VI. 115: „Sir Charles (Hardinge) habe die Meinung geäußert, daß England vielleicht einen Fehler begangen habe, einen Dreadnought zu bauen ... Wenn daher der Bau von Dreadnoughts seitens anderer Nationen England Verlegenheit bereite, habe es sich das nur selbst zu verdanken, weil es mit dem Beispiel vorangegangen sei."

werden, diesen nicht wiedergutzumachenden Fehler soweit wie möglich abzuschwächen.

Die Maßnahmen aber, die man ergriff, liefen darauf hinaus, die englische maritime Hegemonie zu verewigen, indem man die pazifistischen Zeitströmungen ausnutzte und versuchte, die deutsch-englische Flottenrüstung vor ein internationales Forum zu bringen. Das geschah, indem England die Aufnahme eines Abrüstungsantrages in das Haager Konferenzprogramm verlangte.

Abschließend möge folgende Tabelle ein klares Bild von dem effektiven Machtverhältnis der deutschen und englischen Kriegsmarine an der Schwelle des entscheidungsvollen Jahres 1906 geben:

	England		Deutschland	
	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen
Vordreadnoughts	60	829 000	24	261 300
Panzerkreuzer	32	379 000	6	56 600
zusammen	92	1 208 000	30	317 900 [113])

Das war immerhin an Zahl eine dreifache und an Raumgröße eine fast vierfache Überlegenheit der englischen Schlachtflotte, — und der Tirpitzsche Risikogedanke [114]) war noch nicht annähernd erreicht.

---

[113]) Weyer, a. a. O. S. 299.

[114]) Ein taktisch gut zu handhabender Schlachtkörper ... werde (so glaubte Tirpitz) selbst gegen den Teil der englischen Schlachtflotte, der unter normalen politischen Umständen gegen die deutsche Flotte eingesetzt werden könne, Siegesaussichten haben. Auf jeden Fall würde durch die deutschen Geschwader im Falle ihres Unterganges so viel von der Flotte des Gegners mit auf den Grund genommen werden, daß ‚dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre'. So heißt es in der Begründung zur zweiten Flottenvorlage von 1899, in der der Risikogedanke seine letzte Fassung fand. — Hallmann, a. a. O. 250.

England verlangt „Beschränkung der Rüstungsausgaben".

Am 5. April 1907 ließ die Kaiserlich-Russische Regierung durch ihre Vertreter den Mächten ein Memorandum [1]) überreichen, enthaltend die Stellungnahme der interessierten Mächte zu dem Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz. — Das bedeutet den Anfang und das Ende zugleich der englischen absoluten maritimen Überlegenheit zur See. Der großartig in Szene gesetzte Abrüstungsantrag [2]) der englischen Regierung war, von der Öffentlichkeit unbemerkt, zu einem Antrag auf Einschränkung der Rüstungsausgaben [3]) geworden. — Und was der Konferenz zu tun übrigblieb, war nichts als eine Farce.

Durch andauernde Bemühungen in langwierigen diplomatischen Verhandlungen war es der englischen Regierung gelungen, in das Konferenzprogramm die Aufnahme eines Problems zu erzwingen, dessen Erörterung allein schon die vitalsten Interessen der einzelnen Mächte berühren mußte: das Wehrproblem der Völker.

Geschickt hatten Englands Staatsmänner von pazifistischen Zeitströmungen hereingetragene Ideen aufgegriffen, um unter dem Deckmantel der Humanität seine alles beherrschende Machtstellung zu verewigen. — Durch eine "Machiavellian interference of Providence" hatte es diese absolute, stolze und einsame Höhe seiner Macht erreicht, durch eine Schicksalslaune aber, den

[1]) B.D. VIII, 191.
[2]) B.D. VIII, 160.
[3]) B.D. VIII, 162.

Dreadnoughtsprung, welche den tiefen und unaufhaltbaren Sturz von diesem Gipfel in sich barg [4]), wenn es nicht in letzter Minute gelang, ein Mittel zu finden, sich in dieser Stellung zu halten. — Der Unterstaatssekretär des Äußeren, Sir Charles Hardinge, erklärte dem deutschen Botschafter, Graf Wolff-Metternich, am 10. Mai 1907, daß England alles daransetzen werde, um das gegenwärtig bestehende Übergewicht der englischen Flotte über die deutsche aufrechtzuerhalten [5]).

In der englisch-französischen Entente vom 8. April 1904 und der englisch-russischen Konvention vom 31. August 1907 dokumentiert sich eine einfache, aber entscheidende Mächteverlagerung. In den geheimen Vorverhandlungen aber zu der zweiten Haager Friedenskonferenz, die allmählich und unmerklich sich zu einem deutsch-englischen Zweikampf ausgestalteten, versuchte England, einen entscheidenden Schlag gegen Deutschland zu tun: dessen wachsende Macht zu stoppen und damit den Todeskeim in sie hineinzulegen [6]). — Die diplomatischen Verhandlungen des Jahres 1906 und der ersten Hälfte des Jahres 1907 dokumentieren das Ringen beider Völker um ihre vitalsten Interessen. Wir sehen hier den Beginn eines der „großen Kämpfe der Kulturen und der Kulturrassen, nicht um Recht gegen Unrecht, sondern um Recht gegen Recht: Um das Recht des Besitzenden gegenüber dem des Nichtbesitzenden“ [7]). — Schon das bloße Vorhandensein einer deutschen Seemacht in nächster Nähe der englischen Küsten hatte England gezwungen, wichtige Außeninteressen [8])

---

[4]) Dies richtig erkannt zu haben, ist das Verdienst Balfours und Campbell-Bannermans sowie Hardinges, was ja bereits erwähnt wurde. — G.P. XXIII, 7777; B.D. VI, 155. — Nur der Mann, der den Dreadnoughtfehler begangen hatte, frohlockte noch 1907: “It is an absolute fact that Germany had not laid down a single Dreadnought, now had she commenced building a single Buttleship or Big Cruiser for eighteen months. — Germany has been paralysed by the Dreadnoughts”, Fisher, Memories, 14.

[5]) G.P. XXIII, S. 7785 Fußnote.

[6]) Ich verweise auf Meinecke, Die Idee der Staatsraison und Spranger, Lebensformen.

[7]) Lufft, Das britische Weltreich, 559.

[8]) Die mittelamerikanische Stellung an USA., die Stellung in den chinesischen Gewässern an Japan, Marokko an Frankreich. — Lufft a. a. O. 37.

aufzugeben und seine Flotte in den Heimathäfen zu konzentrieren, wie es in den Jahren 1904—1906 geschah. Es war ja nicht seine Insellage an sich von entscheidender Bedeutung, sondern die Flotte, die das Meer beherrschte, welches diese Inseln umgibt. Das bedeutet aber, daß die Beherrschung des Meeres für Festlandsvölker ebensogut erreichbar ist wie für Inselvölker [9]).

In einem Briefe Metternichs an Bülow vom 15. März 1907 lesen wir, daß die Suprematie Englands zur See eine Lebensfrage für dieses Land bilde und daß an Abrüstung nur gedacht werden dürfe, wenn der jetzige Vorsprung Englands von den anderen Mächten anerkannt würde, welches auch die wesentlichen Punkte in Balfours Unterhausrede vom 14. März 1905 [10]) waren. „Wenn es eine Frage gibt, in der die Masse der Engländer einig ist, so ist es der Glaube an die Notwendigkeit der Überlegenheit Englands zur See. Dies weiß auch die Regierung trotz ihres Anhangs von humanitären Idealisten." [11])

Die Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union [12]), welche 1904 in St. Louis tagte, nahm einstimmig die Resolution aktiver und ehemaliger Mitglieder des amerikanischen Kongresses sowie sämtlicher Parlamente in Europa an, den Präsidenten der

---

[9]) A. O. Mayer, Die sittlichen Triebkräfte des britischen Imperialismus, S. 16. — Es soll hier noch darauf hingewiesen werden, daß „durch geographische Lage und Volksart bestimmte Interessen ... erst wirksam werden, wenn innere und äußere Wandlungen es auslösen, so etwa das Seeherrschaftsinteresse des englischen Volkes, das im Mittelalter noch schlummerte und die weltwirtschaftliche Expansion des deutschen Volkes nach 1871". — Siehe auch Meinecke, a. a. O. 7.

[10]) G.P. XXIII, 7784.

[11]) G.P. XXIII, 7784.

[12]) „Nach einer Anregung, die von dem österreichischen Reichsratsabgeordneten Robert v. Walterskirchen ausgegangen war, beschlossen 1888 zunächst englische und französische Parlamentarier auf Einladung Randal Cromers und Frederic Passys zu gemeinsamer Aktion im Interesse des Weltfriedens zusammenzutreten. Durch allmählichen Beitritt von

Vereinigten Staaten zu bitten, alle Nationen zu einer Konferenz einzuladen, um die Fragen zu erörtern, „bezüglich deren die Konferenz im Haag (1899) den Wunsch ausgesprochen hat, daß zu ihrer Beratung eine künftige Konferenz einberufen werden möge“ [13]).

Am 24. September 1904 [14]) wurde diese Resolution Theodore Roosevelt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, überreicht, welcher den Antrag annahm.

Schon am 31. Oktober richtete der Staatssekretär des Äußeren, Hay, ein Rundschreiben an die Mächte über die Berufung einer zweiten Friedenskonferenz [15]).

Das Rundschreiben enthielt bereits eine Reihe von Anregungen bezüglich des Konferenzprogramms, vor allem „die Rechte und Pflichten von Neutralen“, „die Unverletzlichkeit von Privateigentum im Seekriege“ und „das Bombardement von Städten, Häfen und Dörfern durch Kriegsschiffe“ [16]). Die Abrüstung befand sich nicht unter den vorgeschlagenen Programmpunkten. Die Begründung dafür gab der Präsident schon bald. Am 4. Dezember 1904 hob er nachdrücklich in der bei dem Zusammentritt des Kongresses verlesenen Jahresbotschaft hervor, daß die Vereinigten Staaten bei der gegenwärtigen Weltlage nicht abrüsten könnten; würde es geschehen, so könnte in manchen Fällen wohl Blutvergießen verhindert werden, aber sie würden nicht mehr in der Lage sein, für den “peace of justice”, den einzig wahren Frieden, zu wirken [17]).

Mitgliedern fast aller europäischen und auch transatlantischen Parlamente, hat sich dieser Verband zur ‚Union interparlamentaire pour l'arbitrage international‘ ausgebildet, ... besondere Anerkennung verdient es, daß die interparlamentarische Union allen Versuchen einzelner Mitglieder, politische Differenzen zwischen den einzelnen Staaten zum Gegenstand der Diskussion zu machen, standhaften und immer zunehmenden Widerstand geleistet hat ...“ — Lammasch, Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange. In: Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, 3. Aufl. Stuttgart 1913, S. 40 ff. — Siehe auch das Büchlein des Generalsekretärs der I.P.U., Lange, «Union interparlamentaire. Résolutione des conférences» 1911.

[13]) B.D. VIII, 157.

[14]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1904, 318.

[15]) Ebenda.

[16]) Ebenda.

Überhaupt war der Eifer Theodore Roosevelts vor Zusammentritt der Konferenz nicht besonders groß. Sein Votum für eine internationale Konferenz muß aus innerpolitischen Gründen, als ein Wahlmanöver, verstanden werden. Dem deutschen Botschafter in Washington, Freiherrn Speck von Sternburg, deutete er am 26. November an, daß er sich nur aus Rücksicht auf die Präsidentschaftswahl im November, von der er eine Wiederwahl erhoffte, der pazifistischen Anregung der Interparlamentarischen Union nicht habe entziehen mögen [18]).

Sehr deutlich tritt die antipazifistische Grundhaltung Roosevelts in einem Schreiben an Sternburg, vom 16. Juli 1907, zutage. Der diesbezügliche Passus lautet: "From my point of view the fool who continually screams against war and for peace, without regard to whether one or the other is righteous is a noxious as the wealthy man in whom the desire to achieve wealth has swallowed up all thought of patriotism, and of pride in the exercise of the manlier virtues. It was to utterly disgusted with the nonsense chattered by the extreme advocate of peace here that it was difficult for me to take a proper interest in the Hague proceedings. I abhor men like Hale and papers like the 'Evening Post' and physical dread of danger and hardship, and who therefore tend to hysterical denunciation and fear of war ..." [19])

---

[17]) G.P. XXIII, 7789, Anm.

[18]) G.P. XIII, 7789, Telegramm Speck von Sternburgs vom 27. Nov. 1904: „Über die Bestrebungen der Delegierten der Friedenskonferenz, welche er am 23. ds. Mts. empfing, sprach sich der Präsident skeptisch aus. Seine scheinbar lebhafte Unterstützung ihrer Wünsche durfte, wie ich aus seinen mir gemachten Andeutungen schließe, hauptsächlich als ein Wahlmanöver zu betrachten sein, selbst wenn eine bezügliche Einladung an die Mächte ergehen sollte." — G.P. XXIII, 7986. Noch im Herbst des Jahres 1907 sagte Roosevelt zu Speck von Sternburg: „Ihm sei ja wohl bekannt, daß er (Roosevelt) mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zwar gezwungen sei, die Abrüstungsidee zu verfolgen, daß er aber von jeher von ihrer Unfruchtbarkeit überzeugt gewesen sei."

[19]) G.P. XXIII, 7985.

Der Augenblick des Entschlusses zu einer Friedenskonferenz war denkbar ungünstig, zu einer Zeit, als der Russisch-Japanische Krieg seinem Höhepunkt zustrebte. Die Antworten der Mächte waren entsprechend.

Die russische Regierung erklärte, sie sei durchaus gegen die Einberufung einer solchen Konferenz, „da sie den Augenblick eines Krieges als sehr inopportun für eine Erörterung der von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Gegenstände erachte“ [20]).

Die französische Regierung sah keinen Grund, sich mit ihrer Antwort zu beeilen, „da die Abhaltung einer derartigen Konferenz nicht tunlich sein könne, solange der Krieg zwischen Rußland und Japan andauere“ [21]).

Die japanische Regierung erwiderte, „die Tatsache, daß sie einen Krieg führe, gebe ihrer Ansicht nach keinen genügenden Grund ab, die Teilnahme an der geplanten Konferenz abzulehnen, solange diese keine Aktion unternehme oder zu unternehmen sich anmaße, die sich auf den gerade im Gange befindlichen Kampf beziehe oder in irgendeiner Weise Einfluß darauf hätte“ [22]).

Bei Begründung ihrer Bereitschaft, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, behielt sich die englische Regierung das Recht vor, noch folgende Punkte in Betracht zu ziehen, „daß der Zeitpunkt ohne Zweifel der allgemeinen Konvenienz aller beteiligten Mächte gemäß festgesetzt werden würde“, und „daß bei Aufstellung eines Programms klar unterschieden werde zwischen den Dingen, die ins Gebiet des Völkerrechts gehörten und jenen, die einer vertraglichen Regelung zwischen den einzelnen Regierungen unterlägen“ [23]).

Der Antwort der deutschen Regierung wurde der Standpunkt Geheimrat von Holsteins zugrundegelegt: „si omnes“ [24]). Eine Rumpfkonferenz mußte ja auch eine Spitze gegen die nichtbeteiligten Mächte haben [25]). — Soweit es sich allerdings um das vom

---

[20]) B.D. VIII, 157; G.P. XXIII, 7794.
[21]) B.D. VIII, 157.
[22]) B.D. VIII, 157.
[23]) B.D. VIII, 157.
[24]) G.P. XXIII, 7793.
[25]) Diese Ansicht, welche sich zuerst in den Aufzeichnungen Hol-

Präsidenten der Vereinigten Staaten angeregte Programm handelte, hatte Deutschland von der zweiten Konferenz im Haag mehr zu hoffen wie zu fürchten [26]).

Wir dürfen wohl annehmen, daß Präsident Theodore Roosevelt diese mehr oder weniger deutlich ablehnenden Bescheide zur Kenntnis genommen hat, ohne deshalb enttäuscht zu sein. Ungehemmt nahm der Russisch-Japanische Krieg seinen Fortgang bis zum Friedensschluß von Portsmouth am 5. Dezember 1905.

Erst durch einen Bericht des deutschen Botschafters in St. Petersburg, v. Alvensleben, vom 16. September 1905 wurde die Konferenzfrage in der Wilhelmstraße wieder akut [27]). Wir dürfen damit rechnen, daß zu gleicher Zeit ähnlich lautende Berichte auch in den Auswärtigen Ämtern der übrigen Mächte einliefen.

Der Konferenzgedanke ruhte fast ein Jahr, bis die russische Regierung ihn wieder aufnahm und dies durch die Einladung zur zweiten Haager Friedenskonferenz vom 26. September 1905 kundtat [28]). — Roosevelt ließ erklären, er habe dem Zaren die Initiative gerne überlassen. Doch einige amerikanische Zeitungen begleiteten ihre Ausführungen mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen über Zar Nikolaus, „dessen Hände noch rot seien vom vergossenen Blut eigner und fremder Untertanen", daß er „am allerwenigsten geeignet sei, einen Friedenskongreß zusammenzuberufen" [29]).

Als Termin für den Konferenzbeginn wurde die zweite Hälfte des Monats Juli 1906 vorgeschlagen [30]). Einwendungen machte

---

steins vom 6. November 1904 (G.P. XXIII, 7793) findet, hat Bülow vorbehaltlos übernommen. — G.P. XXIII, 7795.

[26]) G.P. XXIII, 7793, Anm.

[27]) G.P. XXIII, 7796.

[28]) In Berlin wurde diese Einladung durch den russischen Geschäftsträger Bulazell am 26. Sept. überreicht. — G.P. XXIII, 7798.

[29]) G.P. XXIII, 7797.

[30]) G.P. XXIII, 7802.

Amerika, weil der panamerikanische Kongreß für dieselbe Zeit bereits nach Rio de Janeiro einberufen war [31]). Roosevelt wünschte die Verlegung des Termins auf den Sommer 1907 [32]).

Der von Rußland angekündigte [33]) Entwurf für das Programm der zweiten Friedenskonferenz ließ zunächst auf sich warten. Erst Anfang April legte Rußland den Mächten den Programmentwurf vor. Er enthielt

1. Verbesserung der Bestimmungen des Haager Schiedsababkommens vom 29. Juli 1899,
2. Ergänzung des Abkommens, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 29. Juli 1899,
3. Ausarbeitung eines Abkommens, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges,
4. Ergänzung des Abkommens, betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg vom 29. Juli 1899.

Kein Punkt, keine Andeutung zur Abrüstung!

Der unglaubliche Ausmaße annehmende Außenhandel Deutschlands und dessen stetig wachsende Kriegsflotte hatten schon das englische konservative Kabinett veranlaßt, seiner Politik die neue bereits erwähnte Richtung gegen Deutschland zu geben. Hieran änderte sich gar nichts, als es am 5. Dezember 1905 gestürzt und von dem liberalen Kabinett unter Sir Henry Campbell-Bannerman abgelöst wurde.

Den Ton in dem neuen liberalen Kabinett gab nun nicht der durchaus ehrliche Pazifist Sir Campbell-Bannerman an, sondern die liberale imperialistische Richtung, welche von dem Terzett Asquith-Grey-Haldane repräsentiert wurde.

---

[31]) G.P. XXIII, 7804.
[32]) G.P. XXIII, 7805.
[33]) G.P. XXIII, 7800.

Von Bedeutung für uns in diesem Zusammenhange ist nur Sir Edward Grey [34]), dessen „Antipathien gegen Deutschland" und dessen „sentimentale unerschütterliche Vorliebe für Frankreich ... schon um 1895 [35]) unabänderlich festgelegt" waren [36]). Er war ein Mann von nur „geringer außenpolitischer Erfahrung" [37]), aber er konnte so dreinschauen, als wäre ihm alles darüber bekannt [38]). Seine Insel hat er Zeit seines Lebens nur einmal verlassen, und so zeichnete ihn eine ungemeine Unwissenheit in Bezug auf andere Länder und ihre Bewohner aus, sein eigenes ausgenommen [39]). Infolge der herrschenden Lage drückte sich dieser Mangel ganz besonders „durch seine mangelhafte Kenntnis der Quellen der deutschen Mentalität" [40]) aus. Er schien zu bezweifeln, „daß die Deutschen wirklich gute Leute wären" [41]), weil sie „scheinbar" entschlossen waren, „eine große Flotte zu bauen" [42]).

Bedauerlicherweise war Grey von einem gleichgestimmten Kreis von Mitarbeitern und Beratern umgeben, der sich auszeichnete durch seine unüberwindbare deutschfeindliche Haltung. Besonders Band VII und VIII der Britischen Dokumente, die Tagebuchblätter Blunts, die Erinnerungen Haldanes u. a. m. zeigen Grey als den geschobenen Mann einer Ministerialbürokratie [43]).

---

[34]) In anderem Zusammenhange auch Haldane und Asquith.

[35]) Schon 1892—1895 war Grey Unterstaatssekretär für das Äußere in den Kabinetten Gladstone und Roseberry.

[36]) Barnes, Die Entstehung des Weltkrieges, 353.

[37]) Oncken, a. a. O. II, 589.

[38]) Aus englischer Quelle mitgeteilt bei Lutz, Lord Grey und der Weltkrieg, 50.

[39]) Blunt, My diaries, 49.

[40]) Haldane, Aus meinem Leben, 189.

[41]) Ebenda.

[42]) Ebenda.

[43]) Hermann Lutz, Sir Eyre Crowe, Der böse Geist des Foreign Office, 1931. — Siehe auch Lutz, Deutschfeindliche Kräfte im Foreign Office der Vorkriegszeit. — Ganz besonders hinzuweisen ist auf die bedenkliche Rolle, welche Crowe und Nicolson spielten, die ausschlaggebenden Männer des Foreign Office. — Mit welchen Mitteln die Drahtzieher im Foreign Office ihren Ministerkollegen in ihrem, d. h. in deutschfeindlichem Sinne zu beeinflussen verstanden, zeigt jenes berüchtigte „Memorandum des Mr. E. Crowe" vom 1. Januar 1909 (British Documents III, 397 ff.) für die Mitglieder des Foreign Office. — Eine ganz ausgezeichnete Untersuchung dieses Croweschen Machwerkes lieferte Oncken, a. a. O. II,

Es fehlte der Grey eigenen Antipathie gegen Deutschland jede Möglichkeit zur Regulierung ihrer gefühlsmäßigen Einstellung, welche bis zu seinem Tode, am 7. September 1933, in seinen Handlungen, Reden und Schriften sich ausdrückte.

Sir Edwards Stärke lag in seiner „imponierenden" Erscheinung und einem entsprechenden Auftreten, was „einen Anschein von gesunden Menschenverstand und Ehrlichkeit" erweckte [44]). Sodann war eine „außergewöhnlich überzeugende Rednergabe" [45]) ihm eigen; „dazu kam eine gewisse Vertraulichkeit und ein Anschein von Reinheit und Vornehmheit, der eine überzeugende Wirkung übte und Kritiker entwaffnete" [46]).

Die Regierung Campbell-Bannerman hatte sogleich nach ihrem Amtsantritt, am 5. Dezember 1905, das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, um der Regierung die nötige Parlamentsmehrheit zu verschaffen.

Aus diesem Wahlkampf, der am 30. Januar 1906 beendet wurde, kehrte die liberale Partei mit absoluter Mehrheit [47]) ins Parlament zurück. — Die liberale Regierung aber ging an die Arbeit mit einem Versprechen belastet, das es nun einzulösen galt. In seiner großen Programmrede vom 21. Dezember 1905 hatte sich der Premier mit voller Schärfe gegen das „Prinzip des Wettrüstens" gewandt: "We want relief from the pressure of excessive taxation and at the same time we want money to meet our own domestic needs at home, which have been to long starved and neglected owing to the demands of the taxpayer for military pur-

---

599 ff., deren Ergebnis wir uns ganz zu eigen machten. — Boveri, Persönlichkeiten und Apparat der außenpolitischen Geschäftsführung unter Sir Edward Grey, Diss. Berlin 1932.

[44]) Äußerung von N. H. Brailford, Mitarbeiter des „Tribune" und der „Daily News" (Okt. 1906). Mitgeteilt bei Hermann Lutz, Lord Grey und der Weltkrieg, S. 3.

[45]) Barnes, a. a. O. 419.

[46]) Ebenda.

[47]) 400 Liberale, 158 Unionisten, 29 Arbeiterparteiler, 83 Iren. — Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1906, 291.

poses abroad. How are these desirable things to be secured of in the peace our armaments are maintained on a war footing? Remember that we are spending at this moment. I think twice as much on the Army and Navy as we spent ten years ago ... But even so, with an increasing military expenditure how can we do the work of reform that remains to be done at home and at the same time bring relief to the taxpayers? Militarism, extravagance, protection are weeds which grow in the same field, and if you want to clear the field for honest cultivation you must root them all out." [48])

Sicherung der englischen maritimen Überlegenheit in aeternum und Abbau der Besitzsteuern [49]) waren der Boden, auf dem der Viviansche Abrüstungsantrag am 9. Mai 1906 im Unterhause, ohne Gefahr für die Stärke der Nation, starten konnte. Der liberale Abgeordnete Vivian beantragte eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wurde, Schritte zu unternehmen, um die Ausgaben für die militärischen und maritimen Rüstungen zu verringern, und die Aufnahme eines Abrüstungsantrages in das Haager Konferenzprogramm zu betreiben. Der liberale Abgeordnete Bellairs [50]) aber sah sich veranlaßt, einen Zusatzantrag zu beantragen, in dem erklärt werden sollte, daß das Haus sich darauf verlasse, die Regierung werde die Oberhoheit Englands zur See aufrechterhalten. — Darauf erklärte Grey ausweichend, die Haager Konferenz hätte keine verdienstlichere Aufgabe, als die Bedingungen für den Frieden weniger kostspielig als bisher zu gestalten, und ein praktisches Ergebnis zutage zu fördern, das zur Herabminderung der Aufgaben führen könne. Niemals habe es eine Zeit gegeben, in der die relative Überlegenheit der englischen Flotte stärker gewesen sei als gerade jetzt. Er nehme die

---

[48]) „Times" vom 22. Dez. 1905 (G.P. XXIII, 7769). — Vgl. Spender, Life of Campbell-Bannerman II, 327 ff.

[49]) Die steigenden Rüstungsausgaben hatten zu der Errichtung eines Steuersystems geführt, das den Grundbesitz beinahe zum Erliegen brachte.

[50]) Derselbe Bellairs beantragte März 1906 im Unterhaus, daß das Parlament eine feste Erklärung dahin abgeben sollte, daß es unentwegt an dem "Two-Power-Standard" plus einem Übergewicht zugunsten der englischen Flotte festhalten solle. — G.P. XXIII, 7782.

Resolution als eine erfreuliche Äußerung der öffentlichen Meinung an. — Das Amendement Bellairs wurde daraufhin zurückgezogen und die Resolution einstimmig angenommen [51]).

Klar sah Wilhelm II. die Lage und schrieb den berechtigten Einwurf an den Rand des Berichtes Wilhelm von Stumms: „Wenn einer seine Rüstungen einschränken kann, ist es nur England! Da es eine so kolossale Übermacht hat! Aber weil es dieselbe hat, will es dieselbe in aeternum behalten, daher dürfen die anderen nicht ihre Rüstungen id est Flottenbauten weiterentwickeln! Besonders wir nicht!“ [52])

Vergegenwärtigen wir uns die Lage Deutschlands, das noch unter dem deprimierenden Eindruck der eben beendeten Konferenz von Algeciras (März) stand, dann erscheinen alle Bedenken des Kaisers gegenüber jeder Abwertung seiner Verteidigungsmittel gerechtfertigt. Zu allem kam die Enthüllung des „Matin“ vom Oktober 1905 [53]), daß die englische Regierung für den Fall eines deutschen Angriffes auf Frankreich den sofortigen Angriff der englischen Flotte auf den Nord-Ostsee-Kanal in Richtung Kiel und die Landung von 100 000 Mann britischer Truppen in Schleswig-Holstein zugesagt habe [54]).

Zunächst einmal machte die immer mehr und mehr besorgniserregende außenpolitische Lage Deutschlands eine Abrüstung seines Landheeres vollkommen unmöglich. Das wird sogleich klar, wenn man weiß, daß die Heere Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammen an Zahl noch nicht einmal so groß waren wie das russische Heer [55]), daß die Friedenspräsenzstärke der russisch-

---

[51]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1906, 297.

[52]) G.P. XXIII, 7809.

[53]) Fay, Der Ursprung des Weltkrieges, I, 133.

[54]) Die Streitfrage über den ursächlichen Zusammenhang dieser Angelegenheit ist gleichgültig, weil es sich hier ja nur um den Eindruck dieser Meldung des „Matin“ auf Deutschland handelt.

[55])

1899:	Deutschland	401 659	=	667 331 Mann
	Österreich-Ungarn .	265 672		
1903:	Deutschland	587 958	=	930 290 „
	Österreich-Ungarn .	342 332		
	Frankreich	575 000	=	1 559 000 „
	Rußland	984 000		

(Fortsetzung der Fußnote siehe nächste Seite)

französischen Heere bedeutend höher lag als die des Dreibundes. — Ebenso deutlich dokumentierte sich die Überlegenheit der Ententemächte in den Ausgaben (1907) für das Heer: die Heeresausgaben des Dreiverbandes überstiegen die der beiden Mittelmächte um 62,5%, die Marineausgaben sogar um 217,4%, während die Gesamtrüstungsausgaben der Ententemächte um 95% höher lagen als die Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammen [56]).

Im übrigen waren Deutschland und Österreich-Ungarn auf den defensiven Militarismus mehr angewiesen als die Randstaaten, da sie in ihrem ganzen Grenzverlauf zu umklammern waren [57]). — Und wie sollte ein Schlüssel gefunden werden, der den politischen, wirtschaftlichen und geographischen Eigentümlichkeiten eines jeden Landes gerecht wurde? Doch standen solche grundsätzlichen

---

1910:	Deutschland . . . . 607 400 Österreich-Ungarn . 350 471	= 957 871	Mann
	Frankreich . . . . 579 000 Rußland . . . etwa 1 000 000	= 1 579 000	„
1913/14:	Deutschland . . . . 725 149 Österreich-Ungarn . 441 551	= 1 166 700	„
	Frankreich . . . . 851 066 Rußland 1 539 999	= 2 391 065	„

K. L. v. Oertzen, Grundzüge der Wehrpolitik, Hamburg 1933.

[56]) Ausgaben für Heer und Marine 1907:

	(in Millionen M)			Belastung pro Kopf der Bevölkerung (in M)		
	Heeresetat	Marineetat	Insgesamt	Heeresetat	Marineetat	Insgesamt
Deutsches Reich	920,9	296,9	1217,8	14,31	4,77	19,58
Österr.-Ungarn .	378,0	52,5	430,5	7,88	1,27	9,15
Insgesamt .	1298,9	349,4	1648,3			
England	555	628	1182	12,9	14,6	27,5
Frankreich . .	731,8	282,4+15	1029,2	19,1	7,2	26,3
Rußland	850,3	175,0	1025,3	5,81	1,19	7,00
	2137,1	1100,4	3236,5			

(Berechnet auf Grund der Angaben im „Reichsarchiv" Der Weltkrieg, I. 531, Tabelle 21.)

[57]) Schulte, Die Herrschaft der militärischen Pläne in der Politik. Offensiver und defensiver Militarismus. Südd. Monatshefte, Sept. 1924.

Erwägungen, die jeder ernstgemeinten Abrüstung hätten vorangehen müssen, in den Erörterungen der Jahre 1906/07 niemals zur Debatte. Ein schwacher Versuch dazu könnte vielleicht in dem Zusatzantrag [58]) des englischen liberalen Abgeordneten Bellairs gesehen werden.

Abrüstung war unter den Verhältnissen dieser Jahre ein Ding der Unmöglichkeit [59]) [60]). Ein abgerüsteter Staat wäre eine Beute seiner Widersacher geworden. Denn wo gab es eine überstaatliche Macht, die den wehrlosen Staat vor Zugriffen menschlicher und staatlicher Begehrlichkeiten hätte schützen können? Ohne diese übergeordnete Macht gab und gibt es keine Abrüstung. Auch darf nicht vergessen werden, daß das Abrüstungsproblem schon zu dieser Zeit keine europäische Angelegenheit mehr war. Denn abgesehen von den überseeischen Interessen und Besitzungen der

---

[58]) Die Regierung sollte die englische Oberhoheit zur See sichern, in dem Sinne verstanden, daß die englischer Oberhoheit zur See politische Notwendigkeit bedeutet.

[59]) B.D. VIII, 174.

[60]) B.D. VIII, 174. — In einer inoffiziellen, rein akademischen Unterhaltung über die politische Lage sagte Richard von Kühlmann zu Mr. Cartwright, dem englischen Gesandten in München, im Hinblick auf die eben wieder akut gewordene Abrüstungsfrage, daß die Rüstungen eines Landes im Verhältnis zu seiner Bevölkerung stehen sollten. Wenn das Prinzip auf die Flotten der Welt Anwendung fände, würde England Einspruch dagegen erheben, da seine Bevölkerung sehr viel kleiner sei als die Deutschlands; falls hingegen beantragt werden solle, daß die Größe der Handelsflotte einer Nation als Grundlage "for controlling the strength" der Kriegsflotte dieser Nation dienen solle, erwarte er, daß sich dem die Vereinigten Staaten entgegenstellen würden. — Ähnliche Beispiele führt Kühlmann noch mehr an. — Grey lieferte den Beweis, daß eben alle Ansätze zu einer Rüstungsregulierung nur bedingten Wert haben, daß er selbst aus machtpolitischen Gründen jede Rüstungsregulierung nur in seinem (d. h. in englischem) Sinne herbeiführen wollte. „Herrn v. Kühlmanns Argumente sind aber sehr seicht. Die Bevölkerung als Grundlage würde uns sehr gut passen, denn wir würden Indien und die Kolonien einbeziehen und hätten auf eine Flotte Anspruch, die ungefähr viermal so groß wäre wie die deutsche", so schrieb Grey unter den Bericht Cartwrights (siehe Anm. 60). — Herrn v. Kühlmanns Argumente sind gewiß keine Patentlösung und erheben auch keinen Anspruch darauf. Sie haben aber das Verdienst, einmal auf die Notwendigkeit grundsätzlicher Überlegungen hingewiesen zu haben. So und nicht anders wollen sie verstanden werden.

europäischen Staaten, war Europa nicht mehr Alleinherrscher auf dieser Erde[61]). In Amerika[62]) und Japan[63]) waren zwei Mächte macht- und wirtschaftspolitisch in der Entwicklung begriffen, welche bereits von den europäischen Staatsmännern in Rechnung gestellt werden mußten.

Die Resolution des Unterhauses vom 9. Mai 1906, wonach die Rüstungsfrage in das Haager Konferenzprogramm aufgenommen werden sollte, und ihre Annahme durch Sir Edward Grey, als dem zuständigen Vertreter der englischen Regierung, muß als der erste Schritt des offiziellen Englands in dieser Frage betrachtet werden.

Am 25. Juli 1906 rief Campbell-Bannerman den in London tagenden Mitgliedern der Interparlamentarischen Union zu, im Namen der Menschlichkeit darauf zu bestehen, daß die Rüstungsfrage auf das Programm der Haager Konferenz gesetzt werde[64]).

Die Regierung tat einen weiteren Schritt, diesmal, um dem beabsichtigten Abrüstungsantrag nun auch eine faktische Basis zu geben. Am 27. Juni erklärte Unterstaatssekretär Robertson, daß die englische Regierung von der aufrichtigen Absicht beseelt sei, die Rüstungen zu vermindern. Die Regierung habe die Absicht, statt 4 Panzerschiffe der Dreadnought-Klasse, wie ursprünglich

---

[61]) Kleinwaechter, Die Unlösbarkeit des Abrüstungsproblemes. Zeitschrift für Geopolitik 6. Jahrg. S. 909 ff.

[62]) 1898 hatte für Amerika ein neues Zeitalter begonnen. In diesem Jahr geschah es, daß die Amerikaner ihren Kontinent verließen und sich über See zu betätigen suchten. — Amerika begann, sich in seiner Weise an den imperialistischen Zielen der Welt zu betätigen. Zwar ging der Imperialismus bereits durch das ganze 19. Jahrhundert, war aber auf den menschenleeren Westen des amerikanischen Kontinents beschränkt gewesen. Immer weiter schob sich hier jedoch die europäische Auswanderung vor, bis sie 1890 zum Stehen kam, weil kein Land mehr da war, das ein Farmer bebauen konnte. Damit fand ein großes Stück amerikanischer Geschichte seinen Abschluß. —

[63]) Symptome für die wachsende Bedeutung Japans waren für diese Zeit bereits der deutsch-russisch-französische Einspruch von Shimonoseki (1895) und seine Folgen, sowie das englisch-japanische Bündnis (1902).

[64]) Wehberg, Internationale Beschränkung der Rüstungen, 209.

beabsichtigt war, nur 3 zu bauen, anstatt 5 Hochseetorpedobootszerstörer nur 2 und anstatt 12 Unterseeboote nur deren 8 auf Stapel zu legen. In den Jahren 1907/08 sollten statt 4 nur 3 Panzerkreuzer aufgelegt werden. Betrug die Gesamtausgabe nach dem früheren Programm 9 340 000 Pfd. Sterling, so stellte sie sich jetzt auf 6 800 000 Pfd. Sterling. Aber — die Regierung behielt sich vor, ein drittes Schiff zu bauen, falls die Haager Friedenskonferenz zu keinem Ergebnis bezüglich der Einschränkungen der Rüstungen führen sollte. Robertson konnte auch nicht umhin, zu erklären, mit Rücksicht auf die in diesem Punkt empfindliche Mentalität des Engländers, gleich welcher parteilichen Einstellung, daß die Prüfung der allgemeinen Flottenverhältnisse die Regierung überzeugt habe, daß die Machtverhältnisse zur See durch diese Reduktion der Schiffsbauten nicht würden erschüttert werden[65]).

Die Regierung zollte so der herrschenden pazifistischen Zeitströmung ihren Tribut, d. h. den Menschen, welche am Ende eines allmählichen Rüstungsabbaues das „goldene Zeitalter" erblickten. Sie tat es aber erst dann, nachdem sie sich vergewissert hatte, daß ihre außenpolitische Machtstellung keineswegs gefährdet wurde und nationaler Schaden nicht entstehen konnte.

Noch im August 1906 teilte Sir Edw. Grey der russischen Regierung mit, daß England die Frage der Rüstungseinschränkung auf der Konferenz aufzuwerfen wünsche[66]).

Deutschland hielt unbeirrt daran fest, daß alle Fragen "qui ne rentreraient pas directement dans le programme adopté par les Cabinets" von den Beratungen auf der Konferenz ausgeschlossen sein sollten[67]). Niemals haben weder der deutsche Kaiser noch die deutsche Regierung einen Hehl aus ihrer wahren Gesinnung und ihrem wirklichen Wollen gemacht. In aller Deutlichkeit sollte die Cronberger Zusammenkunft vom 15./16. August 1906 zwischen Wilhelm II. und Eduard VII. erhellen, auf wessen Seite der stärkste und ehrlichste Wille zur Bereinigung und größtmöglichsten Lösung des Problems des deutsch-englischen Gegensatzes war. Über die Zusammenkunft des Kaisers mit dem König

---

[65]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1906, 302.
[66]) Siehe Vermerk Greys zu B.D. VIII, 163.
[67]) G.P. XXIII, 7814.

von England finden wir in den Dokumenten eine eigenhändige Aufzeichnung Wilhelms II. [68]).

Eduard VII. lenkte seinen kaiserlichen Neffen in einer bedeutsamen Unterredung auf die bevorstehende Haager Friedenskonferenz hin, welche er als „Humbug" bezeichnete. Ja, er verfehlte nicht, auf die Gefahr hinzuweisen, die auftreten würde, „wenn eine größere Zahl von Mächten, die ihrer Natur nach ganz verschiedene Interessen zu verfolgen hätten, gezwungen würden, unter dem Druck der Öffentlichkeit und unter dem schädlichen Einflusse der Rivalitäten verschiedener Gruppen unter ihnen sich über vitale Interessen in einer bestimmten Zeit zu einigen, so könnten da nur zu leicht weitere Reibungen entstehen". Im übrigen würde sich im Ernstfalle doch niemand um die Beschlüsse einer internationalen Konferenz kümmern [69]).

Diese Worte seines königlichen Oheims waren Wilhelm II. ganz aus dem Herzen gesprochen und er stimmte freudig zu. Auch nach seiner Meinung sollte die Konferenz besser unterbleiben.

---

[68]) G.P. XXIII, 7815.

[69]) G.P. XXIII, 7887.

Aus der dem österreich-ung. Botschafter in Berlin überreichten Denkschrift. Berlin, den 24. März 1907. ..... Selbst wenn sich eine annehmbare Formel für die Beschränkung der Rüstungen finden ließe, so wäre damit die praktische Durchführung noch keineswegs gesichert. Bei dem vitalen Interesse, das die einzelnen Staaten an der richtigen Ausführung eines Abrüstungsabkommens hätten, sowie bei den verschiedenen Auffassungen, die über die Handhabung der einzelnen Vertragsbestimmungen möglich wären, könnte es keinem Vertragsstaate zugemutet werden, sich auf den guten Willen seiner Mitkontrahenten oder darauf zu verlassen, daß deren Parlamente die Innehaltung der Vereinbarung für das eigene Land genügend beaufsichtigen würden. Vielmehr müßte den Vertragsstaaten unbedingt das Recht eingeräumt werden, sich von der Ausführung des Abkommens durch die übrigen Staaten auf das Genaueste zu überzeugen ... Entweder durch Schaffung einer internationalen Kontrollinstanz oder in der Weise ... daß man jedem Staate die Befugnis zu eingehender Kontrolle der Rüstungen aller anderen Mächte verleihen würde. Es liegt aber auf der Hand, daß sowohl eine solche Instanz wie die gegenseitige Kontrolle einen unerträglichen Eingriff in die Unabhängigkeit des Staates darstellen würde. Da ferner eine wirksame Untersuchung sich auf die militärischen Einzelheiten erstrecken müßte, würden derartige Kontrollmaßregeln auch die äußere Sicherheit des Staates auf das Schwerste gefährden."

Da aber ihr Zusammentritt nicht mehr zu umgehen war, so schien es praktisch und „im Interesse des friedlichen Verlaufs der Verhandlungen gelegen", wenn Deutschland und England die Verständigung über einige Hauptfragen erreichen würden. „Zu diesen gehörten meiner Ansicht nach vor allem die maritimen. Wenn England und Deutschland mit einem fest verabredeten Programm gerade in diesen Fragen vor die Konferenz träten, seien diese so gut wie vorher angenommen." — „Ich (Wilhelm II.) bemerke hier, daß es mir bei obiger Anregung vor allem darauf angekommen ist, zur Basis für irgendeine Verhandlung direkt mit England zu gelangen, wodurch nach und nach intimere Beziehungen zwischen uns sich entwickeln könnten. Ob in concreto zu einem praktischen Resultat zu gelangen sein wird, steht dabei in zweiter Linie." — Es ist das Verdienst Wilhelms II., den einzig gangbaren Weg aufgezeigt zu haben, der zu einem Ergebnis führen konnte. Das Problem des deutsch-englischen Gegensatzes, das in der Flottenrivalität begründet lag, war nur durch direkte Verhandlungen zwischen London und Berlin zu lösen, aber niemals vor einem internationalen Forum, wo jede der Mächte Gefahr laufen konnte, schon durch eine ungünstige Konstellation der Mächtegruppen aus der Stellung des gleichberechtigten Verhandlungspartners in die des Angeklagten versetzt zu werden.

Die Reaktion der Engländer auf die Anregungen des deutschen Kaisers mußte die Aufrichtigkeit des englischen Abrüstungs- und Friedenswillens erweisen [70]). Nach den Angaben des Kaisers haben sowohl König Eduard VII. wie sein Intimus, Hardinge, den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung vor Zusammentritt der Konferenz lebhaft aufgegriffen und versprochen, im Londoner Kabinett darüber zu berichten.

Auffälligerweise reagierten weder Sir Edward Grey noch irgendein anderer auf die kaiserliche Anregung zu direkten deutsch-englischen Verhandlungen. Eine Verständigung auf diesem Wege war also von England nicht zu haben, was aus der Tatsache hervorgeht, daß Eduard VII. dem Foreign Office offiziell überhaupt nicht darüber berichtet hat.

[70]) „Soweit es sich um Flottenausgaben handelt, hängt die Sache zur Zeit von England und Deutschland ab." — Grey an Roosevelt, am 12. Febr. 1907. — B.D. VIII, 175.

Grey hat, wie aus den englischen Dokumenten zu ersehen ist, von dem Vorschlag des Kaisers durch einen Bericht des englischen Botschafters in Berlin, Sir Franc Lascelles, erfahren [71]). Sehr eindringlich führt Lascelles seinem Chef vor Augen, daß der deutsche Kaiser nur auf dem Wege direkter Verhandlungen bereit wäre, über die Fragen, welche einem guten Einvernehmen der beiden Länder im Wege stände, zu verhandeln. „Wenn man nicht vorher zu einer Verständigung gelangen könne, würde die Konferenz, von der er immer noch hoffe, daß sie nicht stattfinden werde, wahrscheinlich mehr schaden als nutzen." — „Es gebe ... einen Punkt, hinsichtlich dessen er (Wilhelm II.) sich endgültig entschieden habe, und der sei, daß, wenn die Abrüstungsfrage vor die Konferenz gebracht werden sollte, er es ablehnen würde, sich auf ihr vertreten zu lassen" [72]).

Statt nun die ihm vom Kaiser entgegengestreckte Hand zu ergreifen, ignorierte Grey vollkommen die kaiserlichen Vorschläge. Das einzige, was er zu sagen hatte, war: „Der Kaiser muß nach eigenem Ermessen handeln; er kann die ganze Erörterung fehlschlagen lassen, aber das heißt eine ernste Verantwortung auf sich nehmen." [73]) — Wir sehen also, daß eine Verständigung auf der Basis der Gleichberechtigung von England gar nicht zu haben war. König Eduard, der bezeichnenderweise dem Foreign Office über die deutsche Verhandlungsbereitschaft und das direkte Angebot des Kaisers überhaupt nicht berichtet hatte, schrieb den gleichgültigen, aber sehr aufschlußreichen Vermerk unter den Bericht Lascelles vom 16. August: „Ich erinnere mich, daß der deutsche Kaiser großen Nachdruck darauf legte, daß England und Deutschland vor dem Haager Kongreß solche auf das Seerecht und die betreffenden Rechte der Neutralen und Kriegführenden bezüglichen Dinge besprechen sollten. Ich sagte, das sei meiner Ansicht nach eine Sache, die beide Regierungen in Erwägung ziehen sollten. Ich konnte in der Tat nicht gut eine andere Antwort geben ..." — Derselbe König Eduard hatte ja auch an einem der beiden Cronberger Tage gesagt: "There are no frictions

---

[71]) B.D. VIII, 163. Abgegang. 16. Aug., eingeg. beim A.A. am 26. Aug. 1906.

[72]) B.D. VIII, 163.

[73]) Vermerk Greys zu B.D. VIII, 163.

between us, there is only rivalry." [74]) — Diesen Ausspruch deutet Hermann Oncken [75]) so, daß es zwischen rivalisierenden Mächten keine Ausgleichsmöglichkeiten, sondern nur ein Ausfechten ihrer Gegensätze geben könne. — In Anbetracht der Haltung, die Eduard VII. nach der Cronberger Unterredung eingenommen hat, glauben wir, uns die Onckensche Deutung dieses Ausspruches zu eigen machen zu dürfen.

Ein neuer Prüfstein für die Aufrichtigkeit der englischen Abrüstungsbereitschaft sollte eine Anregung Roosevelts werden. Bei einem Frühstück in Oyster Bay auf Long Island, am 31. August, erklärte der Präsident dem englischen Militärattaché in Washington, Count Gleichen: „Ich denke, es wäre eine sehr gute Idee, die Größe der Schlachtschiffe allgemein zu begrenzen. Ich sehe nicht ein, warum diese Frage nicht auf der Haager Konferenz besprochen werden sollte. Wenn es keiner Nation gestattet wäre, schwerere Schiffe als die Dreadnoughts zu bauen, so würden die in allen Ländern immer noch anwachsenden Ausgaben für maritime Rüstungen beschränkt werden." [77])

Auf die amerikanische Sondierung in dieser Frage bei den Mächten konnte die deutsche Regierung dem Präsidenten nur anheimgeben, „sich mit seinem Vorschlag zunächst an England und Japan zu wenden, die ... im Bau von großen Schlachtschiffen am weitesten vorgeschritten sind, und ohne deren Zustimmung eine dahinzielende Abredung den anderen Mächten völlig wertlos sein würde ..." [78])

Trotzdem der Präsident der USA. die Maximalgrenze festgelegt hatte und wünschte, daß die Größe der Dreadnoughts nicht überschritten werden sollte, bemerkte der sonst friedliche Campbell-Bannerman: „Ich meine, ein Vorschlag, die Konferenz solle bestimmen, daß kein Kriegsschiff ein gewisses Maß überschreiten darf, würde nur verlacht werden" [79]).

[74]) G.P. XXIII, 7815.

[75]) Oncken, a. a. O. II, 599.

[76]) Lee, a. a. O. II, 506.

[77]) Lee, a. a. O. II, 428. — „Ferner sagen Sie bitte Lord Grey (er meinte Sir Edward Grey) und Haldane, sie mögen sich auf der Haager Konferenz doch nicht von sentimentalen Ideen hinreißen lassen. Kriege werden nicht nach gefühlsmäßigen Grundsätzen geführt."

[78]) G.P. XXIII, 7817.

[79]) B.D. VIII, 165 Anlage.

Die letzten Monate des Jahres 1906 verliefen bezüglich der Rüstungsfrage merkwürdig still in den Auswärtigen Ämtern. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß das Interesse an dieser Frage auch nur das geringste an Aktivität eingebüßt hätte. Unmerklich für die Öffentlichkeit ließ England in den Hauptstädten der Mächte durch seine Vertreter in offiziellen und inoffiziellen Gesprächen die maßgebenden Stellen sondieren. Von Wichtigkeit ist hier die Haltung, welche Frankreich und Amerika in dieser Frage einnahmen.

Sichtlich unangenehm war die Rüstungsfrage den Franzosen. Man möchte es aber auch nicht gern mit den Engländern verderben und die noch junge Entente gefährden. Cambon, der französische Botschafter in London, befürchtete, daß eine Erörterung im Plenum der Konferenz über das Rüstungsproblem nicht nur zu nichts führen, sondern lächerlich erscheinen könnte. Im übrigen sei die Zahl der auf der Konferenz vertretenen Mächte zu groß, um die unterschiedliche „Lage der verschiedenen Mächte bezüglich der Rüstungen" genügend würdigen zu können. — Um nun den Engländern gefällig zu sein und ihnen entgegenzukommen, riet Cambon, die Sache nicht dem Plenum der Konferenz zu unterbreiten, sondern sie an eine Kommission von Rechtsgelehrten oder Delegierten zu verweisen [80]). Das war ungefährlich und — würde nach früher gemachten Erfahrungen zu nichts führen, höchstens eine Resolution im Gefolge haben, die zu nichts verpflichtete und hinter schönen Worten verborgen hielt, was man aus verschiedensten Gründen auszusprechen sich scheute.

Zu Mißverständnissen könnte die scheinbar zweideutige Haltung und Doppelzüngigkeit Roosevelts Anlaß geben. Zu Count of Gleichen sagte er: „Sie können (Ihrer Regierung) sagen, daß ich die Absicht habe, England bis zum Äußersten zu unterstützen" [81]), während er gleichzeitig die deutsche Regierung wissen ließ, daß er auf der Konferenz nichts vorschlagen werde, was Deutschland schädigen könne [82]). — Dem scheinbar definitiven Entschluß des Präsidenten gegenüber England war aber der Antrag vorausgegangen, für das Deplacement der Schiffe eine Maximal-

[80]) B.D. VIII, 177. 14. Febr. 1907.
[81]) Lee, a. a. O. II, 428.
[82]) G.P. XXIII, 7837.

grenze festzusetzen, was den Rüstungswettlauf doch keineswegs gehindert hätte, weil ja die Zahl der Schiffe keiner Beschränkung unterlag und die gegenwärtige Lage für Amerika infolge des englischen Dreadnought-Fehlers und der damit verbundenen Entwertung aller kleineren Schiffstypen besonders günstig war.

Roosevelts Bemühungen in Bezug auf die Abrüstung dürfen nur als eine Geste gewertet werden, als ein Zugeständnis an die pazifistische Bewegung, das ihn aber nichts kostete, sondern seinen machtpolitischen Zielen nur dienlich sein konnte. White, der amerikanische Botschafter in Rom, gab das offen zu, indem er zu dem deutschen Botschafter dort [83]) äußerte, daß der Abrüstungsvorschlag nur von Idealisten ausgehe, „die vielfach die Wirklichkeit der Dinge, die Geschichte und die sich kreuzenden Interessen der großen staatlichen Gemeinschaften nicht kannten. Auch Amerika sei nicht gesonnen, sich in seinen Schiffsbauten Beschränkungen auferlegen zu lassen. Indes wäre doch die Friedensbewegung der anglo-amerikanischen Welt so stark, daß ihr unter allen Umständen ein Ventil geöffnet werden müsse“ [84]).

So war die Abrüstungsfrage zu Beginn des Jahres 1907 noch vollkommen offen. Niemand wagte es, sich dem ablehnenden Standpunkt der deutschen Regierung anzuschließen, aus Angst vor der öffentlichen Meinung; niemand aber wagte es auch, sich der englischen Forderung nach Abrüstung uneingeschränkt anzuschließen, weil man sie in dieser Form und unter diesen Umständen als unlösbar und deshalb indiskutabel und gefährlich ansah.

Es war nun in aller Öffentlichkeit eine Frage zwischen England und Deutschland geworden, was selbst Grey in seinem Brief an Roosevelt vom 12. Februar 1907 zugeben mußte: „Soweit es sich um Flottenausgaben handelt, hängt die Sache zur Zeit von England und Deutschland ab.“ [85])

---

[83]) Anton Graf Monts.
[84]) G.P. XXIII, 7833.
[85]) B.D. VIII, 175.

Ein Verlangen nach Verminderung der Landheere war nicht laut geworden. Das hätte Frankreich und Rußland auf den Plan gerufen. Frankreich aber suchte sich, soweit wie möglich, aus der Sache herauszuhalten und engagierte sich nur so weit, als es seine Freundespflichten gegenüber England erheischten [86]). — Nach einem Berichte Graf Monts' äußerte der französische Botschafter Barrère (Rom) über die französische Stellungnahme zu dem englischen Abrüstungsvorschlag, daß zunächst in Paris durchaus keine Meinung dafür gewesen sei, weil man das Problem für unlösbar hielt. „Da indes von englischer und amerikanischer Seite soviel Wert auf akademische internationale Besprechung des Problems gelegt werde, habe man schließlich ... die ursprüngliche negative Haltung aufgegeben." [87])

Was Rußland anging, so hat es noch auf Jahre hinaus zu tun, die Scharte des verlorenen Russisch-Japanischen Krieges nur leidlich auszuwetzen. Es kam also gar nicht in Frage, weil es seine im Krieg vernichteten Streitkräfte von Grund auf wieder aufbauen mußte.

In den ersten Monaten des Jahres 1907 wurden die Fronten klar geschieden. Auf der einen Seite standen England und Amerika und die ihnen durch Interessen und Freundschaft verbundenen Mächte, welche die Rüstungsfrage auf der Konferenz erörtert haben wollten, auf der anderen Seite die Mittelmächte, an

---

[86]) „... sofern Deutschland hinsichtlich seiner Flotte nicht vorangeht, wird Frankreich sein Flottenprogramm nicht herabsetzen ... Hier hegt man die Überzeugung, daß Deutschland, sobald es sich zur See stark genug fühlt, für seine Flotte points d'appui erbetteln, borgen oder stehlen und durch Vereinbarung mit den Türken eine Mittelmeermacht werden will." So schrieb der englische Botschafter in Paris, Sir F. Bertie, am 1. Juni 1906 an Sir E. Grey. — König Eduard schrieb den Vermerk darunter: „Ich pflichte Bemerkungen in diesem Brief durchaus bei. E. R." — B.D. VIII, 160, siehe auch B.D. VIII, 177.

[87]) G.P. XXIII, 7862.

ihrer Spitze Deutschland [88]), die jegliches Eingehen auf diese Frage von vornherein und entschieden ablehnten. Zwischen beiden Gruppen stand Iswolski, der russische Minister des Äußeren, und richtete seine Bemühungen hauptsächlich darauf, „zwischen kalter Abweisung des Abrüstungsgedankens und dem englischen Vorschlag einen Ausweg zu finden“ [89]).

Derselbe Iswolski, dessen Ansicht über Abrüstung und Völkerfrieden „nicht nur eine skeptische, sondern eine wegwerfende“ war, „denn das seien Hirngespinste von Sozialisten und hysterischen Weibern“ [90]), sah sich veranlaßt, im Februar 1907 Herrn von Martens, den russischen Völkerrechtslehrer, auf Reisen zu schicken, um zu sondieren und möglichst eine Einigung zwischen den beiden Lagern über die Streitfrage zu erzielen.

Was aber veranlaßte Iswolski, den Standpunkt eindeutiger Ablehnung aufzugeben? Hatte er etwa eine innere Wandlung vom Imperialisten zum Pazifisten durchgemacht? Oder spielten bei ihm ähnliche Gründe eine Rolle, die Roosevelt zu seiner scheinbar pazifistischen Haltung veranlaßten? — Nichts von alledem! Es ist gewiß, daß bei Iwolski Sentiments und innerpolitische Rücksichtnahme nicht den geringsten Einfluß auf seinen Entschluß hatten, eine Mittlerrolle zwischen den beiden extremen Standpunkten und ihren Vertretern einzunehmen.

Nüchterne außenpolitische Erwägungen, unter steter Beobachtung ihrer Zweckmäßigkeit für Rußlands Politik, leiteten Iswolski. Es ist zu vermuten, daß er sich Amerika, dem natürlichen Gegner Japans, gefällig erweisen wollte [91]), weil ein Rußland wohlgesinntes Amerika dessen durch den verlorenen Krieg so hoffnungslos gewordene Position im Fernen Osten erheblich stärken mußte. Andererseits, wollte Iswolski nicht die mit England im Gange befindlichen Verhandlungen [92]) bezüglich des nahen Ostens gefährden, dann durfte er es nicht vor den Kopf stoßen in einer Frage, von der England so viel erhoffte.

---

[88]) G.P. XXIII, 7839.
[89]) G.P. XXIII, 7909.
[90]) Schoen, Erlebtes, 32.
[91]) Die Akten lassen diese Frage offen.
[92]) Verhandlungen, die zu der Entente vom 30. Aug. 1907 führten.

An seiner Grundeinstellung können die zweckmäßigen Erwägungen nichts geändert haben, denn die England und Amerika gegenüber eingenommene Haltung entsprang rein politischer Notwendigkeit. Dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, Baron von Schoen, gab er mit auf den Weg: „Es fragt sich nur, welche Taktik angezeigt erscheint, ob nämlich der englische Vorschlag von vornherein auszuschalten sein dürfte, oder ob man ihm auf der Konferenz «un enterrement de première classe» bereiten soll!“ [93])

In den ersten Februartagen weilte Professor v. Martens in Berlin, wo ihm der Bescheid wurde, daß der deutsche Standpunkt zu der Abrüstungsfrage sich nicht geändert hätte, daß die Erörterung dieser Frage auf der Konferenz für Deutschland sehr unerwünscht, wenn nicht unannehmbar [94]) wäre, weil eine Diskussion über diesen heiklen Gegenstand in praxi den „Rahmen rein theoretischer Erörterungen“ [95]) sprengen würde. — v. Martens hatte nämlich versucht, von Deutschland das Zugeständnis zu einer rein akademischen Unterhaltung über diese Frage zu erlangen. Die deutsche Regierung lehnte ab, weil sie fürchtete, daß aus solch einem vor aller Öffentlichkeit (d. h. vor dem Plenum der Konferenz) gepflogenen Gespräch Konflikte von unübersehbarer Tragweite entstehen würden. Mußte nicht Deutschland bei Englands hartnäckigem Verharren auf dieser Forderung an eine britische List und Tücke glauben, besonders, nachdem England die im August in Cronberg gebotene Hand ausgeschlagen hatte?!

Wir glauben, abgesehen von der Tatsache der von Anfang an klaren Negierung des englischen Abrüstungsantrages durch Deutschland, daß die deutsche Regierung nach Cronberg keine Möglichkeit mehr sah, durch geschmeidige Anpassung an die nun einmal gegebenen Verhältnisse die Situation zu erleichtern

---

[93]) G.P. XXIII, 7843.
[94]) G.P. XXIII, 7839.
[95]) G.P. XXIII, 7842.

und von vornherein die Gefahr auszuschließen, mit dem Odium der Ablehnung belastet zu werden.

Warum lehnte England direkte Verhandlungen ab? Es war doch von Grey zugegeben worden, daß der „Schwerpunkt der Entscheidungen" zwischen Deutschland und England lag [96]). Mußte da das Festhalten an der Forderung, nur auf einer allgemeinen Mächtekonferenz die Abrüstung, d. h. also die deutsch-englische Flottenfrage, zu verhandeln, in Deutschland nicht den Eindruck erwecken, durch Druck zum Nachgeben gezwungen zu werden! [97])

Interessant an dem Besuch v. Martens' in London ist die Tatsache, daß Grey nun offiziell von dem Begriff „Abrüstung" abrückte, sogar dem Verlangen nach direkter „Rüstungsbeschränkung" weniger Bedeutung beimaß. „Es wäre mir lieber, wenn das Thema nicht ‚Abrüstung' genannt, sondern mit ‚Rüstungsausgaben' etikettiert würde." [98]) „Die Ausgaben einzuschränken oder zu begrenzen oder auch ihr weiteres Anwachsen aufzuhalten, sei derzeit ein ebenso dringliches und wünschenswertes Ziel wie damals, als die russische Regierung sie als den Hauptbeweggrund für die erste Haager Konferenz ankündigte." [99])

Professor v. Martens' Basis [100]), an die alle Möglichkeiten gebunden waren, in den deutsch-englischen Streit einzugreifen und

---

[96]) G.P. XXIII, 7840. — „Um ganz offen zu sein, der Schlüssel zu den gesamten Flottenausgaben der Welt liegt zwischen Deutschland und uns ..." Aus einem Bericht Greys an Nicolson über seine Unterredung mit Martens vom 15. Febr. 1907. — B.D. VIII, 178.

[97]) Als Professor v. Martens gegenüber Grey entschieden die Ansicht vertrat, daß die Großmächte trachten sollten, vor der Konferenz durch direkte Verhandlungen im voraus zu vereinbaren, „in welchem Rahmen auf der Konferenz die Erörterung über die Ausgaben gehalten werden, und welches Ergebnis eine solche Erörterung haben solle", war Greys Antwort, wie er es in einem Briefe an Nicolson mitteilte: „Ich sah keine Bedenken gegen diesen Plan, vorausgesetzt, daß er das Recht der öffentlichen Erörterung auf der Konferenz nicht beeinträchtige, ob eine vorherige Verständigung erzielt sei oder nicht." — B.D. VIII, 178.

[98]) B.D. VIII, 179. — Grey an Nicolson, 15. Febr. 1907. — Siehe auch G.P. XXIII, 7882/83.

[99]) B.D. VIII, 178.

[100]) Das „Temps"-Interview von Martens Ende 1906: „Es scheint mir, daß die Diskussion über die Beschränkungen der Rüstungen unter den gegenwärtigen Umständen zu keinem praktischen Ergebnis führen kann,

handelnd mitzuwirken, war, „daß, wenn auf der Konferenz nicht ins Programm einbezogene Dinge aufzuwerfen wären, sie ihr nicht überraschend aufgetischt würden“ [101]).

Das Äußerste aber, das Grey zugestand, war die Bereitschaft, „Ansichtsäußerungen anderer Mächte über die Sache entgegenzunehmen, wenn sie sie uns einzusenden wünschen“ [102]). Der Zweck der Erörterung auf der Konferenz sollte ja nicht der sein, „die Frage zu begraben, sondern sie lebendig zu erhalten“ [103]). — Die letzte Äußerung Greys legt den Verdacht nahe, daß das Wort Iswolskis vom „Begräbnis erster Klasse“ inzwischen durch Indiskretion im Foreign Office bekanntgeworden war.

Die Vermittlungsaktion, die Iswolski durch Entsendung des Sondergesandten einzuleiten beabsichtigte, mußte schon nach den negativen Ergebnissen der Verhandlungen in Berlin und London als gescheitert betrachtet werden. — Paris und Wien waren nicht handelnde Parteien, sondern nur durch politische Interessen-

---

und meine Regierung hat, weil sie derselben Ansicht ist, sie zunächst nicht auf das Programm gesetzt. Ich glaube, daß diese Ansicht von einer großen Zahl anderer Mächte geteilt wird. In Berlin, woher ich eben komme, denkt man darüber wie wir. Wenn ich mich recht erinnere, so sehe ich, daß Léon Bourgeois und seine fremden Kollegen damals eine ähnliche Theorie unterstützten. Bei einer so umfangreichen Vereinigung, wie es die jetzt vorbereitete sein wird, ist es dringend wünschenswert, daß man nur solche Probleme anschneidet, die man auch lösen kann. Das Problem der Rüstungsbeschränkung gehört aber nicht zu jenen, weil die Opposition einer einzigen Macht genügt, um diese Lösung zu verhindern, und weil andererseits, was man auch tun möge, um dem Problem einen juristischen Charakter zu geben, es doch eine wesentlich politische Tragweite besitzt.

Die kaiserlich russische Regierung — und darauf lege ich besonderes Gewicht — hält sich jedoch nicht für befugt, eine Frage dieser Art von den Beratungen auszuschließen ... Meine Mission hat daher auch den Zweck, alle Gefahren zu beseitigen. Wir widersetzen uns nicht der Erörterung jener Probleme, die wir für den Augenblick als unlösbar betrachten, aber wir wünschen, daß jene Länder, die die Absicht haben, diese Erörterungen herbeizuführen, uns genau sagen, auf welchen Standpunkt sie sich stellen. Welches ihre Anschauung und welcher Art ihre Vorschläge sind, und dies nur, um die Ordnung und den Erfolg der Konferenzarbeiten zu sichern.“ — Mitgeteilt bei Wehberg, a. a. O. 210.

[101]) B.D. VIII, 178.

[102]) B.D. VIII, 179.

[103]) Ebenda.

gemeinschaft und Ententen dem anderen verbunden und so in den Kreis der Aktionen hineingezogen. Deshalb konnte von hier eine Änderung der heiklen Situation nicht erwartet werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, deren impulsives Eintreten für die Rüstungsfrage in England überschätzt worden war, verhielten sich durchaus passiv. Mehrmals versuchte Grey, die Amerikaner vorzuschieben und sie zu veranlassen, die Initiative in der Abrüstungsfrage zu ergreifen.

Es muß zugegeben werden, daß die Stellungnahme der Amerikaner zu der Frage nicht immer eindeutig war, daß sie die Engländer glauben machen konnte, ganz auf deren Seite zu stehen. — Am 2. September 1906 beauftragte Roosevelt Count of Gleichen [104]): „Ich möchte ..., daß Sie Ihrer Regierung sagen, daß ich sie auf der Haager Konferenz nachdrücklich zu unterstützen beabsichtige." Das klingt sehr ermutigend — aber Roosevelt unterließ es keineswegs, sich die Möglichkeit zu freiem und ungehemmten Handeln offenzuhalten, denn er beschloß seine Botschaft mit den Worten: „Sagen Sie auf jeden Fall zu Sir Edward Grey und Haldane, daß sie sich auf der Konferenz nicht durch sentimentale Ideen beirren lassen dürfen. Kriege werden nicht nach Gefühlsprinzipien geführt, und ich fürchte, daß die gegenwärtige Regierung der geräuschvollen Sentimentalität ihrer Anhänger nachgibt im Gegensatz zu ihrem eigenen gesunden Menschenverstand." [105])

---

[104]) Militärattaché an der Engl. Botschaft in Washington.

[105]) Auf dem internationalen Friedenskongreß, der vom 14. bis 17. April 1907 in New York tagte, kam ein Schreiben Roosevelts an Carnegie zur Verlesung, in dem es u. a. hieß: „Jeder Schritt auf dem Wege zu allgemeiner Abrüstung würde üble Folgen haben, weil dadurch die zivilisierten und friedliebenden Völker, welche den höchsten Standpunkt munizipaler und internationaler Verpflichtungen vertreten, außerstande wären, die anderen Völker, die nicht einen derartigen Standpunkt erreicht haben, und derartige Verpflichtungen nicht anerkennen, in Schach zu halten." — G.P. XXIII, 7935, Fußnote. — Der Auftrag für Gleichen befindet sich B.D. VIII, 165, Anlage.

Gern hätte Grey in seinen Gesprächen mit Professor v. Martens Amerika die Initiative zugeschoben, aber Root [106]) verhielt sich sehr zurückhaltend. Als dann das englische Auswärtige Amt nachhaltiger drängte und eine klare Entscheidung forderte, gingen die Amerikaner aus ihrer Reserve heraus. Auf die Frage Bryces [107]), ob die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, die Frage aufzuwerfen, ging Root nur mit „Zögern und Widerstreben" ein. Er suchte sich aus der ihm sichtlich unangenehmen Sache herauszuziehen, indem er bemerkte: „... sie (die amerikanische Regierung) wolle nicht den Anschein erwecken, als mische sie sich unberufen in etwas ein, was vornehmlich und hauptsächlich eine Sache der europäischen Mächte sei, da ihre feststehende Politik dahin gehe, sich möglichst wenig in die Angelegenheiten der Alten Welt einzumischen" [108]).

Resignierend schrieb William Maycock [109]) den Vermerk unter den Bericht des Botschafters vom 7. März 1907: „Es sieht jetzt so aus, als wären die Vereinigten Staaten von Amerika nicht geneigt, die Initiative zu ergreifen, wie einst Grund bestand anzunehmen." [110])

Damit fand der englische Versuch ein Ende, Amerika zum Vorspann einer Aktion zu machen, welche die im Werden begriffene amerikanische Marine genau so hätte treffen müssen wie die im selben Zustand befindliche deutsche Seemacht.

„Wenn die Amerikaner nicht bewogen werden können, sich in dieser Frage in den Vordergrund zu stellen, sollten sie jedenfalls ersucht werden, mit uns zusammenzugehen." [111]) — Das war das Fazit des englischen außenpolitischen Unternehmens, Amerika „die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen".

[106]) Amerikanischer Staatssekretär des Äußeren.

[107]) Englischer Botschafter in Washington.

[108]) B.D. VIII, 181.

[109]) Beamter des englischen A.A.

[110]) B.D. VIII, 181. — Die Bemerkung, „sie (d. h. die Amerikaner) möchten anscheinend uns die Kastanien aus dem Feuer holen lassen", die W. E. Davidson (Rechtsbeirat im A.A., 1886—1918) unter den Bericht Bryces schrieb und dem R. Crowe (Senior Clerk im A.A. 1906—1912), und u. a. auch Sir Charles Hardinge (Unterstaatssekretär im A.A. 1906 bis 1910) und endlich auch Sir E. Grey selbst durch Unterschrift zustimmten, dürfte wohl eher für den umgekehrten Fall Berechtigung haben.

[111]) Vermerk Sir Eric Baringtons zu B.D. VIII, 185.

Mitte März trat die Frage, ob Aufnahme der Rüstungsfrage in das Konferenzprogramm oder nicht, in ihr entscheidendes Stadium [112]). Was in mühseligen Verhandlungen erreicht wurde, war ein Kompromiß, das die Entscheidung noch vollkommen dahingestellt sein ließ.

Grey erteilte Nicolson [113]) am 21. März 1907 die Weisung, „daß wir auf eine Erörterung der Rüstungsausgaben Wert legen und uns das Recht vorbehalten, diese Frage aufzuwerfen" [114]). — Nun, nachdem England sich durch diese Forderung festgelegt hatte, lag die Entscheidung über das Schicksal der Konferenz bei der Haltung Deutschlands.

Deutschland und Österreich-Ungarn [115]) waren vollkommen einig in dem Bestreben, eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz unter keinen Umständen mitzumachen [116]). Rußland stand innerlich wohl auf demselben Standpunkt, glaubte sich aber als Urheber der Konferenz verpflichtet, zwischen Deutschland und

---

[112]) Alle Mächte, abgesehen von England und in gewissem Sinne auch Amerika, waren der Ansicht, daß die Abrüstungsfrage zu keinem praktischen Ergebnis führen würde. Die meisten waren allerdings dafür, eine unverbindliche Diskussion auf der Konferenz zuzulassen. — G.P. XXIII, 7874.

[113]) Damals englischer Botschafter in St. Petersburg.

[114]) Das Telegramm wurde am selben Tage nach Washington, Berlin und Rom und am 22. nach Wien und Madrid wiederholt. Den Text der Anweisung an Nicolson siehe B.D. VIII, 188.

[115]) Am 23. März 1907 berichtete der englische Botschafter in Wien, Sir Edw. Goschen, über eine Unterredung mit Freiherrn v. Aehrenthal, der erklärte, „er habe nur von einem Programm für die Haager Konferenz Kenntnis, und in diesem Programm sei eine Erörterung der Rüstungsausgaben nicht erwähnt ... Es gebe s. E. ein sehr wichtiges Argument gegen ein Aufwerfen der Erörterung der Rüstungsausgaben oder ihrer Begrenzung. Dies sei, daß jedes Land, und insbesondere jedes monarchische Land, sich seine eigene Vorstellung von der Politik bilde, die seinen eigenen Interessen am besten entspreche. Diese Politik gehe keine andere Macht etwas an; und es wäre eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten dieses Landes, wenn andere Mächte bezüglich jener Politik oder der Maßnahmen oder der Mittel, die für ihre Durchführung erforderlich wären, Vorschriften machen wollten". — B.D. VIII, 190.

[116]) G.P. XXIII, 7885, 7892, 7890, 7894, 7898.

England ausgleichend wirken zu müssen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß nur so der Zusammentritt der Konferenz möglich wurde.

Was die beiden Mittelmächte erstrebten, waren identische Weisungen an die Delegierten der Dreikaisermächte [117]), nachdem Rußland sich außerstande erklärt hatte, England zu hindern, die Abrüstungsfrage aufzuwerfen [118]).

Man begnügte sich aber nicht mit der einfachen Zusicherung der russischen Regierung, daß sie bereit sei, „mit Deutschland und Österreich-Ungarn im Sinne der Nichtteilnahme an der Diskussion, und entsprechenden bestimmten Instruktionen an die Delegierten sich zu verständigen" [119]). Die Absicht, solidarisch vorzugehen, sollte in einer Zirkularnote an alle Konferenzstaaten festgelegt werden [120]), in der Weise, daß in einem Rundschreiben der russischen Regierung an die Mächte die Vorbehalte der einzelnen Regierungen aufgeführt würden, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die russische Einladung vom April 1906 [121]).

Ehe Rußland diese Note ergehen lassen konnte, kam es noch zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland — Österreich-Ungarn und Rußland. Um einen genügenden politischen Effekt zu erreichen, wünschten nämlich die beiden Mittelmächte, „daß der Beitritt Deutschlands und Österreich-Ungarns zum russischen Vorbehalt im unmittelbaren Anschluß an diesen aufgeführt und nicht etwa mit dem entsprechenden Vorbehalt Englands ... in Zusammenhang" gebracht werden sollte [122]).

Die russische Reserve, der sich Deutschland und Österreich-Ungarn anschließen wollten, sollte lauten: «Le Gouvernement Impérial se réserve à son tour le droit de s'abstenir de discuter à la Conférence toute la question qui lui parassait ne pas devoir

---

[117]) G.P. XXIII, 7890.
[118]) G.P. XXIII, 7892.
[119]) G.P. XXIII, 7892.
[120]) G.P. XXIII, 7894, 7898.
[121]) G.P. XXIII, 7892. — „Daß Rußland bei Mitteilung des Programms für die Haager Konferenz im April 1906 die Abrüstungsfrage ausdrücklich ausgeschlossen und nicht die Absicht zu erkennen gegeben habe, dieses Programm zu erweitern."
[122]) G.P. XXIII, 7900.

aboutir à une issue pratique» [123]), und unter die Fragen, «que ne nous (Deutschland und Österreich-Ungarn) paraît pas aboutir à une issue pratique», sollte in erster Linie die Abrüstung gerechnet werden [124]).

Iswolski weigerte sich, öffentlich das Odium der Ablehnung auf sich zu nehmen, indem Rußland den Vorbehalt machte und Deutschland und Österreich-Ungarn sich nur anschlossen. So und kaum anders kann es verstanden werden, wenn er Schoen klarzumachen versuchte, daß „nach logischer Entwicklung Rußlands Stellungnahme an letzter Stelle dargelegt werden müsse“ [125])

Wilhelmstraße und Ballhausplatz taten nun einen ungewöhnlichen Schritt, der in der Folge sich verhängnisvoll auswirken sollte. Sie gaben ihren Vertretern in St. Petersburg, Baron v. Schoen und Graf Berchtold, den Auftrag, auf den Zaren direkt einzuwirken. „Es bedurfte schließlich des Anziehens stärkerer Register und eines mir (Schoen) ausdrücklich aufgetragenen Appells an die Freundschaft und die monarchische Solidarität des Zaren, um die Zusage des Eingehens auf unsere Wünsche zu erreichen.“ [126]) — Ja, Herr v. Schoen gibt zu, daß dies bei Herrn Iswolski eine Verstimmung hervorrief und zurückließ, „die sich nicht so bald verflüchtigen dürfte“, und mit der wir insofern zu rechnen haben werden, „als wir ihn unseren Wünschen in politischen und unpolitischen Dingen weniger zugänglich finden dürften als bisher“ [127]). „Eine Verstimmung, die zur Folge hatte, ihn noch entschiedener auf dem Wege zu England weiterschreiten zu lassen.“ [128])

Höchste kaiserliche Entscheidung auf eindringliches Verlangen der verbündeten deutschen und österreich-ungarischen Regierungen zwang Iswolski, den geforderten Vorbehalt im Anschluß an den Rußlands in die Note aufzunehmen.

---

[123]) G.P. XXIII, 7898.
[124]) G.P. XXIII, 7902.
[125]) G.P. XXIII, 7905.
[126]) Schoen, a. a. O. 33.
[127]) G.P. XXIII, 7909.
[128]) Schoen, a. a. O. 33.

Am 3. April 1907 wurde die Zirkularnote der russischen Regierung den Konferenzmächten zugestellt [129]). — Ihr auf dem Fuße folgte am 15. April die offizielle Einladung der holländischen Regierung, als dem Gastgeber der Konferenz, zu der zweiten Haager Friedenskonferenz [130]).

Mit der russischen Zirkularnote, welche allen Parteien gerecht wurde, ohne einer Lösung der Streitfrage näherzukommen, und der offiziellen Einladung der holländischen Regierung zum 15. Juni, war der Zusammentritt der Konferenz gesichert. — Was aber war von der so laut verkündeten Abrüstung geblieben? Nichts als die ungewisse Möglichkeit einer akademischen Erörterung dieser Frage.

Auch in England begann man die Unlösbarkeit dieses Problems einzusehen. Schon am 9. Januar 1907 hatte Commander Dumas [131]) in einem Gespräch mit Tirpitz ausdrücklich hervorge-

---

[129]) Graf Benckendorff an Sir E. Grey. London, 22. März/3. April 1907. E. 5. April 1907.

Monsieur le Sécrétaire d'Etat!

«... Le Gouvernement des Etats Unis s'est réservé la liberté de soumettre à la seconde Conférence deux questions sup(p)lémentaires à savoir: celle de la reduction ou limitation des armements et l'obtention d'un agrément d'observer certains limitations dans l'emploi de la force pour la recouvrement de dettes publiques ordinaires découlant de contrats. —

Le Gouvernement Britainnique a fait savoir qu'il attachait une grande importance à ce que la question des dépenses pour les armements, soit discutée à la Conférence et il s'est réservé le droit de la soulever; il s'est également réservé le droit de s'abstenir de la discussion de toute question mentionnée au programme Russe, qui ne lui paraîtrait pas devoir mener à un résultat utile ...

Le Gouvernement IMPERIAL (Russe) croit de son devoir déclarer que pour sa part il maintient son programme du mois d'Avril 1906, comme base des déliberations de la Conférence, et que dans le cas où la Conférence aborderait une discussion qui ne lui paraîtrait pas devoir aboutir à issue pratique il réserve à son tour le droit d'abstenir d'une pareille discussion.

Des observations analogues à cette dernière ont été faites par les Gouvernements Allemand et Austro-Hongrois qui se sont également réservé le droit de s'abstenir de discuter à la Conférence toute question paraissant ne pas devoir aboutir à une issue pratique ...»

Mitgeteilt B.D. VIII, 191.

[130]) B.D. VIII, 191, Vermerk.

[131]) Engl. Marineattaché in Berlin.

hoben, daß auch in seiner Heimat urteilsfähige Kreise die Lösung der Abrüstungsfrage verneinten. Trotzdem aber würde die englische Regierung die Sache vor die Haager Konferenz bringen. Das sei eben zu erklären aus der „Art und Richtung" Campbell-Bannermans, „der nach seiner religiösen und philosophischen Denkweise sich verpflichtet fühlte, in diesem Sinne vorzugehen" [132]). — Nur aus dieser richtig erkannten Denkweise ist der Artikel Sir Henrys in "The Nation" vom 2. März 1907 erklärlich, in dem der Premier sich noch einmal an die Öffentlichkeit wandte, trotzdem er zum wenigsten aus dem negativen Ergebnis der diplomatischen Bemühungen hätte erkennen müssen, daß die Abrüstung an der Realität der politischen Lage scheitern mußte. Er hat das nicht erkannt!

Von England sagte er sogar: "We have already given earnest of our sincerity by the considerable reductions that have been effected in our naval and military expenditure, ... It has, however, been suggested that our example will count for nothing, because our preponderant naval position will still remain unimpaired. I do not believe it. The sea power of this country implies no challenge to any single State or group of States ... Our known adhesion to those two dominant principles — the independence of nationalities and the freedom of trade entitles us of itself to claim that, if our fleets would be invulnerable, they carry with them no menace across the waters of the world, but a message of the most cordial goodwill, based on a belief in the community of interest between the nations." [133])

Dieser Artikel veranlaßte selbst das französische Regierungsblatt «Le Temps» zu scharfer Zurückweisung: «Si la flotte anglaise a le double mérite de n'inquiéter personne et d'assurer la sécurité de la Grande Bretagne pourquoi parler de la réduire? Réduction au surplus qui d'après l'article même de Sir Henry, ne serait pas exclusive du maintien de la supériorité relative de l'Angleterre. On voit ici que même chez un pacifiste résolu — quand il est Anglais — le souci partiotique survit. Sir Henry

---

[132]) Tirpitz, P.D. I, 54.

[133]) Spender, a. a. O. II, 328 ff.

Campbell-Bannermann ne résignerait pas à ce que la Grande Bretagne cessât d'être la plus forte sur la mer. Pourquoi s'étonne-t-il que la préoccupation qui l'éprouve — et à laquelle il répond par une simple affirmation — se retrouve chez d'autres aussi vive que chez lui?» [134])

Selbst der Biograph Campbell-Bannermans, J. A. Spender, gibt zu, daß die tatsächlichen Vorgänge in der englischen Marinepolitik in Widerstreit standen zu dem „Nation"-Artikel vom 21. März 1907 [135]). — Deshalb mußte er seine Wirkung auf Deutschland verfehlen.

Als dann sogar Sir Henry am 5. März im Unterhause erklärte, daß England den Two-Power-Standard weit überstiege und diese Überlegenheit für die nächsten $3^1/_2$ Jahre gesichert wäre [136]), — mußten da die Deutschen nicht an Heuchelei glauben und in ihrem Widerstand bestärkt werden? — „Englands großmütige Initiative auf dem Wege an Reformen verliert durch die Tatsache erheblich an Wert, daß es keine Gefahr läuft, und daß es nach wie vor den Ozean zu beherrschen gedenkt." [137])

Selbst Grey, der schließlich wohl mehr aus Prestigegründen, denn in der Hoffnung auf ein Ergebnis, den englischen Vorbehalt bezüglich der Rüstungsfrage im Konferenzprogramm durchgesetzt hatte, unternahm einen letzten Versuch, noch ein für England günstiges Resultat herauszuholen. — Wilhelm v. Stumm [138]) meldete in einem Briefe an Bülow vom 20. April, Grey habe allen Ernstes vorgeschlagen, „daß die Mächte sich gegenseitig ihre Flottenprogramme mitteilen sollten". Das würde ein Wettrüsten verhindern, denn zur Zeit wüßte niemand, was der andere zu tun beabsichtige [139]).

---

[134]) G.P. XXIII, 7781, Anmerkung.

[135]) Spender, a. a. O. II, 330.

[136]) Schulthess' Europ. Geschichtskal. 1907, 237. — Staatssekretär der Admiralität Robertson sagte am 5. März im Unterhaus, daß England im Hinblick auf die Schlachtschiffe eine gut gesicherte Überlegenheit besitze. „Nach dem gegenwärtigen Flottenprogramm werden wir Ende 1910 8 oder 9 Schlachtschiffe und 3 Kreuzer, beide des neuen Typs, fertig haben, Deutschland dagegen 4 Schlachtschiffe und 2 Schlachtkreuzer.

[137]) So schrieb einmal Graf Lalaing, belg. Gesandter in London, an seinen Chef. — Belg.Dok. Erg.-Bd. I, 20.

[138]) Geschäftsträger bei der Deutschen Botschaft in London.

[139]) G.P. XXIII, 7927.

Das war bewußte Heuchelei, denn Sir Edward hatte durch Lascelles den ausführlichen Marinebericht Commander Dumas' vom 29. Januar direkt erhalten, in welchem der Marineattaché das deutsche Flottenprogramm zahlenmäßig genau aufführt, sogar auf die Frage der technischen Möglichkeiten eingeht. In seiner gründlichen Untersuchung kommt Dumas zu dem Schluß, daß das bis 1917 festgelegte Programm gerade aus technischen Gründen nicht überschritten werden könnte [140]).

Wohl nicht ohne Berechtigung schrieb Wilhelm II. an den Rand des Stummschen Berichtes: „Jesuitismus, das kommt von Fisher! durch unser vor 10 Jahren publiziertes Flottengesetz ist ja England in der Lage gewesen, 10 Jahre vorher bereits zu wissen, was wir 1909/10 haben werden!!, also auch sich darauf vorzubereiten! Wir sind das einzige Land der Welt, das bisher den Mut gehabt, sich so in Zukunft gesetzlich festzulegen und zu offenbaren! Die Geheimnistuerei der 'Dreadnought' und der ganz heimliche Bau der ganzen 'Invicible'-Classe, welche der obigen an Größe gleicht, schlägt Grey's Wünschen ins Gesicht, während wir sie längst erfüllt haben durch unser Flottengesetz." [141])

In seiner großangelegten, außerordentlich scharfsinnigen, dialektisch und rhetorisch meisterhaften Rede vom 30. April 1907 vor dem Deutschen Reichstag machte Fürst Bülow der Welt den deutschen Standpunkt zu der heißumstrittenen Abrüstungsfrage klar.

Unter anderem führte der Reichskanzler aus: „Außerhalb des von Rußland aufgestellten Programms haben sich Mächte auch mit der Frage beschäftigt, ob es zweckmäßig sei, auf der Haager Konferenz Gedanken zu erörtern, die Bezug haben auf einen Stillstand oder eine Verminderung der Rüstungen. Diese Gedanken sind bisher nicht bis zur Formulierung eines bestimmten Vorschlages gediehen." — In Hinblick auf Englands und in etwa

---

[140]) British Documents VI, S. 1288 ff.
[141]) G.P. XXIII, 7927.

auch Amerikas Abrüstungswünsche warf der Kanzler geschickt die Bemerkung hin: „Wer wollte solche Motive nicht durchaus billigen? Er frägt sich, ob die Erörterung dieser Frage auf einer Konferenz ein geeignetes Mittel ist, um dem Ziele näherzukommen." — Wohl hätte die erste Haager Konferenz die Mächte aufgefordert, das Problem näher zu prüfen, was die deutsche Regierung zwar getan, aber keine Formel gefunden habe, „die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Staaten gerecht würde." — „Mir ist auch nicht bekannt, daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären und eine solche Formel gefunden hätten." Sehr geschickt wertete Bülow eine Episode von der Brüsseler Konferenz (1874) aus, um die Stellung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in ein besseres Licht zu setzen: „Als es sich darum handelte, auf einer Brüsseler Konferenz das Kriegsvölkerrecht zu beraten, erklärte Lord Derby im Namen der englischen Regierung, die englische Regierung könne an der Konferenz sich nur beteiligen, wenn die Frage des Seebeuterechts weder mittelbar noch unmittelbar berührt werde. — Das gleiche, meine Herren, hätten wir auch jetzt tun können, und unsere Beteiligung an der Haager Konferenz davon abhängig machen können, daß die Abrüstungsfrage nicht berührt würde. Mit Rücksicht auf das russische Programm haben wir das nicht getan, sondern wir beschränken uns darauf, diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese allein führen zu lassen." — „Nun ist uns ja von manchen Seiten geraten worden, wir möchten uns, um kriegerischen Schein zu vermeiden, an der Diskussion über die Abrüstungsfrage beteiligen, da bei einer solchen doch nichts anderes herauskommen werde als allgemeine Betrachtungen. Ich glaube nicht, meine Herren, daß wir durch eine solche Taktik einen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe, eine aufrichtigere Anerkennung der Schwierigkeiten unserer geographischen Lage und anderer Umstände, die uns zu Schutz und Wehr nötigen, erreicht haben würden. Dazu haben wir schon zuviel tendenziöse Verdächtigungen unserer friedlichen Absichten erlebt. Es schien mir richtig, klüger und würdiger, fair play zu spielen und offen zu sagen:

An einer nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen. Wir denken aber nicht daran, diese unsere Auffassung anderen aufzwingen zu wollen; und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unseres Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht." [142])

Diese Rede muß in England erlösend gewirkt haben. Bisher hatte es das liberale Kabinett für unmöglich gehalten, daß Bülow sich die Gelegenheit entgehen lassen würde, England als Störenfried Europas öffentlich an den Pranger zu stellen. — „Eure Durchlaucht haben in der Reichstagsrede vom 30. ds. Mts. genau den Ton getroffen, der dem englischen Empfinden entspricht." Die geschickte, unter Verzicht auf jeden kritischen Hinweis auf die Stellungnahme der englischen Regierung aufgebaute Rede hatte dieser „den im stillen längst gewünschten Rückzug sehr wesentlich erleichtert" [143]). — Wilhelm II. bemerkte dazu: „Feine, für den Rückzug der Briten gebaute Brücke, 'Made in Germany!'" [144])

Vermutlich hatte Grey sich schon längst von dem Gedanken freigemacht, auf dem Wege über die Abrüstungsfrage Deutschlands Seemacht lahmzulegen. Im März berichtete Metternich über die Äußerung eines mit Grey befreundeten Engländers, Sir Donald Mackenzie-Wallace, daß der Staatssekretär nur sehr unwillig und ohne innere Überzeugung dem Abrüstungsgedanken Bannermans folge und froh sein würde, wenn ihm ein glimpflicher Rückzug ermöglicht würde [145]).

Die Brücke zum Rückzug ist Grey von Bülow durch dessen entgegenkommende Reichtstagsrede gebaut worden. Er hatte wieder freie Hand in seinen rüstungspolitischen Entschließungen. — Was bezüglich der Rüstungsfrage auf der Konferenz jetzt noch geschah, war nichts als eine Farce.

---

[142]) Fürst Bülows Reden, III, 32 ff.
[143]) W. v. Stumm an Bülow, am 4. Mai 1907. — G.P. XXIII, 7931.
[144]) G.P. XXIII, 7931.
[145]) G.P. XXIII, 7784.

Seit Anfang Juni begannen die Delegationen der Mächte im Haag einzutreffen. Die deutsche Delegation wurde vom Freiherrn Marschall von Bieberstein, dem deutschen Botschafter in Konstantinopel, geführt. — Marschall war unzweifelhaft einer der wenigen bedeutenden Persönlichkeiten der nachbismarckischen Zeit. Mag der Staatssekretär Marschall aus der Caprivizeit sehr umstritten sein, seine großen diplomatischen Fähigkeiten entwickelte er unter schwierigsten Verhältnissen in Konstantinopel.

Dem Führer der deutschen Delegation im Haag standen zur Seite Geheimrat Kriege aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes [146]), als militärischer Sachverständiger General von Gündell, als Marinesachverständiger Admiral Siegel, dazu als wissenschaftlicher Delegierter der Völkerrechtslehrer Philipp Zorn [147]). — Im „Palace Hotel" in Scheveningen nahm die deutsche Delegation Wohnung.

Die englische Abordnung, geführt von dem greisen Sir Edward Fry [148]), setzte sich zusammen aus Sir Ernest Mason Satow, Lord Reay, Sir Henry Howard, Generalleutnant Sir Edmond Roche Elles und Kapitän Charles Longdale Ottley. — Die Engländer wohnten im „Hotel des Indes" im Haag, unter einem Dach mit der amerikanischen Delegation.

Der Tag der Eröffnung der zweiten Haager Friedenskonferenz im Rittersaal des Friedenspalastes im Haag durch den holländischen Minister Teets van Dongen am 15. Juli 1907 bekam einen peinlichen und für die Mittelmächte unangenehmen Beigeschmack durch die «mise en scène» des Notenaustausches der Westmächte über das Mittelmeerabkommen an demselben Tage.

---

[146]) „Die deutsche Arbeit auf der II. Friedenskonferenz hat er (Kriege) vollkommen beherrscht und nach allen Richtungen entscheidend bestimmt; ... der Reichskanzler ... sowie der Staatssekretär folgten lediglich den Ratschlägen Krieges." — Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen, S. 56.

[147]) Zorn, a. a. O. 56.

[148]) Charakterisierung Frys durch Marschall, G.P. XXIII, 7961.

Es handelte sich in dem Abkommen um die Tatsache, daß England, Frankreich und Spanien am 16. Mai 1907 sich über den Schutz des status quo im Mittelmeer verständigt hatten [149]). — So konnte bei den Dreibundmächten der Gedanke auftauchen, daß England die Konferenz zur Verwirklichung seiner politischen Pläne benutzen wollte. Auch lag der Gedanke nahe, daß England durch eine Blockbildung ihm genehme Beschlüsse erzwingen wollte.

Am 24. Juni teilte Nelidow [150]), der russische Präsident der 2. Haager Friedenskonferenz, Marschall mit, daß der englische Delegierte beantragt habe, den englischen «vœu» bezüglich der Begrenzungen der Rüstungen als „englischen Antrag drucken und den verschiedenen Delegationen zustellen zu lassen" [151]).

Diese Tatsache mutet seltsam an, da eine entsprechende Anweisung in den Instruktionen für die britischen Bevollmächtigten [152]) nicht zu entdecken ist [153]). Vielmehr wird dort größte Zurückhaltung empfohlen, unter Hinweis jedoch darauf, daß es besser sei, eine Erörterung zu haben, selbst wenn sie zu keinem befriedigenden Abschluß führte."

Aus dem Briefe Greys an Fry vom 12. Juni ist ersichtlich, daß Rußland der Urheber des Vorschlages war, die Resolution der letzten Konferenz (1899) über die Rüstungsausgaben neu zu bekräftigen und ihn auf diese Weise zu erledigen [154]).

---

[149]) G.P. XXIII, 7970.

[150]) Präsident der II. Haager Friedenskonferenz und Führer der russischen Delegation.

[151]) G.P. XXIII, 7971.

[152]) B.D. VIII, 206.

[153]) G.P. XXIII, 7966 und 7968. — Die amerikanische Delegation war angewiesen worden, die Rüstungsfrage nicht anzuregen, sich jedoch nicht auszuschließen, falls sie angeregt würde.

G.P. XXIII, 7986 Anm. — Der Stahlkönig Mr. Carnegie sagte bei einem Diner auf seiner amerikanischen Yacht in Kiel (23. Juni 1907), zu dem er den deutschen Kaiser eingeladen hatte, „er sei trotz seiner bekannten internationalen Friedensbestrebungen ein Gegner der englischen Abrüstungsidee, weil seiner Ansicht nach diese zu keinem praktischen Ergebnis führen könne ..., daß die amerikanische Delegation keinen Abrüstungsantrag auf der Haager Konferenz machen würde".

[154]) B.D. VIII, 207.

Fry wollte den früheren «vœu» in folgender Form bestätigt haben: «La Conférence confirme la résolution adoptée par la conférence de 1899 à l'égard de la limitation des charges militaires; et vu que les charges militaires se sont considérablement accrues dans presque tous les pays depuis la dite année, la Conférence déclare que la question est plus urgente que jamais et désire de voir les Gouvernements reprendre l'étude de cette question.» [155])

Jetzt galt es für Marschall zu handeln, eine Form zu finden, die es Deutschland möglich machte, auf den englischen Antrag einzugehen. Die Ablehnung dieses offiziell gestellten Antrages hätte die Konferenz gesprengt. Die Verantwortung konnte Deutschland nicht mehr auf sich nehmen, wollte es sich nicht unnötig als Störenfried Europas hinstellen lassen.

Nun konnte Maschall alle Register seiner Verhandlungskunst ziehen, nun konnte er jenes glänzende Talent spielen lassen, von dem Monsieur Bourgeois [156]) einmal sagte: «Vous avez une manière très élégante de dire 'non', en disant 'oui'.» [157])

Zunächst einmal schaltete sich der bis dahin wenig hervorgetretene und unbedeutende Nelidow ein und veranlaßte Fry, davon Abstand zu nehmen, daß sein Antrag gedruckt würde [158]). Denn wurde der Text in Umlauf gesetzt, so war zu befürchten, daß von den verschiedenen Staaten Abänderungen verlangt würden, was zu unerwünschten und langwierigen, vielleicht auch gefährlichen Erörterungen geführt hätte. Das lag keineswegs im russischen Interesse [159]). — Nelidow hatte das große Glück, in Fry,

---

[155]) G.P. XXIII, 7967.

[156]) Führer der französischen Konferenzdelegation.

[157]) G.P. XXIII, 7961.

[158]) B.D. VIII, 222; G.P. XXIII, 7931.

[159]) Am 25. Juli 1906 schrieb Grey an Benckendorf, den russischen Botschafter in London: „Seiner Majestät Regierung ersieht, daß es nicht in der Absicht der russischen Regierung liegt, daß die Erörterung der Frage einer internationalen Einschränkung oder Begrenzung der Rüstungsausgaben von den Beratungen der Konferenz ausgeschlossen werden soll, sondern daß die russische Regierung sich lediglich vor der Folgerung zu schützen wünscht, daß sie zu solch einer Erörterung ausdrücklich verpflichtet sei. Seiner Majestät Regierung versteht und akzeptiert die Sprache der russischen Regierung in diesem Sinne, und

einem völlig weltfremden Quäker, einen „in dem modernen politischen Leben gänzlich unerfahrenen“ [160]) Partner zu finden, der ihm keinerlei Schwierigkeiten machte und ihm die Ordnung der ganzen Angelegenheit überließ [161]). — Nach dem Bilde Frys, das die Memoiren [162]) und die kurzweiligen, aber darum nicht oberflächlichen, Berichte Marschalls vermitteln, durfte der alte 82jährige Herr froh gewesen sein, daß ihm die unangenehme Sache erspart blieb.

Nelidow setzte es durch, daß der «vœu» der Engländer nicht gedruckt wurde [163]). — Nun konnte Marschall in Aktion treten. In persönlichen Verhandlungen mit Fry zwang er diesem und damit der ganzen Konferenz in der Rüstungsfrage seinen Willen auf. Der deutsche Botschafter lehnte von vornherein die Forderungen «que la question est plus que jamais urgente» in der von Fry beantragten Resolution entschieden ab [164]). „Wir konnten m. E. unmöglich eine Frage, die nach unserer Überzeugung auf einer ungesunden und unausführbaren Idee beruht, als eine solche bezeichnen, die dringend einer Lösung bedarf.“ [165])

Als Marschall bei seinem Verlangen, daß die beanstandeten Worte gestrichen würden, auf Widerstand stieß, besiegte er den Engländer schließlich durch folgende Deduktion: „Alle Fragen, sie mögen staatsrechtlicher oder anderer Natur sein, zerfallen in zwei große Kategorien, d. h. in solche, von denen man weiß, wie sie zu lösen sind, und solche, bei denen man dies nicht weiß.“ [166]) Fry gab gleich zu, daß die Rüstungsfrage zu der letzteren Kategorie gehöre. — „Gestützt auf dieses Zugeständnis habe ich (Marschall) sodann dargelegt, daß die Dringlichkeitserklärung zwar bei der lösbaren Frage angebracht sei, bei den unlösbaren aber in Widerspruch mit der Logik und im gewissen Sinne auch mit der

---

wünscht die Frage der Rüstungseinschränkung in die Beratungen der Konferenz einbezogen zu sehen.“ — B.D. VIII, 193.

[160]) G.P. XXIII, 7961.
[161]) B.D. VIII, 222.
[162]) Fry, A Memoir.
[163]) G.P. XXIII, 7975.
[164]) G.P. XXIII, 7975.
[165]) G.P. XXIII, 7984.
[166]) G.P. XXIII, 7984.

Wahrheit stehe.“ [167]) — Mit diesem Argument erreichte Marschall die Streichung der beanstandeten Worte.

Als Gegengabe wünschte Fry das Adverb «hautement» vor «désirable», außerdem konzedierte der Botschafter noch das Wörtchen «sérieuse» vor «étude» [168]). — So erhielt die Resolution endgültig folgende nichtssagende und unverfängliche Fassung: «La Conférence confirme la résolution adoptée par la Conférence de 1899 à l'égard de la limitation des charges militaires, et vu que les charges militaires se sont considérablement accrues dans presque tous les pays depuis la dite année et la Conférence déclare qu'il est hautement désirable de voir les Gouvernements reprendre l'étude sérieuse de cette question.» [169])

Zwar hatte Bülow noch am 20. Juli von Marschall gewünscht, darauf hinzuwirken, daß der Vorschlag wie 1899 auch jetzt nur als «vœu» und nicht als «résolution» bezeichnet würde [170]). — Aber englischerseits bestand der Wunsch, den Ausdruck «vœu» durch «résolution» zu ersetzen. Und Marschall meinte, „es ist nicht ganz leicht, den Unterschied zwischen diesen beiden Formen verständlich zu machen. Sie haben beide gemeinsam, daß sie in den Fällen zur Anwendung kommen, wenn die Konferenz bezüglich irgendeiner Frage mit ihrem Latein zu Ende ist. Dann erklärt sich die Konferenz, um ein Wortspiel zu gebrauchen, zwar nicht für inkompetent, aber für impotent und verschleiert diese wenig erfreuliche Tatsache damit, daß sie die hohen Regierungen ersucht, die Angelegenheit ‚eifrig zu studieren‘ ...“ [171])

---

[167]) G.P. XXIII, 7984.

[168]) G.P. XXIII, 7980.

[169]) Das «reprendre» bezieht sich auf die Tatsache eines ähnlichen «vœu» auf der I. Haager Friedenskonferenz, 1899.

[170]) G.P. XXIII, 7977.

[171]) „Das kann geschehen in Form einer einfachen Bitte, «vœu», oder in dem Beschluß zu bitten, «résolution». Die Nuance ist überaus fein, aber bei der Konferenz hat sich eine gewisse Tradition in dem Sinne herausgebildet, daß der «Vœu» in der hierarchischen Gliederung ihrer Beschlüsse auf der untersten Stufe steht, die «résolution» dagegen von unten aus genommen den zweiten Rang einnimmt. Ich war von vornherein geneigt, dem englischen Antrag höflicherweise die wenig schlechtere Klasse einzuräumen, hielt es aber nach den Regeln der diplomatischen Kunst für richtig, diese wichtige Konzession erst nach Verständigung über alle anderen Fragen zu machen.“ — Marschall, G.P. XXIII, 7984.

Doch bevor die Schlußzeremonie der Abrüstungsfrage in Szene gesetzt werden konnte, kam es noch zu einem Zusammenstoß zwischen Marschall und Fry. — Um alle Möglichkeiten einer Diskussion zu vermeiden, hatte Marschall es durchgesetzt, daß der Ablauf der Sitzung, in welcher der englische «vœu» zur Abstimmung gestellt werden sollte, in allen Einzelheiten geregelt werde: In einer Plenarsitzung sollte Fry den Antrag auf „Herabsetzung der Rüstungsausgaben" mit kurzer Begründung vorbringen, worauf der Präsident einen historischen Überblick geben und die Resolution o h n e Diskussion zur Abstimmung bringen sollte [172]).

Am 30. Juli gab Fry Herrn von Marschall den Wortlaut der Rede bekannt, welche den Antrag auf „Herabsetzung der Rüstungsausgaben" begründen sollte. — Unter anderm heißt es dort [173]): «Je ne vous parlerai pas du côté économique de la question, de la grande masse d'hommes, que ces préparatifs de guerre forcent de se livrer à des traveaux stériles et ingrats et de préjudice que cet état de choses porte à la prospérité générale. Vous connaissez mieux que moi ce côté de la question.» [174])

Mit Entrüstung wies Marschall den Passus zurück, daß der Militärdienst eine große Menge von Menschen «force à se livrer à des traveaux stériles et ingrats». Er wies darauf hin, daß bei uns der Militärdienst nämlich keineswegs «stérile et ingrat» sei, „sondern im Gegenteil sehr nützlich und dankbar, weil er einen ganz wesentlichen und unentbehrlichen Teil der Volkserziehung bilde." [175]) — Diese Meinungsverschiedenheit beleuchtet sehr klar den Unterschied zwischen deutschem Gesinnungsmilitarismus und englischem Zweckmilitarismus [175a]).

Marschall schlug vor, die beanstandeten Worte durch «force à abandonner leurs occupations» [176]). Das war unverfänglich, denn auch bei uns mußten die zum Militärdienst Einberufenen ihre Beschäftigung verlassen. — Fry war einverstanden! [177])

---

[172]) G.P. XXIII, 7975.
[173]) G.P. 7978 (XXIII).
[174]) G.P. XXIII, 7978.
[175]) G.P. XXIII, 7984.
[175a]) Siehe Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses.
[176]) G.P. XXIII, 7984.
[177]) B.D. VIII, 224.

In der vierten Plenarsitzung, am 17. August 1907, im Rittersaal des Friedenspalastes im Haag wurde die „Frage der Beschränkung der Heeres- und Flottenausgaben" zu Grabe getragen. Schon am Tage vorher hatte die von Pazifisten herausgegebene Zeitung «Courrier de la Conférence» an hervorragender Stelle folgende Mitteilung gemacht: «Il serait désirable que tous les pacifistes assistassent en grand deuil à la Ridderzaal, à 3 heures, à la cérémonie solennelle de l'enterrement de la question des armements sans espoir certain d'une joyeuse résurrection. Le crêpe et les vêtements noirs conviennent le mieux à ceux qui se trouvent aux bords d'une tombe ouverte.» [178])

Gegen die Resolution erfolgte in der Sitzung kein Widerspruch, sie wurde durch Akklamation angenommen. Und damit war die große Sache zu Ende [179]).

In den Kabinetten atmete man auf, als dieser von England heraufbeschworene Spuk vorbei war [180]).

Enttäuscht waren die amerikanischen und englischen Pazifisten, welche erhofft hatten, England würde sich an die Spitze einer Friedensliga der Staaten stellen [181]). Mit wahrem Ingrimm sagte der Führer der englischen Friedensbewegung, Stead: „Statt,

---

[178]) G.P. XXIII, 7984.

„Die Rede, welche ... Fry zur Begründung seiner „résolution" hielt, war nach Inhalt und noch mehr nach der Persönlichkeit des Vortragenden in der Tat eine Leichenrede. Und der historische Excurs, den ... Nelidow über den Werdegang, den die Abrüstungsfrage seit der letzten Konferenz genommen hat, vorlas, kann füglich als ein Nachruf bezeichnet werden. Gestört wurde die ernste Feierlichkeit durch unmotiviertes Händeklatschen Nelidows, das so stark war, daß der 3. engl. Delegierte, Lord Reay, der die ganze Prozedur zu einem soliden Mittagsschlaf benutzte, beinahe erwacht wäre." — Aus dem Bericht Marschalls an Bülow vom 18. August 1907.

[179]) G.P. XXIII, 7984; B.D. VIII, 240.

[180]) G.P. XXIII, 7985, 7986.

[181]) B. v. Suttner, Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges, II, 42.

daß die englischen Vertreter in der Friedenskonferenz die Führung hätten übernehmen sollen, blieben sie im Rückstand und überließen Deutschland den ersten Platz. Eine kläglichere und schändlichere Niederlage habe ich selten gesehen." [182]) — Aber Englands Friedens- und Abrüstungsbestrebungen waren bedingt durch die absolute englische Überlegenheit zur See. Gegen die unaufhaltsam wachsende deutsche Flotte hielt solcher Pazifismus nicht stand, und — er verkehrte sich in sein Gegenteil.

Was die Rolle betrifft, die Freiherr Marschall von Bieberstein auf der Konferenz spielte, „so gibt es dafür in und außerhalb der Konferenz nur eine Stimme der bewundernden Anerkennung" [183]). — Es ist interessant und aufschlußreich zugleich, bei dem wütenden Deutschenhasser Sir Eyre Crowe zu lesen, daß „der beherrschende Einfluß in der Konferenz" „die Furcht vor Deutschland" war. Es „hat seinen traditionellen Kurs verfolgt: abwechselnd schmeichelnd und einschüchternd, immer emsig intrigierend. Marschall ist die Verkörperung dieses doppelzüngigen (double-faced) Intrigengeistes. Er scheint mir im hohen Grade hinterlistig und falsch zu sein, sehr einnehmend, sehr entschlossen, eine höchst gefährliche Persönlichkeit, gerissen in allen Zeitungsmanipulationen" [184]).

So war die Stellung Deutschlands auf der Konferenz durchaus führend — und es setzte durch, was es zu tun für gut befand. Trotzdem ist es später mit dem Odium der Ablehnung und mit der Verantwortunng der Folgen, welche daraus entstanden sein sollen, belastet worden.

Charakterlich, vom rein menschlichen Standpunkt, muß das Verhalten der deutschen Regierung in der von England aufgeworfenen Frage sympathisch berühren, denn sie hielt sich nur an das, was ihr praktisch durchführbar erschien, und lehnte von vornherein ab, was an der Wirklichkeit der Umstände scheitern mußte. Denn selbst scheinbares Eingehen Deutschlands auf die Rüstungsfrage würde an dem Ergebnis der Konferenz nichts geändert haben, — aber es wäre in dem Falle nicht mit dem Odium

---

[182]) Bülow, Denkwürdigkeiten II, 299.
[183]) Suttner, a. a. O. II, 42.
[184]) B.D. VIII, 254.

belastet worden. Seinem Ansehen in der Welt wäre eine andere Haltung nützlicher gewesen. — So wurde der deutschen Regierung ihre menschlich-sympathische Haltung, die Gradheit und Offenheit, politisch zum Nachteil, eben weil sie aussprach, was sie dachte.

Ganz anders handelten die englischen Staatsmänner. Wie sie scheinbar auf allgemeine Forderungen eingingen, das zeigt die Art und Weise, mit der sie später die Frage des Prisengerichtshofes (1908) behandelten. Zunächst halfen sie mit an seiner Errichtung, und dann — nachdem sie die Welt von ihrem guten Willen überzeugt hatten — versagte die englische Regierung ihre Zustimmung. Der Vertrag wurde niemals ratifiziert. — Das nur zur Erläuterung!

Treffend zeichnet Heinrich Friedjung die Haltung Englands: „Der Welt gefiel dies Vorgehen besser als das der Deutschen, da sie darin eine Huldigung für die Zeitideen sah. Wer tiefer blickte, ließ sich allerdings durch den Schein nicht täuschen, aber auf der großen Bühne der Politik wirken wie im Theater Prachtgewänder, edle Faltenwürfe und schöne Gebärden, kurz die Behelfe, auf die in bestimmten Rollen kein guter Schauspieler verzichten wird.“ [185])

---

[185]) H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, II. 129.

Deutschland—England und das Seebeuterecht.

„Eine Flotte arbeitet geräuschlos, eigentlich nur der Bevölkerung einiger Hafenstädte vernehmbar. Sie ist von allen Mordinstrumenten das raffinierteste. Alle Angriffskraft, alle Willensenergie, alle Zerstörungskunst einer ganzen Nation ist konzentriert in ein paar riesigen Schiffsrümpfen. Millionen von Kriegern können zwar Provinzen zerstampfen, jedoch kein ganzes Volk vernichten; aber einige Dutzend grauer Riesenkähne, die unsichtbar in weiter Ferne ein Land belagern, können Hunger und Elend über einen Kontinent bringen. Das Volk, das dieses Instrument zur Vollendung spielt, ist das kriegsgewaltigste der Welt. Frühere Geschlechter haben das auch gewußt. Aber eine demokratische Zeit, die nur nach sinnfälligen Eindrücken urteilt, läßt sich leicht überreden, daß dieses Volk von allen das friedfertigste ist."

(Wilhelm Dibelius, England, I, 123.)

„Auf jeder internationalen Abrüstungskonferenz taucht aus irgendeiner Ecke dräuend ein gespenstisches Skelett auf und stürzt mit lautem Getöse auf den Boden des Konferenzsaales — der alte Kampf um die F r e i h e i t d e r M e e r e!" [1])

Hugo Grotius war es vorbehalten, den im römischen Recht bereits verankerten Begriff vom Meer als „commune omnium" [2]) zu neuem Leben zu erwecken. In der Zeit nach der Gründung der holländisch-ostindischen Kompagnie (1602) hatte Holland sich in den fernen ostindischen Gewässern [3]) gegen die älteren Herrschaftsansprüche der seit 1580 vereinigten Spanien und Portugal zu wehren.

---

[1]) J. M. Kenworthy, Die Freiheit der Meere, in Ztschr. für Geopolitik, 6. Jahrg. 1929, 1. Halbbd., S. 855.

[2]) Gemeingut aller!

[3]) Es handelte sich besonders um Java.

Das rief Hugo Grotius auf den Plan, der in zwei Schriften [4]) den spanisch-portugiesischen Anspruch auf die indischen Gewässer zerpflückte, die päpstliche Entscheidung als Rechtstitel zurückwies und in Anlehnung an das römische Recht den „Grundsatz der Meeresfreiheit" verkündete [5]). — Waren die beiden Schriften gegen Spanien—Portugal gerichtet worden, so reagierte England. Karl I. forderte die Bestrafung Grotius'.

1618 erschien eine Englands König gewidmete Gegenschrift von Selden [6]), welche zwar auch die Ansprüche der Portugiesen in den indischen Gewässern zurückwies, um so nachdrücklicher aber ein Natur- und Völkerrecht vertrat, das Karl I. zum Herren über die England umgebenden Meere machte. Was man aber „als das England umgebende Meer" ansprach, fand seine Grenzen am Kap Finisterre, an den gegenüberliegenden Küsten Amerikas und Grönlands.

Ihren stärksten Ausdruck fand die britische Seepolitik in Cromwells „Navigations Acte" von 1651 und in dem übertriebenen englischen Seezeremoniell, nach welchem die englischen Schiffe in den sogenannten „Königlichen" Meeren den Flaggengruß der fremden Schiffe erzwingen mußten, um so die englische Oberhoheit über die See zu versinnbildlichen.

Eine Änderung der englischen Haltung gegenüber der Forderung nach der ungehinderten Benutzung der Meere trat erst ein, als die englische Seemacht das unbestrittene Übergewicht hatte und es davon keinen Schaden mehr haben konnte [7]).

Der Begriff „Freiheit der Meere" wird erst dann verstanden werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das M e e r n u r e i n

---

[4]) „De iure praedae", welche erst 1864 gefunden und 1868 gedruckt wurde, „Mare liberum sur de iure quod Batavis competit ad Indicana commercia dissertatis", 1609.

[5]) „De iure belli ac pacis", 1625.

[6]) Selden, „Mare clausum seu de dominis maris libidus".

[7]) Siehe Chr. Meurer, Das Programm der Meeresfreiheit, 4 ff.

W e g ist [8]), daß Meeresfreiheit vor allem ungehinderte und freie Schiffahrt, freie Fischerei und in neuer Zeit auch Freiheit der Kabellegung bedeutet [9]).

Zu ungeahnter Bedeutung für die Schiffahrt mußte das an sich schon uralte Verlangen nach Meeresfreiheit gelangen, nachdem die Politik der Großmächte weltmarktwirtschaftlich orientiert worden war, d. h. nachdem sie, dem Wesen des modernen Imperialismus entsprechend, nicht mehr auf Eroberung von Territorien, sondern von Märkten ausging.

Sollte bezüglich der Sicherung des Meeres in seiner Eigenschaft als „Weg" [10]), als Hochstraße des Weltverkehrs, etwas Entscheidendes geschehen, so konnte es nur durch die restlose Beseitigung der „unheiligen Dreieinigkeit" [11]) sein. Denn wo Beute, Blockade und Konterbanderecht herrschen, kann von „Meeresfreiheit" keine Rede sein; wo aber die drei gestrengen Herren in ihrer Wirksamkeit durch völkerrechtlich festgelegte und anerkannte Beschlüsse lahmgelegt werden, da tritt die „Meeresfreiheit" unbeschränkt in Kraft [12]).

Während noch das ganze 17. Jahrhundert im Zeichen des absoluten Herrschaftsanspruchs der Spanier, der Engländer und sogar Venedigs auf die Hohe See bzw. größere Teile derselben stand, war das Meer am Ende des 18. Jahrhunderts doch wenigstens begriffsgemäß eine „res omnium communis" geworden.

Zum ersten Male wurden in neuerer Zeit tatsächliche und nachdrückliche Maßnahmen getroffen zum Schutze wenigstens des neutralen Privateigentums auch im Seekriege. Denn darum han-

---

[8]) Ratzel, a. a. O. 38.

[9]) Meurer, a. a. O. 10.

[10]) „Das Meer ist nur ein Weg." — Ratzel, a. a. O. 38.

[11]) Mephistopheles im Faust: „Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen." Der Völkerrechtslehrer Niemeyer prägte das Wort von der „unheiligen Dreieinigkeit". — Seebeute-, Blockade- und Konterbanderecht sind drei Erscheinungsformen des Prisenrechts. — Man unterscheidet 1. das Seebeuterecht, wenn es sich um Fortnahme des Eigentums feindlicher Staatsangehöriger handelt, 2. das Recht der Bannware, der Blockade und der Abwehr neutralitätswidriger Unterstützung, wenn es sich um das Eigentum neutraler Staatsangehöriger handelt. Staatslexikon, 5. Aufl. Bd. IV, Freiburg 1931, S. 1470.

[12]) Meurer, a. a. O. 15.

delte es sich ja schließlich, daß dem Seekrieg dieselben Grundsätze zugrunde gelegt werden sollten wie dem Landkrieg, in dem das Privateigentum grundsätzlich als unantastbar gilt [13]). —

Friedrich dem Großen und Benjamin Franklin sollte es vorbehalten bleiben, dem Verlangen nach Abschaffung des Seebeuterechts [14]) durch die preußisch-amerikanische Abmachung von 1785 tatsächlich Rechnung getragen zu haben. —

1780 wurde auf Veranlassung Rußlands gegen die Übergriffe auf See die „erste bewaffnete Neutralität" geschlossen, der 1781 Österreich, Preußen und die Niederlande, 1782 Portugal und 1783 die beiden Sizilien beitraten. Frankreich, Spanien und die Vereinigten Staaten erkannten die von der „ersten bewaffneten Neutralität" vertretenen Grundsätze an [15]); England lehnte sie ab.

---

[13]) Schramm, Das Prisenrecht, 13.

[14]) Das Seebeuterecht gestattet die entschädigungslose Wegnahme aller auf dem Seegebiet betroffenen feindesländischen Schiffe und aller auf solchen oder auf Schiffen der eigenen Flagge vorgefundenen feindesländischen Güter. — Perels, Der Kampf um das Seebeuterecht, 161.

[15]) Die altbeklagten Übergriffe des Seekrieges waren es, die im Jahre 1780 die russische Regierung veranlaßten, zur Abwehr dieser Übergriffe vorzugehen. In einem Rundschreiben, welches sie den Regierungen von England, Frankreich und Spanien übersandte, wurde die Anerkennung folgender fünf Sätze des Neutralitätsrechtes gefordert:

1. Neutrale Schiffe dürfen unbehindert von Hafen zu Hafen und längs der Küsten der kriegführenden Staaten fahren.
2. Die den Untertanen der kriegführenden Mächte gehörenden Güter sind auf neutralen Schiffen — mit Ausnahme von Konterbande — unverletzlich.
3. Bezüglich des Begriffs der Konterbande soll der Handelsvertrag Rußlands mit England vom Jahre 1776 maßgebend sein und für alle kriegführenden Staaten Geltung besitzen.
4. Mit diesem Vertrage wurden als Konterbande nur angesehen: Waffen, Munition — einschließlich Schwefel und Salpeter — und militärische Ausrüstungsgegenstände.
5. Ein Hafen gilt nur dann als blockiert, wenn die Einfahrt in den Hafen infolge von Maßnahmen der Macht, welche den Hafen mit nahe genug stationierten Schiffen (avec des vaisseaux arrêtés et sufficement proche) abschließt, mit augenscheinlicher Gefahr verbunden ist.
6. Diese Grundsätze sollen in den Prisenprozessen und Urteilen über die Rechtmäßigkeit der Prisen angewandt werden."

Schramm, a. a. O. 13.

Durch die „zweite bewaffnete Neutralität“ von 1800 suchten Rußland, Preußen, Schweden und Dänemark der ersten wieder Geltung zu verschaffen [16]).

Die erste umfassende Rechtssatzung über das Seebeuterecht wurde im Rahmen des Prisenrechts 1856 auf der Pariser Konferenz geschaffen. Die von den hier versammelten Staaten verfaßte „Pariser Seerechtsdeklaration“ vom 16. April 1856 ist der „Grund und Eckstein für den weiteren Ausbau des Prisenrechtes auf internationaler Grundlage geworden“. Die beiden Hauptsätze der Deklaration lauten: „Die neutrale Flagge deckt das feindliche Gut, mit Ausnahme der Kriegskonterbande“ und „neutrales Gut unter feindlicher Flagge mit Ausnahme der Kriegskonterbande darf nicht mit Beschlag belegt werden.“ [17])

Der Norddeutsche Reichstag von 1868 trat für eine zwischenstaatliche Festlegung des Grundsatzes von der „Unverletzbarkeit des Privateigentums im Seekriege“ ein, und die Norddeutsche Bundesregierung bekannte sich sogleich bei Ausbruch des Krieges von 1870 zu dem Grundsatz der Meeresfreiheit. „Weil aber die erwartete Gegenseitigkeit ausblieb“, so sah sie sich gezwungen, ihre Haltung wieder zu ändern. —

Dann tauchte das Problem auf der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899 auf, wo man sich mit der Entgegennahme einer amerikanischen Denkschrift und dem Anhören einer Rede des amerikanischen Delegierten begnügte. Die Konferenz hielt sich aber mit Rücksicht auf das Einberufungsschreiben, in dem das Seebeuterecht nicht erwähnt worden war, nicht für zuständig und begnügte sich mit dem Wunsch, „es möge die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege Verhandlungsgegenstand einer späteren Konferenz werden“ [18]).

---

[16]) Schramm, a. a. O. 12 ff.
[17]) Schramm, a. a. O. 18.
[18]) Meurer, a. a. O. 31 ff.

Gemäß dem Wunsche der ersten Haager Friedenskonferenz bildete das Problem „Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege" einen Programmpunkt der zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907.

Über die Stellung des offiziellen Deutschlands zu dieser Frage gibt uns eine Denkschrift des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Tschirschky [19]) hinreichenden und interessanten Aufschluß:

Das Reichsamt des Innern wünschte mit Rücksicht auf Deutschlands bedeutende Handels- und Schiffahrtsinteressen die Abschaffung des Seebeuterechts.

Das Reichsmarineamt glaubte im Hinblick auf einen eventuellen Krieg mit England auf das Seebeuterecht nicht verzichten zu dürfen.

Das Auswärtige Amt aber wollte aus politischen Gründen, aus Rücksicht auf Amerika, wo die Abschaffung des Seebeuterechts gewissermaßen „Glaubenssatz" war, für die Abschaffung des Seebeuterechts eintreten. — Hier muß erwähnt werden, daß gerade bei einem Land wie Amerika der wirtschaftliche Druck einer feindlichen Seemacht auf ein Minimum zusammenschrumpft, weil es von der Überseezufuhr vollkommen unabhängig ist [20]).

Eine Einigung über diese Frage wurde nicht erzielt, so lesen wir in einem Schreiben Tirpitz' [21]), vom 28. Februar 1907, an den Reichskanzler. — Sehr einseitig und wohl nur, um Bülow seinen Willen aufzuzwingen, stellte der Staatssekretär allein die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und die Abhängigkeit der englischen Politik von den Interessen der City als Ursache des deutsch-englischen Gegensatzes dar. „Solange das Seebeuterecht besteht, würden die Interessen des englischen Handels und damit die der City im Falle eines Krieges einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sein." [22]) — Im übrigen sei die militärische Überlegenheit der eng-

---

[19]) G.P. XXIII, 8002, Denkschrift vom 26. Februar 1907.

[20]) O. Groos, Die Bedeutung der Marine im Weltkriege. Hanseat. Geschichtsbl. 1930, S. 19.

[21]) G.P. XXIII, 8003.

[22]) „Jeder Verlust eines Schiffes, der in der City bekannt wird, würde uns dem Frieden näher bringen. Die Drohung eines ganz rücksichtslosen Krieges gegen den englischen Handel wird fast das einzige Mittel bilden, die City zum Frieden geneigt zu machen. Denn bis wir so stark sind, daß

lischen Kriegsmarine so groß, daß England nach Abschaffung des Seebeuterechts dieses mit Hilfe des Durchsuchungs- und Konterbanderechts praktisch weiter ausüben könnte. Unsere Post- und Schnelldampfer würden als Konterbande erklärt, der Beschlagnahme anheimfallen, weil sie „als Hilfskreuzer oder zu sonstigen Zwecken für die Kriegsführung verwendbar" seien.

Tschirschky schickte diesen Geheimbericht des Admirals zur Begutachtung an Metternich nach London, der einen sehr klaren und klug abwägenden Bericht [23]) verfaßte. Die Ansicht des Botschafters unterschied sich grundlegend von der Tirpitz'. Träfe dessen Ansicht zu, daß der englisch-deutsche Gegensatz aus wirtschaftlichen Motiven resultierte, dann würde England uns im Kriegsfall am wirksamsten gerade durch die bedenkenlose Ausnutzung des Seebeuterechts, d. h. durch Vernichtung unseres Handels treffen. Aber, „wir sind nicht nur Käufer, sondern auch Verkäufer". Nicht die Güter an sich wären England unangenehm, sondern die Handelsschiffahrt. „Die Konkurrenz der deutschen Schiffslinien" aber „würde im Kriege mit England und für lange Zeit nachher bei Beibehaltung des Seebeuterechts schwinden". — Schließlich aber würden 30 englische Panzerkreuzer und 83 geschützte Kreuzer wohl in der Lage sein, den englischen Handel gegen 8 deutsche Panzerkreuzer und 27 geschützte Kreuzer zu schützen. — Das Aushungern Englands mit Zuhilfenahme des Seebeuterechtes wäre allerdings ein probates Mittel, den Krieg zu unseren Gunsten zu wenden, und den Frieden nach unserem Diktat zu schließen. Wir besitzen es aber nicht. — Nicht ganz unzutreffend wies Metternich auf die Tatsache hin, daß das Land am meisten durch das Seebeuterecht litte, welches seinen Seehandel am wenigsten schützen könnte. Schließlich ständen im Augenblick 113 englische Kreuzer gegen 34 deutsche! — So wäre England in der Lage, unseren Handel zu zerstören, wir aber könnten dem seinen nur vexatorisch beikommen. — Im übrigen aber verträte die englische Regierung den „Admiralitätsstandpunkt, daß der Seekrieg, auf die Seestreitkräfte beschränkt und nicht auf den friedlichen Handel ausgedehnt, nicht mehr abschreckend auf

---

wir zu einer Invasion übergehen könnten, bis dahin werden noch mehrere Jahrzehnte vergehen." — Tirpitz an Bülow, 28. Februar 1907.

[23]) G.P. XXIII, 8005. 21. März 1907.

die Völker wirken und der Krieg daher leichter werden wird. Dieser Auffassung liegt natürlich das Bewußtsein der Übermacht Englands zur See zugrunde". — Zum Schluß riet Metternich dringend, die Gelegenheit ja beim Schopfe zu fassen, falls es geschehen sollte, daß die Ansicht Lord Loreburns und Sir Ernest Satows [24]) im Kabinett durchdrängen. „Ein konservatives Kabinett würde hierzu gewiß nicht bereit sein." Schließlich würde bei vollem Schutz des Privateigentums zur See die Möglichkeit eines englisch-deutschen Krieges fast ad absurdum reduziert werden. —

Die Auseinandersetzungen fanden mit diesen beiden Schreiben noch kein Ende. Tirpitz maß dieser Frage eine solche Bedeutung bei, daß er sich in einem „ganz geheimen" Schreiben [25]) am 20. April 1907 noch einmal an Bülow wandte. Er wies darauf hin, daß „das Seebeuterecht das Blockaderecht des Schwächeren" sei. „Der Schwächere blockiert bei Ausübung des Seebeuterechts da, wo er Zufuhr fortnimmt." Deshalb müsse er unter allen Umständen dafür Sorge tragen, „daß etwaige Versuche, das Seebeuterecht zu beseitigen, auf der Haager Konferenz zu keinem Resultat führen".

Tirpitz glaubte England bei Wegfall des Seebeuterechts der Notwendigkeit enthoben, zum Schutze seines weitverzweigten Handels beträchliche Streitkräfte abzweigen zu müssen, die es dann vollständig zur Niederkämpfung seines Gegners, zur Blockade der feindlichen Küsten und Häfen verwenden könnte. „Die Achillesferse für England, die einzige Stelle, an der es sich selbst noch für verwundbar hält, nämlich die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohmaterialien, soll durch Beseitigung des Seebeuterechts gegen jede Störung gesichert werden. Und dazu wollen wir helfen!" — Mit einem persönlichen Appell an den Kanzler schloß das Schreiben: „Euer Durchlaucht wollen nicht die Verantwortung vor der Geschichte übernehmen wollen, das Vaterland aus humanitären und weit überschätzten wirtschaftlichen Gesichtspunkten eines so wichtigen Kriegsmittels zu berauben, wie es das Seebeuterecht für uns England gegenüber ist." — Dieser Appell an das Verantwortungsbewußtsein des Kanzlers hatte den gewünschten

---

[24]) Verfechter des Standpunktes auf Abschaffung des Beuterechts.
[25]) G.P. XXIII, 8007.

Erfolg. Bülow schrieb unter das Schreiben des Admirals: „Gewiß nicht!“

In bestechenden Ausführungen setzten sich die beiden Männer, Botschafter und Staatssekretär, Diplomat und Militär, mit dem Für und Wider eines Problems auseinander, dessen Lösung seit Jahrhunderten vergeblich erstrebt wurde. Es ist ungeheuer schwer, sich für den einen gegen den anderen zu entscheiden. Die Metternichsche Lösung hätte eine große Beruhigung und Entspannung in den deutsch-englischen Beziehungen für den Augenblick sicher gebracht. Hätte sie aber alle späteren Komplikationen oder gar den Weltkrieg unmöglich gemacht? — Uns möchte scheinen, daß die Absichten Tirpitz' bei aller Einseitigkeit doch weitblickender waren. Nie wäre bei Beseitigung des Seebeuterechts der U-Bootkrieg gegen England möglich gewesen, das einzige Mittel, welches wir während des Weltkrieges hatten, um England ernste Schwierigkeiten zu machen, und das, wie wir heute wissen, zu einem vollen Erfolge hätte führen können, hätte nicht der uralte Kampf zwischen Reichs- und Heeresleitung so störend und hemmend Platz gegriffen. Denn ist das letzte und stärkste Mittel der Staatsräson eingesetzt, der Krieg, dann steht auch der leitende Staatsmann von größter Kraft „unter Gewalten, die er wohl schüren und steigern, aber nicht mehr lenken kann“.

Gelegentlich seines Besuches in Berlin, im Mai, wurde Metternich die Denkschrift des Admirals vom 20. April zur Begutachtung vorgelegt. Mit gutem Recht konnte der Botschafter damals auf einen Denkfehler Tirpitz' hinweisen, der in dem Glauben zu stehen schien, die Engländer würden auf der Konferenz für Abschaffung des Seebeuterechts eintreten. Er konnte eine englische Demarche in Washington zugunsten der Beibehaltung des Seebeuterechts ins Feld führen. England halte seine Flotte für absehbare Zeit stark genug, um sein Land vor dem Ausgehungertwerden zu beschützen, sonst müßte es die erste Nation sein, die dringend für die Abschaffung des Seebeuterechts eintrete [26]). Aber „nur in der Nähe der englischen Küste,wo die Zufuhr konvergiert, können England die Lebensmittel in wirksamer Weise abgeschnitten werden“ [27]). —

[26]) G.P. XXIII, 8008.
[27]) G.P. XXIII, 8005.

England also wollte auf alle Fälle das Seebeuterecht beibehalten, was aus der Stellungnahme Greys und Fishers, sowie der diplomatischen Bemühungen in Washington hervorgeht: „Hierin eine Finte zu erblicken, die die wahre Absicht verschleiern soll, setzt eine Diplomatie voraus, die schwer zu erklären ist.“ [28])

Das neuerliche und bestimmte Gutachten Metternichs für Abschaffung des Seebeuterechts veranlaßte das Auswärtige Amt nun zu entscheidender Stellungnahme. Sie gipfelt in der Erklärung, daß die deutschen Delegierten, „ohne selbst die Initiative zu ergreifen, den von einer anderen Großmacht eingebrachten oder unterstützten Vorschlag auf Abschaffung des Seebeuterechts beitreten, unter der Bedingung ... si omnes ...“ [29]).

Tirpitz gab seine starre Haltung nicht auf. Er spielte seine letzte Karte aus, indem er die allerhöchste Stelle, den Monarchen selbst, anrief. Wilhelm II. hatte sich eben erst in Randbemerkungen zu einem Artikel der „Neuen Korrespondenz“ vom 21. Mai über England und das Seebeuterecht festgelegt. Er hatte zu dem Satz, „Das Seebeuterecht kann eine gute Waffe schwächerer Mächte gegen starke sein, wenn letztere in ihrem Handel und ihrer Versorgungsbasis schwer verwundbar sind“, bemerkt: „Die beste, die wir armen Schlucker den Briten gegenüber überhaupt haben.“ — „Wir können uns unter keinen Umständen darauf einlaßen, daß das Seebeuterecht aufhört! Das ist gerade das einzige noch, wovor die ‘City’ Angst hat, weswegen sie unter keinen Umständen es mit uns zum Kriege kommen lassen will! Ich habe in dieser Hinsicht meine Ansicht an die Marinedelegation bereits bekannt gegeben.“ [30])

Wir möchten annehmen, daß diese entschiedene Frontnahme des Kaisers gegen die Abschaffung des Seebeuterechts das Auswärtige Amt veranlaßte, die Delegation ohne klare Instruktionen über ihre in dieser Frage einzunehmende Haltung auf die Konferenz zu schicken, und die endgültige Stellungnahme noch bis zur Klärung der Ansichten auf der Konferenz hinauszuschieben [31]).

---

[28]) G.P. XXIII, 8808.
[29]) G.P. XXIII, 8009, Anm.
[30]) G.P. XXIII, 8809, Anm.
[31]) G.P. XXIII, 8010.

Im Gegensatz zu der Abrüstungsfrage ist die Frage des Seebeuterechts nicht Gegenstand langwieriger Verhandlungen und Erörterungen gewesen. Es war aber auch eine Frage, die unter Umständen gelöst werden konnte; nur wollte und konnte sie niemand einseitig lösen. England setzte die Abrüstung voraus [32]), d. h. nicht die absolute Abrüstung, sondern einen plötzlichen Stillstand der Rüstungen, wodurch dann die augenblicklich noch vorhandene englische maritime Überlegenheit gesichert und das Land keinen unliebsamen rüstungspolitischen Überraschungen mehr ausgesetzt war. — Deutschland, d. h. Tirpitz und der Kaiser, hielten ein Abkommen über Abschaffung des Seebeuterechts nur für möglich, wenn damit auch das Blockade- und Konterbanderecht aufgehoben wurde, weil sonst das Seebeuterecht in anderer Form wieder aufleben könnte.

Auffällig war die Inkonsequenz Englands gegenüber Deutschland. Das Cronberger Angebot des deutschen Kaisers [33]), direkt miteinander auch „über gewisse seerechtliche Fragen" zu verhandeln, hatte Grey abgelehnt. „Wir (England) können mit anderen Mächten Ansichten tauschen, aber das kann mit Deutschland allein nicht geschehen. Es wäre nicht tunlich, nach dem Haag zu gehen, nachdem wir mit Deutschland zu einer privaten Verständigung gelangt wären, die uns z. B. mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Konflikt bringen könnte." [34]) — Das hinderte Grey aber keineswegs, hernach öfter zu erklären, daß der Schlüssel zu einer Verständigung allein bei Deutschland und England liege [35]).

Was nun die Haltung Englands zu der Frage des Seebeuterechts auf der Konferenz anbetrifft, so wird die Meldung Metternichs vom 6. Juli 1907 [36]), wonach die englische Regierung das Seebeuterecht „weder auf geradem noch hinterlistigem Wege" zu Fall zu bringen suche, sondern es vielmehr beibehalten wollte, weil es dem Interesse Englands als der stärksten Seemacht so entspreche, bestätigt durch die Tagebuchaufzeichnungen Sir Ernest Satows: „Das Kabinett hat beschlossen, auf das Recht zur Weg-

---

[32]) G.P. XXIII, 7885; siehe auch A.D. III, 788.
[33]) vom August 1906.
[34]) B.D. VIII, 163.
[35]) B.D. VIII, 175 ff.
[36]) G.P. XXIII, 8014.

nahme von Schiffen und Ladungen Kriegsführender nicht zu verzichten.“ [37]) — Entsprechend lauteten auch die Instruktionen für die britischen Konferenzdelegierten: „Die britische Flotte ist die einzige Angriffswaffe (offensive weapon), die Großbritannien gegen Kontinentalmächte hat ... Für seine Fähigkeit, im Kriege einen Druck auf seine Feinde auszuüben, muß Großbritannien sich allein auf seine Flotte verlassen. Seiner Majestät Regierung kann Sie daher nicht ermächtigen, irgendeiner Resolution zuzustimmen, die das wirksame Mittel schwächen würde, das die Flotte hat, um auf einen Feind einen Druck auszuüben.“ [38])

In einer Reihe von Sitzungen beschäftigte sich die IV. Kommission der zweiten Haager Friedenskonferenz, unter dem Präsidium des russischen Delegierten, Professor v. Martens, mit den einzelnen Vorschlägen zur Frage des Seebeuterechts.

Die erste, am 24. Juni 1907, durch Martens eröffnete Sitzung der IV. Kommission nahm zur Grundlage ihrer Beratung den Vorschlag der Vereinigten Staaten. Er lautete: «La propriété privée de tous les citoyens des Puissances signataires à l'exception de la contrebande de guerre, sera exempte, en mer, de capture ou de saisie par les navires armés, ou par les forces militaires desites Puissances. Toutefois, cette disposition n'implique aucunement l'inviolabilité des navires qui tenteraient d'entrer dans un port bloqué par les forces navales des susdites Puissances, ni des cargaisons desdits navires.» [39])

In der zweiten Sitzung vom 28. Juni 1907 lieferte Mr. Choate [40]) nach einem ausführlichen historischen Überblick die Begründung für den amerikanischen Vorschlag. Unterschied sich der Antrag schon dadurch von der deutschen Auffassung, daß er die Beibehaltung der Blockade bedingte, so ging die Begründung von einem grundsätzlichen Denkfehler aus. Die Gründe, die für die Unver-

---

[37]) B.D. VIII, 510.
[38]) B.D. VIII, 206 (12. Juni 1907).
[39]) A.D. III, 742 f.

letzlichkeit des Privateigentums im Landkriege maßgebend sind, sollten auf denselben Fall im Seekriege angewandt werden [41]). — Mr. Choate hat sicher nicht gedacht, daß die Kriegsflotte in erster Linie zum Schutze des Seehandels des Landes dient. Sie würde überflüssig werden, wäre der Seehandel auch in Kriegszeiten vollkommen gesichert, denn großen Landungen standen die Riesenheere wenigstens der Kontinentalmächte entgegen. — Der Seekrieg soll die feindliche Volkswirtschaft treffen — das Landheer aber nur „das Gebiet als solches" in Besitz nehmen [42]).

Wollte der amerikanische Delegierte das Seebeuterecht aufgehoben sehen, zunächst aus humanitären Gründen, denn «la capture et la destruction de la propriété privée sur mer ... est le dernier reste de l'ancienne piraterie» [43]), so wies er auch bezeichnenderweise schon auf die weltwirtschaftlichen Folgen einer Störung des Weltverkehrs und des Welthandels hin [44]).

Schließlich aber wollte Choate die Kriegsmarine von der Aufgabe befreit sehen, «d'être employée pour la protection ou la destruction de la propriété légitime des non-combattants» [45]), damit sie wieder frei würde für ihren eigentlichen Zweck, «de lutter entre elles», «de bloquer les ports et de protéger les côtes» [46]). — Er fügte hinzu, daß «ce droit a cessé d'être nécessaire qu'il tend à la guerre et à en provoquer de nouvelles, comme résultat naturel de son maintien» [47]).

Keine der europäischen Mächte stimmte dem Antrage der Vereinigten Staaten vorbehaltlos zu [48]). Am weitesten ging Deutschland auf den amerikanischen Vorschlag ein. Es mußte aber darauf bestehen, daß mit dem Seebeuterecht auch das Blockade- und Konterbanderecht aus der Welt geschafft würde, sollte es dem amerikanischen Vorschlag zustimmen können. — Marschall führte u. a. aus: «Il est clair pourtant que la question catégorique qui nous

---

[40]) Amerikanischer Delegierter.
[41]) A.D. III, 756.
[42]) Wehberg, Seekriegsrecht, 1915.
[43]) A.D. III, 759.
[44]) A.D. III, 759 f.
[45]) A.D. III, 760.
[46]) A.D. III, 760.
[47]) A.D. III, 760.
[48]) A.D. III, 780 ff.

est posée: 'faut-il abolir ou non le droit de capture' ne pouvait être traitée séparément, car elle ne forme qu'une partie d'une ensemble assez complexe de problèmes que renferme la grande idée de l'inviolabilité de la propriété privée sur mer en cas de guerre maritime. La proposition des Etats-Unis même admet 2 propositions:

1: la capture d'un bâteau marchand est justifiée s'il porte de la contrebande;
2: le principe d'inviolabilité cesse dans les cas ou il y a violation de blocus.» [49]) —

Aus diesen Gründen könne die Frage trotz aller Sympathien Deutschlands nicht mit einem einfachen „Ja" beantwortet werden [50]).

Die englische Abordnung ließ durch Sir Ernest Satow den amerikanischen Antrag ablehnen. Gewiß, England würde nicht anstehen, die Prüfung dieses Gegenstandes in Erwägung zu ziehen, aber nur, «si jamais il se produisait un changement qui favorisât le décroisement des armements», «si, par exemple, d'un côté, les nations se montraient disposées pour la plupart à réduire l'effectif de leurs forces navales et militaires» [51]). —

Entgegen der amerikanischen Behauptung, daß die Ausübung des Seebeuterechts so unendlich grausam bezüglich der Zivilpersonen sei, führte Sir Edward Fry aus, daß «de toutes les opérations il n'y en a pas une qui soit aussi humaine que l'exercice de ce droit», denn «personne n'est tué, même personne n'est blessé; c'est une affaire pacifique» [52]).

Mit der ablehnenden Haltung Englands, dem sich Rußland und Frankreich anschlossen, wurde das Schicksal des Antrages der Vereinigten Staaten auf Abschaffung des Seebeuterechtes bereits entschieden. — Deutschland stimmte mit dem an anderer Stelle erwähnten Vorbehalten für den Antrag, ebenso Österreich-Ungarn, Italien, Dänemark u. a. — Im ganzen 21 von 33 Staaten. Chile enthielt sich der Stimme [53]). — Das war das Ende des Antrags auf bedingungslose Abschaffung des Seebeuterechts.

---

[49]) A.D. III, 788 ff.
[50]) A.D. III, 789.
[51]) A.D. III, 788.
[52]) A.D. III, 800.
[53]) A.D. III, 831.

Eine Reihe von Vermittlungsvorschlägen, die während der Verhandlungen der IV. Kommission gestellt wurden, mußten ebenfalls unter den Tisch fallen, weil England stets und beharrlich ablehnte. So hatte die brasilianische Abordnung vorgeschlagen: «Dans le but d'assimiler la condition de la propriété privée sur mer, durant les guerres navales, à celle de la propriété privée sur terre ... pour le cas où la proposition américaine ne serait pas approuvée.» [54]) — 23 Staaten stimmten am 19. Juli 1907 für den brasilianischen Vermittlungsvorschlag, unter ihnen Deutschland und die Vereinigten Staaten. England, im Verein mit Frankreich und Rußland, lehnte ab. 2 Staaten, Montenegro und Serbien, enthielten sich der Stimme [55]).

Ein belgischer und ein französischer Vermittlungsvorschlag fielen ebenfalls der Ablehnung anheim. Auf sie einzugehen, hat im Rahmen dieser Arbeit gar keinen Sinn, da sie das Seebeuterecht durch undurchführbare Ersatzmaßnahmen abzuschwächen sich bemühten. So wollte Belgien an Stelle des Seebeuterechtes ein den Kriegführenden einzuräumendes Recht auf vorübergehende Zurückbehaltung einführen [56]). — Frankreich glaubte den durch Wegnahme von Privateigentum entstandenen Schaden auf den Staat als solchen, dem die Privatpersonen angehörten, abwälzen zu können, weil ja der Krieg eine gegen den Staat, aber nicht gegen Privatpersonen, gerichtete Institution wäre [57]).

Der belgische [58]) sowohl wie der französische [59]) Vorschlag scheiterten, ebenso wie der amerikanische und brasilianische an dem Widerstande England.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sowohl England als auch Deutschland in der Frage des Seebeuterechts grundsätzlich einen negativen Standpunkt einnahmen, wenn auch Deutschland sich

---

[54]) A.D. III, 787.
[55]) A.D. III, 839.
[56]) A.D. III, 802.
[57]) A.D. III, 809.
[58]) A.D. III, 842.
[59]) A.D. III, 844.

genötigt sah, aus politischen Gründen auf die Vertreter der anderen Richtung Rücksicht zu nehmen.

Das Seebeuterecht ist als reines Kriegsmittel zu werten, während mit dem Konterbande- und Blockaderecht, besonders dem ersteren, auch die Neutralen sich auseinanderzusetzen haben.

Das Seebeuterecht würde im Kriegsfalle die deutsche Handelsmarine von der See vertreiben, deutsche Häfen aber an sich für Neutrale offenlassen. Die Blockade würde die deutschen Häfen auch für neutrale Handelsschiffe schließen. Beide vereint brachten ja auch im Kriege Deutschland den Untergang. — Lord Loreburn hielt es für eine „absurde Behauptung", daß ein 65-Millionen-Volk, dessen Landesgrenzen sieben andere Staaten berührten, durch das Seebeute- und Blockaderecht vernichtet werden könnte [60]). — Wir sind inzwischen eines anderen belehrt worden.

Deutschland durfte niemals damit rechnen, daß England einer Aufhebung des Blockaderechtes zustimmen würde, „England blokkierte Deutschland schon allein durch seine geographische Lage" [61]). — England selbst war mit der Blockade, schon wegen seiner Insellage und seiner seestrategisch ungefährdeten Westküste, gar nicht beizukommen. Deshalb mußten die deutschen Marinekreise bestrebt sein, die Möglichkeit zu haben, im Falle eines Krieges mit England mit Hilfe von Schlachtschiffen u. U. in der Seeschlacht die Entscheidung suchen zu können, und mit kleinen schnellen Schiffen mit großem Aktionsradius dem feindlichen Handel beikommen zu können, der infolge der Verflechtung der „Handels-, Wirtschafts- und Finanzinteressen mit der Weltwirtschaft" [62]) immer verletzbarer geworden war. — Selbst Lord Loreburn führte ins Feld: „Wir (England) treiben auf allen Meeren Handel, wir bieten ein großes Angriffsfeld, weil wir mehr Schiffe besitzen." [63]) — Solche Überlegungen lagen den Entschlüssen Tirpitz' zugrunde.

---

[60]) Earl Loreburn, Privateigentum im Seekrieg, München 1904.

[61]) Groos, a. a. O. 21.

[62]) Groos, a. a. O. 19.

[63]) Loreburn, a. a. O. 45. — Loreburn war allerdings Anhänger für Abschaffung des Seebeuterechtes.

In welchem Geiste England seine Interessen auf der Haager Konferenz wahrzunehmen versucht hat, das dokumentiert in schonungsloser Deutlichkeit die Rede Sir Edw. Greys im Unterhause im Februar 1908. Er erklärte, daß er sich bei der Abfassung der Instruktionen für die englischen Vertreter im Haag von dem Gedanken hätte leiten lassen, daß England von der Seeherrschaft abhängig sei: „Englands Mittel, einen Krieg zu Ende zu führen, beruhen ganz auf seiner Seemacht und, wenn das Privateigentum unantastbar wäre, so weiß ich nicht, wie jemals ein Krieg beendigt werden könnte. Das Ergebnis einer Unantastbarkeitserklärung würde sein, daß andere Länder zu der Annahme verleitet würden, daß die Flotte Großbritanniens nur eine Verteidigungswaffe sei. Wenn England sich der Mittel beraubt, auf die anderen Nationen durch deren eigene Handelsmarine einen Druck auszuüben, so können einige Großmächte mit äußerst geringer Gefahr für sich selbst einen Krieg mit England beginnen.“ [64])

---

[64]) G.P. XXIII, 8023.

Literatur.

Actes et Documents
de la deuxième conférence de la paix. 3 tomes. La Haye, 1907.

Amtliche Aktenstücke
zur Geschichte der europäischen Politik, 1885—1914. Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges. — Vollständige Ausgabe der diplomatischen Urkunden aus belgischen Staatsarchiven. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes herausg. von Bernhard Schwertfeger, 5 Bände, 2 Ergänzungsbände und 2 Kommentare. Berlin 1925.

British Documents
on the origin of the war. 1898—1914. Im Auftrage des Britischen Auswärtigen Amtes herausgegeben von G. P. Gooch und Harold Temperley.

Die Britischen Amtlichen Dokumente
über den Ursprung des Weltkrieges 1898—1914. Vom Britischen Auswärtigen Amt autorisierte einzige deutsche Ausgabe. Herausg. von Hermann Lutz.

Die Große Politik
der Europäischen Kabinette. 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Herausg. von Mendelssohn-Bartholdy, Lepsius, Thimme.

Nauticus,
Jahrbuch für deutsche Seeinteressen, begründet 1899.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender.

Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches.

Bacon, R. H.: Life of Lord Fisher of Kilverstone, London 1932.

Barnes, Harry Elmer: The Genesis of the World-War. New York 1926.

— Die Entstehung des Weltkrieges. Berlin und Leipzig 1928.

Becker, Willi: Fürst Bülow und England. 1897—1909. Greifswald 1929.

Benson, E. F.: King Edward VII. An Appreciation. London 1933.

Blunt, W. S.: My Diaries. A Personal Narrative of Events. 1888 to 1919. London 1920.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Berlin 1924.

Boveri, Margret: Sir Edward Grey und das Foreign Office. Politische Wissenschaft, Heft 12.

v. Bülow, Fürst: Deutsche Politik. Berlin 1916.
— Denkwürdigkeiten, herausg. von F. v. Stockhammer. 4 Bände. Berlin 1930/31.
— „Reden", herausg. von Penzler und Hoetzsch. 3 Bände. Berlin 1909.
Cambridge, The, History of British Foreign Policy, 1783—1919, ed. by Ward-Gooch, Cambridge 1923.
Dibelius, Wilh.: England. 5. Aufl. 2 Bände. Stuttgart u. Berlin 1929.
v. Einem, Generaloberst: Erinnerungen eines Soldaten. 1853 bis 1933. Leipzig 1933.
Farrer, J. H.: Die europäische Politik unter Eduard VII. München 1925.
Fay, Sidney Bradshaw: The Origin of the World-War. New York 1929.
— Der Ursprung des Weltkrieges. Berlin 1930.
Fisher, Lord of Kilverstone: Memories, London 1919.
— Records. London 1919.
Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus, 1884 bis 1914. 3 Bände. Berlin 1919—1922.
Fry, Sir E.: A Memoir. London.
Grey, Sir E.: 25 Jahre Politik 1892—1916. 2 Bände, München 1926.
Groos, Otto: Die Bedeutung der Marine im Weltkriege. Hanseat. Geschichtsbl. 1930.
Haldane, Viscount Burdon: Deutschland und Großbritannien. Internationale Verständigung. Berlin 1911.
— An Authobiography, London 1922.
— Erinnerungen aus meinem Leben. Stuttgart 1930.
— Before the war came. 1920.
Hallmann, Hans: Der Weg zum deutschen Schlachtflottenbau. In: Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges. Stuttgart 1933.
Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte, 1871—1919. 3. Aufl. Bonn 1930.
Hassert, Kurt: Das Wirtschaftsleben Deutschlands und seine geographischen Grundlagen. Dresdner geographische Studien. Heft 5, Dresden 1934.
v. Hassell, Ulrich: Tirpitz. Sein Leben und Wirken mit Berücksichtigung seiner Beziehungen zu Albrecht von Stosch. Stuttgart 1920.
Hassinger, Hugo: Das Deutsche Reich. Bd. I: Andrees wirtschaftliche Länderkunde. Leipzig 1933.
Hoffmann, Ross J. S.: Great Britain and the German trade rivalry. Philadelphia 1935.
Huldermann, Bernhard: Ballin. 4. Aufl. Berlin 1922.
Kennedy, A. L.: Old Diplomacy and new. 1876—1922. From Salisbury to Lloyd George. With an introduction by Valentine Chirol. London 1922.

Kenworthy, J. M.: Die Freiheit der Meere. Zeitschr. für Geopolitik, 1929.
Kleinwächter, Fr. F. G.: Die Unlösbarkeit des Abrüstungsproblems. Zeitschr. f. Geopolitik, 1929.
Kriegsflotten. Taschenbuch der Kriegsflotten, 8. Jahrg. 1907. Hrsg. von B. Weyer.
Lammasch: Die Lehre von der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfange. In: Stier-Somlo, Handbuch des Völkerrechts, 3. Aufl., Stuttgart 1913.
Lange, L. Christian: Union interparlamentaire. Résolutions des Conférences. 1911.
Lee, Sir Edward: Eduard VII. 2 Bände. Dresden 1928.
Lenz, Max: Deutschland im Kreise der Großmächte. 1871—1914. Berlin 1925.
Loreburn, Earl: Privateigentum im Seekrieg. München 1914.
Lufft, Hermann: Das Britische Weltreich, Leipzig 1932.
Lutz, Hermann: Lord Grey und der Weltkrieg, Berlin 1927.
— Sir Eyre Crowe. Der böse Geist des Foreign Office, Berlin 1931.
— Deutschfeindliche Kräfte im Foreign Office der Vorkriegszeit, Berlin 1932.
Mahan, A. T.: Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte. Berlin 1896.
Meinecke, Friedrich: Die Idee der Staatsraison. 3. Aufl. Berlin u. München 1924.
Meurer, Christian: Das Programm der Meeresfreiheit. Tübingen 1918.
Meyer, Arnold Oskar: Die sittlichen Triebkräfte des britischen Imperialismus. 2. Aufl. Leipzig 1925.
Michalik, Bernhard: Probleme des deutschen Flottenbaues. Heft 9 der Breslauer Historischen Untersuchungen. 1931.
Monts, Anton Graf: Erinnerungen und Gedanken des Botschafters Graf Monts. Herausg. von Karl Nowak und Friedr. Thimme, Berlin 1932.
Näf, Werner: Kriegsursachen und Kriegsschuldfrage. Berlin und Leipzig 1932.
Nicolson, Harold: Sir Arthur Nicolson, First Lord Carnock. London 1930.
— Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir A. Nicolsons Leben. 1849 bis 1928, Frankfurt 1930.
Obst, Erich: England, Europa und die Welt. Berlin 1927.
v. Oertzen, K. L.: Grundzüge der Wehrpolitik. Hamburg 1933.
Oncken, Hermann: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. 2 Bände, Leipzig 1933.
Preußische Jahrbücher, begründet von Hans Delbrück.
Perels, Kurt: Der Kampf um das Seebeuterecht. Rückblicke und Ausblicke. Deutsche Rundschau 4, 1914/15.

Rachfahl, Felix: Kaiser und Reich. 1888—1913. Berlin 1913.
— Deutschland und die Weltpolitik. 1870—1914. Stuttgart 1923.
Ratzel, Friedrich: Das Meer als Quelle der Völkergröße. 2. Aufl. Berlin 1911.
Reichsarchiv, Das: Der Weltkrieg.
Reventlow, Graf Ernst: Deutschlands auswärtige Politik. 1888 bis 1914. Berlin 1916.
v. Suttner, Bertha: Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges. 2 Bände, 1917.
Schäfer, Dietrich: Weltgeschichte. 2 Bände, 11. Aufl. Berlin 1922.
Scheler, Max: Ursachen des Deutschenhasses. Leipzig 1917.
Scheibe, Albert: Tirpitz. Lübeck 1934.
Schiemann, Theodor: Deutschland und die Große Politik. 1901 bis 1909.
v. Schoen, Freiherr: Erlebtes. Beiträge zur Geschichte der neuesten Zeit. 1921.
Schramm, Georg: Das Prisenrecht in seiner neuesten Gestalt. Berlin 1913.
v. Schulze-Gävernitz, G.: Endland und Deutschland. Berlin 1922.
Schumacher, Hermann: Die Stellung der deutschen Seeschiffahrt im Weltverkehr. Technik und Wirtschaft. Juli 1914.
Schulte, Aloys: Die Herrschaft der militärischen Pläne in der Politik. Offensiver und defensiver Militarismus. Süddeutsche Monatshefte, September 1924.
Spender, J. A.: Life of the Right Honorable Sir Henry Campbell-Bannerman. 2 Bände, London 1923.
Spranger, Eduard: Lebensformen. Halle 1927.
Staatslexikon. 5. Aufl. 4 Bände, Freiburg 1931.
Thimme, Friedrich: Die Weltmächte und das Haager Konferenzwerk. In: Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Das Werk des Untersuchungsausschusses, 1919—1930. Herausg. im Auftrage des Reichstages, Bd. V: Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen. Gutachten der Sachverständigen.
v. Tirpitz, A.: Erinnerungen. Leipzig 1920.
— Politische Dokumente, Bd. I: Der Aufbau der Weltmacht. Stuttgart u. Berlin 1924.
v. Trotha, Ad.: Großadmiral v. Tirpitz. Flottenbau und Reichsgedanke. Breslau 1933.
Wehberg, Hans: Seekriegsrecht. 1915.
— Internationale Beschränkung der Rüstungen. 1919.
Wiedenfeld, Kurt: Weltmarktwirtschaft. Bd. X der Propyläen-Weltgeschichte. Berlin.
Wiegand, Heinrich: Ein Lebensbild. Herausg. von A. Pezet. Bremen 1932.
Zorn, Philipp: Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen. Stuttgart u. Berlin 1922.

Lebenslauf.

Am 10. Mai 1909 bin ich in Oetinghausen (Herford) geboren und bin protestantischer Konfession.

Nach Besuch der Volksschule besuchte ich das Friedrichs-Gymnasium in Herford und das Realgymnasium in Bielefeld, wo ich Ostern 1930 die Reifeprüfung bestand. Dann studierte ich Geschichte, Englisch und Französisch in Berlin (1930—1932), in Bonn (1932) und in Münster (1932—1934).

Im Wintersemester 1933/34 wurde ich von der Universität Münster zur Anfertigung meiner Dissertation nach Berlin beurlaubt.

H. W. Erdbrügger.